

**Oktober 1939**

16.-31.



# Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

**Ministerialdirigent A. J. Berndt**

Reichspropagandaministerium

**Oberstleutnant von Wedel**

Oberkommando der Wehrmacht

**Zweite Oktober-Lieferung**

(Nr. 4 der Gesamtlieferung)

---

**Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9**

## Zeittafel

15. 10. 39 Reichsminister Funk eröffnet die Wiener Messe (S. 53).  
Generaloberst v. Brauchitsch dankt den Eisenbahnpionieren (S. 6).
16. 10. 39 Deutscher Fliegerangriff auf englische Kriegsschiffe im Firth of Forth (S. 7).  
Die Franzosen räumen deutsches Gebiet im Vorfeld des Westwalls (S. 7).  
Abschluß der Wehrmachtberichte über den Osten (S. 7).
18. 10. 39 Stiftung des Kriegsverdienstkreuzes (S. 5).
19. 10. 39 Übersicht des Oberkommandos der Wehrmacht über die Kämpfe an der Westfront (S. 9).
20. 10. 39 Generalfeldmarschall Göring dankt dem Reichsarbeitsdienst (S. 6).  
Türkischer Beistandspakt mit Frankreich und England (S. 21).
22. 10. 39 Rundfunkansprache des Reichsministers Dr. Goebbels über „Der Angeklagte Churchill hat das Wort“ (S. 17).
24. 10. 39 Rede des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Danzig (S. 15, 25).  
Verordnung über die Organisation der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehr (S. 43).
26. 10. 39 Sowjetrussische Wirtschaftsabordnung in Berlin (S. 48).  
Erste Durchführungsverordnung über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete (S. 3).  
Dr. Tiso Präsident der Slowakischen Republik (S. 21).
28. 10. 39 Bericht über den Handelskrieg in Ost- und Nordsee (S. 8).  
Runderlaß Selbtes über die Einsatzbereitschaft der öffentlichen Verwaltung (S. 3).
30. 10. 39 Deutsch-lettischer Umsiedlungsvertrag (S. 19).
31. 10. 39 Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet über die Außenpolitik der Sowjetunion (S. 22).
-

# Dokumente

## 1. Politische

### Erste Durchführungsverordnung über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete

Der Reichsminister des Innern erließ am 26. Oktober folgende „Erste Verordnung zur Durchführung des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ (RABl. I, S. 2108):

Auf Grund von § 12 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 (Reichsgesetzblatt I, S. 2042) wird verordnet:

#### § 1

(1) Für den Reichsgau Danzig mit Ausnahme des Gebietes der bisherigen freien Stadt Danzig und des Regierungsbezirks Marienwerder in seinem bisherigen Umfange, für den Reichsgau Posen und für die Regierungsbezirke Zichenau und Kattowitz gelten Reichsgesetze, Verordnungen des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Verordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan sowie Verordnungen auf Grund gesetzlicher Ermächtigung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung, des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, die vom 26. Oktober 1939 ab verkündet werden, nur, wenn sie dies ausdrücklich bestimmen.

(2) Diese Vorschriften treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

#### § 2

(1) Für das Gebiet der bisherigen freien Stadt Danzig bleibt die Erste Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung der freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich vom 12. September 1939 (Reichsgesetzblatt I, S. 1759) unberührt mit der Maßgabe, daß sie auch gilt für Verordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan sowie für Verordnungen auf Grund gesetzlicher Ermächtigung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung, des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht.

(2) Für den Regierungsbezirk Marienwerder in seinem bisherigen Umfange bewendet es hinsichtlich der Geltung von Reichsrecht bei den bestehenden Vorschriften.

#### § 3

Im übrigen regelt der Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem zuständigen Reichsminister Zweifel über das geltende Recht im Verwaltungsbereiche.

#### § 4

Diese Verordnung tritt mit dem 26. Oktober 1939 in Kraft.<sup>1</sup>

### Einsatzbereitschaft der öffentlichen Verwaltung

Reichsarbeitsminister Selbte erließ am 28. Oktober folgenden Rundlaß (RABl. Nr. 32 I, S. 510) über die Einsatzbereitschaft der öffentlichen Verwaltung:

Die Notwendigkeit des geschlossenen Einsatzes der gesamten Nation im Kampf um ihr Lebensrecht legt auch der öffentlichen Verwaltung außerordentliche Aufgaben auf. Im Kriege darf die Front der Heimat an Einsatzbereitschaft nicht hinter der Feldgrauen Front zurückbleiben. Ja, es gilt noch mehr! Es ist Pflicht der Heimat, Rückhalt und Kraftquelle für die Frontsoldaten da draußen zu sein! Jeder einzelnen Dienststelle der öffentlichen Verwaltung ermahnt daraus eine besonders hohe Verantwortung. Dies gilt besonders für die kriegswirtschaftliche Verwaltung, die in das Leben jedes ein-

zelen Volksgenossen in einschneidender Weise eingreift. Alle Behörden, Stellen und ihre Angehörigen müssen sich mit vollster Hingabe und Opferschwelligkeit und Glauben an Deutschland und seinen Führer für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben rüchhaltlos einsetzen.

Bei allen Maßnahmen muß der Grundsatz vorherrschen, daß die öffentliche Verwaltung der Bevölkerung eine treue Helferin sein soll. Im Verkehr mit den einzelnen Volksgenossen ist so zu verfahren, daß die Verbundenheit der Behörden mit der Bevölkerung durch Hilfsbereitschaft in Rat und Tat, durch schnelle und unbürokratische Bearbeitung aller Anträge und Eingaben und durch ein verständnisvolles Verhalten gegenüber den vorgebrachten Wünschen und Anträgen zum Ausdruck kommt. Eingaben, die an unrichtiger Stelle eingehen, sind sogleich an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Auch eine an sich nicht zuständige Behörde soll selbst sachgemäß und hilfsbereit eingreifen, wenn es irgend möglich ist. Dies erfordert eine kameradschaftliche und entgegenkommende Zusammenarbeit aller öffentlichen Dienststellen. Die Entscheidungen und Entschlüsse sind verantwortungsbewußt, ohne Verzögerung und frei von kleinlichen Hemmungen zu treffen.

Ich erwarte von jedem Behördenleiter des Geschäftsbereichs des Reichsarbeitsministeriums, daß er sich gerade jetzt der Aufgabe einer volksnahen Verwaltung voll bewußt ist und alles tut, um Schwierigkeiten zu überbrücken und den ihm anvertrauten Volksgenossen in jeder Weise die Überzeugung zu vermitteln, daß für sie nach besten Kräften gesorgt wird.

franz Seldte

## 2. Militärische

### Stiftung des Kriegsverdienstkreuzes

Der Führer stiftete durch Verordnung vom 18. Oktober für Verdienste in dem uns aufgezwungenen Krieg, die keine Würdigung durch das Eiserne Kreuz finden können, den Orden des Kriegsverdienstkreuzes. Die Verordnung des Führers hat folgenden Wortlaut:

Als Zeichen der Anerkennung für Verdienste in dem uns aufgezwungenen Krieg, die keine Würdigung durch das Eiserne Kreuz finden können, stiftete ich den Orden des Kriegsverdienstkreuzes.

#### Artikel 1

Das Kriegsverdienstkreuz wird in folgender Abfassung verliehen:

Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse,

Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse.

Die Verleihung erfolgt entweder mit Schwertern oder ohne Schwerter.

#### Artikel 2

(1) Das Ordenszeichen ist ein achtspitziges Kreuz, das ein rundes Mittelschild mit dem Hakenkreuz und einer Eichenlaubumrandung trägt.

(2) Die Rückseite des Mittelschildes der 2. Klasse trägt die Jahreszahl 1939.

(3) Die 2. Klasse des Kriegsverdienstkreuzes ist bronzefarben, die 1. Klasse silberfarben.

#### Artikel 3

Das Kriegsverdienstkreuz wird verliehen

a) mit Schwertern für besondere Verdienste bei Einsatz unter feindlicher Waffengewalt oder für besondere Verdienste in der militärischen Kriegsführung.

b) ohne Schwerter für besondere Verdienste bei Durchführung von sonstigen Kriegsaufgaben, bei denen ein Einsatz unter feindlicher Waffengewalt nicht vorlag.

#### Artikel 4

Die Verleihung des Eisernen Kreuzes (1939) oder der Spange zum Eisernen Kreuz des Weltkrieges schließt die Verleihung der entsprechenden Klasse des Kriegsverdienstkreuzes aus. Wird das Eiserne Kreuz oder die Spange zum Eisernen Kreuz des Weltkrieges nach erfolgter Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes verliehen, so ist die entsprechende Klasse des Kriegsverdienstkreuzes abzulegen.

#### Artikel 5

(1) Die 2. Klasse des Kriegsverdienstkreuzes wird am Band an der Ordensschnalle oder im zweiten Knopfloch des Waffenrocks getragen. Das Band hat einen schwarzen Mittelstreifen und auf jeder Seite anschließend je einen weißen und einen roten Streifen.

(2) Die 1. Klasse des Kriegsverdienstkreuzes wird ohne Band auf der linken Brustseite getragen.

#### Artikel 6

Der Beliehene erhält eine Besitzurkunde.

#### Artikel 7

Das Kriegsverdienstkreuz verbleibt nach Ableben des Beliehenen als Erinnerungsschild den Hinterbliebenen.

#### Artikel 8

Mit der Durchführung der Verordnung beauftrage ich den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und den Reichsminister des Innern für ihren Bereich in Verbindung mit dem Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers.

Berlin, den 18. Oktober 1939.

Der Führer

gez. Adolf Hitler

Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Der Reichsminister des Innern

gez. Frick

Der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers  
gez. Dr. Heißner

## **Brauchitsch dankt den Eisenbahnpionieren**

Aus Anlaß der Inbetriebnahme der neuen Dirschauer Brücke sandte der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, am 15. Oktober folgendes Telegramm an den Befehlshaber der Eisenbahn-Einheiten:

„Am heutigen Tage wird die neuhergestellte Brücke bei Dirschau dem Verkehr übergeben. Durch unermüdblichen Fleiß ist somit in kürzester Zeit ein Beweisstück deutscher Wiederaufbauarbeit geliefert worden. Allen an diesem Bau Beteiligten spreche ich meine besondere Anerkennung und meinen Dank aus.“

## **Görings Dank an den Reichsarbeitsdienst**

Der Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, richtete am 20. Oktober an Reichsarbeitsführer Hietl ein Schreiben, in dem es heißt:

Nach dem erfolgreichen Abschluß des Feldzuges in Polen ist es mir ein wahrhaftes Bedürfnis, Ihnen für die Hilfe des Reichsarbeitsdienstes bei der Durchführung der Operationen der Luftwaffe aufrichtigen Dank und volle Anerkennung auszusprechen. Bei der Bewachung von Feldflugplätzen, bei der Räumung und schnellen Wiederinstandsetzung ehemaliger feindlicher Flughäfen, beim Wegebau und beim Nachschub, überall haben Ihre Männer ganze Arbeit geleistet und damit wesentlich zu den Erfolgen der deutschen Luftwaffe beigetragen. An diesem von edelstem nationalsozialistischen Geist befehlten Zusammenwirken haben der entschlossene Einsatz jedes einzelnen Arbeitsmannes und die vorbildliche Führung des Reichsarbeitsdienstes in gleicher Weise Anteil. Das Schreiben schließt mit der Bitte, den Dank der Luftwaffe allen bei dem Einsatz des Reichsarbeitsdienstes beteiligten Formationen zu übermitteln.

# 3. Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

16. 10. 39.

Das U-Boot, durch welches das britische Schlachtschiff „Royal Oak“ versenkt wurde, hat den britischen Schlachtkreuzer „Repulse“ angegriffen und torpediert.

16. 10. 39.

Nachdem die Truppenbewegungen zur Befestigung des deutschen Interessengebietes in Polen beendet sind, wird das Oberkommando der Wehrmacht über den Osten nicht mehr berichtet.

Im Westen nur geringe Gefechtsstätigkeit und schwaches Artillerieörtungsfeuer. Am Rhein südwestlich Krefeld wurden die Franzosen durch Hochwasser gezwungen, ein Panzerwerk zu räumen.

In der Luft nur geringe eigene und feindliche Flugtätigkeit in Grenznähe.

17. 10. 39.

Im Laufe des 16. Oktober räumten die französischen Truppen den größten Teil des von ihnen bisher besetzten deutschen Gebietes im Vorfeld unserer Befestigungen und gingen an und über die Grenze zurück.

Die englischen Seestreitkräfte wurden gestern erneut und mit Erfolg angegriffen. Zwei von den in Firth of Forth liegenden englischen Kriegsschiffen erhielten Bombentreffer schwersten Kalibers. Dieser Erfolg konnte erzielt werden trotz heftigster feindlicher Gegenwehr durch Flakfeuer und Jagdflieger.

Bei der Überwachung des deutschen Luftraumes wurden gestern fünf feindliche Flugzeuge, darunter zwei englische, abgeschossen.

Nach Meldung des deutschen U-Bootskommandanten fanden die Torpedierungen des Schlachtschiffes „Royal Oak“ und des Schlachtkreuzers „Repulse“ in der Bucht von Scapa Flow statt.

Der Handelskrieg in Nord- und Ostsee zeitigte in der letzten Woche wirksame Ergebnisse. Im Atlantik sind nach englischen Quellen allein zwischen dem 13. und 15. Oktober sieben Dampfer mit 54.396 Tonnen versenkt worden, darunter der größte französische Tankdampfer „Emile Milguet“.

18. 10. 39.

Zwischen Mosel und Pfälzer Wald gaben die französischen Truppen im Laufe des 17. Oktober weitere auf deutschem Boden liegende Geländepunkte entlang der Grenze auf, die von unseren nachstoßenden Truppen besetzt wurden. Zahlreiche Gefangene sind eingebracht.

Die deutsche Luftwaffe setzte gestern ihre Operationen gegen die Kriegshäfen an der englischen Ostküste fort. In der Bucht von Scapa Flow wurde nach den bisher vorliegenden Meldungen außer anderen Kriegsschiffen ein älteres

## englisches Schlachtschiff von Bomben schweren und mittleren Kalibers getroffen.

Während eines Luftkampfes wurde ein englisches Jagdflugzeug von deutschen Flugzeugen abgeschossen. Ein deutsches Kampfflugzeug wurde durch englische Flakartillerie zum Absturz gebracht.

Am 16. und 17. Oktober hat der Gegner 10 Flugzeuge verloren, und zwar: über deutschem Hoheitsgebiet durch Flakartillerie fünf Flugzeuge, davon ein englisches, durch Jagdflieger je ein französisches und ein englisches und im Luftkampf über englischem Hoheitsgebiet drei englische Flugzeuge.

19. 10. 39.

Zwischen der Saar und der Straße Hornbach—Bischox warfen unsere Truppen die noch auf deutschem Boden befindlichen feindlichen Nachhutten nach kurzem, hartnäckigem Kampf auf und über die Grenze zurück.

An den übrigen Abschnitten der Westfront nur örtliche Artillerie- und Spähtruppentätigkeit. An einigen Stellen ist die Fühlung mit dem feinde vorübergehend verlorengegangen, da unsere Gefechtsvorposten die französische Grenze nicht überschritten haben.

Die weitere Fortsetzung des Berichtes des OAW. vom 19. 10. siehe im Abschnitt „Der Kampf“.

20. 10. 39.

Im Westen trat nach Abschluß der Kämpfe im Grenzgebiet südostwärts Saarbrücken wieder Ruhe ein. Abgesehen von örtlicher Artillerie- und Spähtruppentätigkeit auf der ganzen Front keine besonderen Ereignisse.

21. 10. 39

Im Grenzgebiet zwischen Mosel und Saarbrücken an einzelnen Abschnitten der front lebhaftere Artillerie- und Spähtruppstätigkeit.

Der feind hat gestern auch das Waldgebiet „Der Warndt“ westlich von Saarbrücken bis auf zwei Dicht an der Grenze gelegene Höhen geräumt.

An den übrigen Teilen der Westfront bis auf schwaches örtliches Störungsfeuer der Artillerie Ruhe.

22. 10. 39

Im Westen außer geringer Artillerie- und Spähtruppstätigkeit keine besonderen Ereignisse.

23. 10. 39

An der Westfront außer Artillerie- und Spähtruppstätigkeit keine Kampfhandlungen.

Am 21. Oktober um 12.45 Uhr flog ein drei motoriges britisches Flugzeug von Osten kommend über den Bahnhof Konz (25 km südöstlich Aachen) und über die in unmittelbarer Nähe befindliche belgische Grenze nach Westen zurück.

24. 10. 39

An der front keine besonderen Kampfhandlungen.

25. 10. 39

Westlich Döhlungen wurden feindliche Nachhuten in Stärke einer Kompanie, die sich noch auf deutschem Boden befanden, angegriffen und über die Grenze zurückgeworfen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

26. 10. 39

Der feind versuchte gestern, die 12 Kilometer westlich Döhlungen dicht an der Grenze gelegene Höhe, die unsere Truppen am Tage vorher genommen hatten, zurückzugewinnen. Sein Angriff in Stärke eines Bataillons blieb noch auf französischem Boden in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer liegen.

Sonst keine nennenswerten Kampfhandlungen.

27. 10. 39

Zwischen Mosel und Warndt an einzelnen Stellen auflebende Artillerietätigkeit.

An der übrigen front nur örtliche Spähtruppstätigkeit und vereinzelt Störungsfeuer.

28. 10. 39

Im Westen zwischen Mosel und Pfälzer Wald etwas lebhaftere Artillerietätigkeit als an den Vortagen. Ein örtlicher Vorstoß schwächerer feindlicher Kräfte im Grenzgebiet westlich des Warndt wurde abgewiesen.

### Der Handelskrieg in Ost- und Nordsee

sowie im Atlantik war weiterhin erfolgreich. In der Zeit vom 12. bis 25. 10. 1939 wurden versenkt: Nach Meldungen, die durch eigene Streikräfte bereits bestätigt sind: 22 Schiffe mit 109370 B.R.T. Nach Meldungen der Auslandspresse weitere drei Schiffe mit 12606 B.R.T., insgesamt also 25 Schiffe mit 121976 B.R.T.

Damit steigen die Gesamtverluste seit Kriegsbeginn auf insgesamt 115 Schiffe mit 475321 B.R.T. Da bei dieser Zusammenstellung alle unbestätigten Meldungen nicht berücksichtigt sind, muß angenommen werden, daß die tatsächlichen Versenkungsziffern noch wesentlich höher liegen.

Trotz dieser Erfolge unserer Seestreitkräfte im Handelskrieg halten sich die eigenen Verluste in sehr geringen Grenzen. Es muß bisher mit dem Verlust von drei U-Booten auf Grund ihres langen Ausbleibens gerechnet werden.

29. 10. 39

Keine besonderen Ereignisse.

30. 10. 39

An der Westfront keine Veränderung der Lage.

31. 10. 39

Im Westen zwischen Mosel und Pfälzer Wald schwache Artillerie- und Spähtruppstätigkeit. An den übrigen Stellen der front keine besonderen Ereignisse.

Vier feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

# Der Kampf

Am 19. Oktober 1939 gab das Oberkommando der Wehrmacht erstmalig eine zusammenfassende Übersicht über die Kämpfe an der Westfront, nachdem zu diesem Zeitpunkte der erste Abschnitt der von den Franzosen vom Saan gebrochenen Kampfhandlungen als abgeschlossen gelten konnte.

Mit dem Beginn der Operationen in Polen war der Westwall durch stärkere Kräfte besetzt worden. Die ersten Zusammenstöße erfolgten am 9. September — also 6 Tage nach Beginn des englisch-französischen Krieges gegen Deutschland —, als französische Spähtruppen an verschiedenen Stellen zwischen Luxemburg und dem Rhein westlich Karlsruhe, d. i. in der Luftlinie eine Front von etwa 150—160 Kilometer, die deutsche Grenze überschritten. Seit diesem Tage haben an der ganzen Westfront ernsthafte Kampfhandlungen an keiner Stelle stattgefunden. Die Zusammenstöße beschränkten sich vielmehr überwiegend auf Spähtruppentätigkeit, gewaltsame Erkundungen und Vorpostenscharmützel. Alle diese Kämpfe spielten sich in einem flachen, unmittelbar an der Grenze gelegenen Streifen im Vorfeld des deutschen Westwalls ab. Von einer einzigen Ausnahme abgesehen fanden diese örtlichen Zusammenstöße zwischen kleinen und kleinsten Verbänden unter Kompaniestärke statt. Nur einmal griff ein ganzes französisches Regiment in die Kämpfe ein.

Die Fortschritte und der Geländegewinn, den die Franzosen in diesen Wochen gemacht haben, läßt sich nach Schritten abzählen. An der Kampffront zwischen der luxemburgischen Grenze und Saarlautern (nordwestlich von Saarbrücken) konnte der Feind lediglich einige deutsche Grenzdörfer besetzen. Ferner konnte er südwestlich von Saarbrücken in dem Waldgebiet des Warndt Fuß fassen, das wie ein Keil in französisches Gebiet hineinspitzt. Desgleichen war es ihm möglich, sich südostwärts von Saarbrücken zwischen der Saar und dem Pfälzer Wald in dem balkonartig nach Frankreich hineinragenden Gebietsteil festzusetzen. Nur im Warndt und dem zuletzt erwähnten Gebietsteil gelang es den französischen Streitkräften, ihre Linien 3 bis 5 Kilometer auf deutsches Gebiet vorzuschieben. Das ganze übrige deutsche Gebiet vor dem Westwall hat noch keinen Feind zu Gesicht bekommen.

Nur dort, wo der Westwall — wie bei Saarbrücken — sich unmittelbar an der deutsch-französischen Grenze entlangzieht, stehen die Franzosen in Gefechtsberührung mit den deutschen Befestigungen; sonst gelang es ihnen an keiner einzigen Stelle, auch nur in die Nähe des Westwalls zu gelangen.

In den gleichen engen Grenzen wie die infanteristische Kampftätigkeit hielt sich auch das Artillerief Feuer. Es beschränkte sich im wesentlichen auf Störungsschießen und auf Vorbereitungsfeuer bei gewaltsamen Erkundungen. Ein einziger deutscher Bunker wurde mit 80 Schuß mittleren Kalibers belegt, ohne daß das feindliche Feuer Wirkungen erzielte.

Die Eigenart dieses Krieges im Westen kann durch nichts treffender gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, daß an der 170 Kilometer langen Oberrheinfront zwischen Karlsruhe und Basel seit Kriegsbeginn völlige, fast friedensmäßige Ruhe herrscht. An dieser Front wurde nur ein Mann verwundet, und zwar nicht bei einer infanteristischen Kampfhandlung, sondern durch einen Granatsplitter bei Flakbeschuß.

In den französischen Heeresberichten, die von ihren Verfassern allerdings ein außergewöhnliches Maß von Erkundungsgabe erforderten, wurde dieser faum sichtbare Geländegewinn zu einem großen Erfolg abgestempelt und als wirksame Unterstützung der Polen hingestellt. Inzwischen hat der Feind — wie in den Wehrmacht-

berichten vom 17. und 18. Oktober zu lesen ist — zwischen der luxemburgischen Grenze und dem Waldgebiet des Warndt sowie zwischen der Saar und dem Pfälzer Wald am äußersten Ostrand der bisherigen Kampffront das genommene Gelände freiwillig wieder aufgegeben. Er ging, von unseren tatkräftig nachstoßenden Truppen gedrängt, bis dicht an und über die französische Grenze zurück. Es handelte sich bei diesen letzten Kampfhandlungen also nicht — wie die Franzosen behaupten — um einen planmäßigen deutschen Angriff, sondern vielmehr um das freiwillige Räumen deutschen Gebietes durch die Franzosen, dem dann die deutschen Truppen in einem den Franzosen allerdings vielleicht ungewöhnlich raschen Tempo folgten.

Nach den einzigartigen Erfolgen unserer Luftwaffe in Polen hat die feindliche Propaganda die Kampfleistungen unserer Flieger im Osten dadurch zu verwischen gesucht, daß sie — in krassem Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege — die polnische Luftwaffe als einen in keiner Hinsicht gleichwertigen Gegner des Deutschen hinstellte. Aber ganz abgesehen von den glänzenden Proben, die unsere Luftstreitkräfte gegenüber den englischen Fliegern — also nach der Meinung der britischen Propaganda doch wohl gegenüber gleichwertigen Gegnern — im Nordseekrieg in Angriff und Abwehr abgelegt haben, hat die feindliche Propaganda angefaßt, daß der vom deutschen Oberkommando der Wehrmacht vorgelegten Bilanz des Luftkrieges im Westen die Sprache verloren. Nicht weniger als 60 feindliche Flugzeuge — 48 französische und 12 britische — fielen der deutschen Luftabwehr durch Zöger und Flak zum Opfer. Bei einem gleichzeitigen Ausfall von 11 Flugzeugen erreichten die deutschen Verluste nur wenig mehr als ein Sechstel der britisch-französischen. Die feindlichen Flugzeugverluste im Innern Deutschlands und im Gebiete der Nordsee sind in diesen Zahlen nicht mit einbegriffen.

Seit Kriegsbeginn betragen die deutschen Gesamtverluste an der Westfront bis zum 17. Oktober: 196 Tote, 356 Verwundete und 114 Vermißte. Aber die Höhe der französischen Verluste sind keine Angaben möglich. Daß sie aber das Mehrfache der deutschen Ausfälle betragen, beweist, daß allein an Gefangenen 25 Offiziere und 664 Unteroffiziere und Mannschaften eingebracht wurden. — Britische Truppen konnten bisher in der vorderen Linie der Westfront nirgends festgestellt werden. Hieraus geht einwandfrei hervor, daß sich die Engländer bisher an irgendwelchen Kampfhandlungen nicht beteiligten.

Die Verluste und auch die begrenzten Kampfhandlungen dürfen jedoch kein Maßstab für das sein, was die Westfront in diesen 6 Kriegswochen geleistet hat. Die hier eingesetzten Truppen hatten eine entfangungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Es war ihnen nicht, wie ihren Kameraden im Osten, vergönnt, Vormarsch, Verfolgung und Vernichtungssiege zu erleben. Die harte Pflicht gebot den Besatzungen des Westwalls standzuhalten, wenn der Feind angriff, und dort, wo er noch nicht angriff, wachsam wie ein Luchs zu sein. Nüchtern haben sich unsere vorgeschobenen Feldwachen die Augen aus dem Kopf gesehen, ohne daß sie auch nur einen einzigen französischen Stahlhelm zu Gesicht bekamen; ununterbrochen lag der Flugmeldebedienstet auf der Wacht, um bei dem ersten Auftauchen feindlicher Flieger Alarm zu schlagen. In manchen Abschnitten lagen sie Tage und Nächte, ja Wochen vergeblich auf der Lauer, aber keine Enttäuschung konnte ihre Wachsamkeit einschläfern.

Im Laufe des Oktober zeichnete der Führer eine größere Zahl verdienter Führer der drei Wehrmachtteile besonders aus.

Bereits am 30. September verlieh er das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an den Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, an den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, an den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, an die Generalobersten v. Rundstedt, v. Bod, v. List, die inzwischen zu Generalobersten beförderten Generale Blaskowitz, v. Kluge, v. Reichenau, den General der Artillerie v. Küchler sowie die Generale der Flieger Kesselring und Löhr.

Am 18. Oktober 1939 empfing der Führer in Berlin die Besatzung des U-Bootes, das im englischen Hafen von Scapa Flow das englische Schlachtschiff „Royal Oak“ versenkt und den Schlachtskreuzer „Repulse“ torpediert hatte. Der Kommandant, Kapitänleutnant Prien, wurde bei dieser Gelegenheit vom Führer mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.



### Deutsche Flieger- und U-Boot-Angriffe gegen englische Kriegshäfen

Aus den Berichten des Oberkommandos der Wehrmacht: Die englischen See-  
streitkräfte wurden am 16. Oktober erneut und mit Erfolg angegriffen. Zwei von  
den im Firth of Forth liegenden englischen Kriegsschiffen erhielten Bomben-  
treffer schwersten Kalibers. Nach Meldung des deutschen U-Boot-Kommandanten  
fanden die Torpedierungen des Schlachtschiffes „Royal Oak“ und des Schlacht-  
kreuzers „Repulse“ in der Bucht von Scapa Flow statt ... Die deutsche Luftwaffe  
setzte am 17. Oktober ihre Operationen gegen die Kriegshäfen an der englischen Ost-  
küste fort. In der Bucht von Scapa Flow wurde nach den bisher vorliegenden  
Meldungen außer anderen Kriegsschiffen ein älteres englisches Schlachtschiff von  
Bomben schweren und mittleren Kalibers getroffen. Während eines Luftkampfes  
wurde ein englisches Jagdflugzeug von deutschen Flugzeugen abgeschossen.

Am 27. Oktober 1939 folgte die Verleihung des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, an den Chef des Generalstabs des Heeres, General der Artillerie Halder, an den Chef des Generalstabes der Luftwaffe, Generalmajor Jeschonnek, ferner an den General der Panzertruppen Guderian, die Generale der Infanterie Goth und Strauß, den General der Kavallerie Hoepner, die Generalleutnants Dibrich, v. Driesen, Reinhardt, den Generalmajor Kuebler, den Oberst Schmidt, den Oberleutnant Steinhardt sowie den Leutnant Stolz.

Der Führer brachte in einer kurzen Ansprache den versammelten Offizieren, zugleich im Namen des ganzen deutschen Volkes, seinen Dank und seine Anerkennung für ihre außerordentlichen Leistungen zum Ausdruck und ersuchte die Kommandeure, diese Anerkennung auch ihren Truppen zu übermitteln.

Am 17. Oktober wurde ferner der Befehlshaber der Unterseeboote, Kapitän zur See und Kommodore Dönitz, in Würdigung seiner Verdienste um die deutsche U-Bootwaffe zum Konteradmiral befördert.

Ferner hat am 19. Oktober der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht dem Generalinspektor für das deutsche Straßensystem, Major d. B. der Fliegertruppe Dr. Todt, auf Vorschlag des Generalfeldmarschalls Göring in Anerkennung der einzigartigen militärischen Verdienste, die mit der Schaffung des Westwalls und der Luftverteidigungszone West zusammenhängen, den Charakter als Generalmajor verliehen. Damit haben die militärischen Verdienste Dr. Todts um die Schaffung des Westwalls ihre verdiente Würdigung gefunden.

Im übrigen haben an der Westfront, zur See und in der Luft in der zweiten Oktoberhälfte keine nennenswerten Kämpfe stattgefunden.

Bis Ende Oktober hatte der Handelskrieg der Kriegsmarine weiter gute Erfolge. In der Zeit vom 12.—25. Oktober wurden 25 Schiffe mit 121 976 Tonnen versenkt. Die eigenen Verluste beliefen sich in der ganzen Kriegszeit bis zum 28. Oktober auf nur 3 U-Boote, die auf Grund ihres langen Ausbleibens verlorengegeben werden mußten.

Infolge Minentreffers sank am 21. Oktober gegen Mittag in der Nähe der dänischen Insel Moen ein deutsches Vorpostenboot. Von der 55 Mann starken Besatzung konnten fünf Besatzungsangehörige gerettet werden.

## Der Einsatz der Technischen Nothilfe

Von Erich Hampe, Stellb. Chef der TN

Die allgemeine Tätigkeit der Technischen Nothilfe ist es, den Kampf gegen Gefahren aller Art zu führen. So tragen alle ihre Vorbereitungen auf diese Tätigkeit von vornherein einen ernstfallmäßigen Charakter. Die Friedensgliederung der TN ist im großen ganzen zugleich ihre Ernstfallgliederung. Der Eintritt des großen Ernstfalls, wie ihn der Kriegszustand darstellt, forderte somit organisatorisch für die TN keine durchgreifenden Änderungen. Ihre Vorbereitungen liefen vielmehr — wenn auch verstärkt und beschleunigt, so doch planmäßig — weiter, um möglichst bald zu dem für den Ernstfall vorgesehenen Abschluß zu gelangen.

Dies traf insbesondere für diejenigen Arbeiten der Technischen Nothilfe zu, die unmittelbar für die Belange der Wehrmacht zu leisten waren. Auch diesmal war die Aufstellung der „Technischen Kommandos“ vordringlich. Nach den Erfahrungen beim Einmarsch in das Sudetenland und in Böhmen-Mähren waren sie inzwischen ausgebaut worden. Die Arbeit, die für die rasche Aufstellung personell wie materiell zu leisten war, wurde in bewährter kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Wehrmacht und der Technischen Nothilfe durchgeführt. Mit Stolz konnten nach kurzer Zeit die „blauen Kolonnen“ in das Operationsgebiet abrücken. Ihr Tätigkeitsdrang sollte dort bald Gelegenheit zu zahlreichen praktischen und wichtigen Einsätzen finden.

Nächst der Aufstellung der „Technischen Kommandos“ war die Übergabe des im Frieden von der TN aufgestellten und ausgebildeten „Instandsetzungsdienstes“ an den Sicherheits- und Hilfsdienst des zivilen Luftschutzes dringlich. Zu gleicher

Zeit wurde auch eine größere Anzahl von Kräften der *M* in die Feuerwehr- und Bergungstrupps übergeführt. Es ist bekannt, daß die Aufstellung des Instandsetzungsdienstes als eines Fachzweiges des Sicherheits- und Hilfsdienstes zur Beseitigung von Gefahren bei schweren baulichen Schäden eines Luftangriffs stets von der *M* als eine ebenso schwierige wie ehrenvolle Aufgabe angesehen worden war, für die nach Möglichkeit besonders geeignete Führer und Männer vorgesehen und ausgebildet worden waren. Sie schieden für die Dauer des Kriegszustandes aus dem unmittelbaren Verbände der *M* und traten im Rahmen der deutschen Luftverteidigung unter den unmittelbaren Befehl des jeweiligen örtlichen Luftschutzeleiters.

In eigener Zuständigkeit verblieben der *M* ihre beiden Dienstzweige: der „Technische Dienst“ und der „Bereitschaftsdienst“. Der „Technische Dienst“, der die Unterstützung der lebenswichtigen Betriebe, insbesondere der Versorgungsbetriebe, bei Eintritt von Notständen zur Aufgabe hat, vermochte an einigen Stellen wirksame Hilfe zu bringen. Auch zur schnellen Herstellung notwendig gewordenen Befehlsleistungen in der Heimat wurde der *TD* eingesetzt. Im übrigen ist dieser Dienst seiner Natur nach auf Wartestellung verwiesen. Im Vorhandensein solcher zufälligen Hilfsmöglichkeiten für schlimmste Lagen liegt ein Teil seiner Bedeutung.

Der „Bereitschaftsdienst“, dem im besonderen als technisches Hilfsorgan der Polizei laufend die Durchführung aller Einsätze zur Beseitigung von Gefahren und Schäden bei Katastrophen und Unglücksfällen aller Art zufällt, hatte natürlich diese laufende Tätigkeit fortzuführen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein solcher Einsatz im Reichsgebiet erfolgt. Neben dieser laufenden Tätigkeit brachte aber der Eintritt des Kriegszustandes gerade für den Bereitschaftsdienst weitere Anforderungen. Es zeigte sich, wie wertvoll sachverständige technische Hilfe bei der Überwindung der mannigfachen Schwierigkeiten, die ein plötzlicher Übergang vom Frieden in den Kriegszustand mit sich bringt, sein kann. An jedem Ort besaß man eine stets einsatzbereite technische Hilfe, die bisher schon bei allen Gelegenheiten bewiesen hatte, wie tatkräftig sie zupacken konnte. Da waren alle Arten von Sicherungsmaßnahmen — Ausbau öffentlicher Luftschutträume, Aushebung von Deckungsgräben, Herstellung von Schutzumwallungen —, der Bau von Not- und Umgehungsbrücken, die Einrichtung von großen Belflagern, das Legen von Fernspreckverbindungen, die Übernahme wichtiger Transporte, die Aushebung von Feuerlöschkeichen und ähnliche Tätigkeiten mehr, die gefordert und in kürzester Frist erfüllt wurden. Auch technische Hilfeleistungen für Truppenteile wurden örtlich vielfach verlangt und ausgeführt.

Am stärksten natürlich waren die Anforderungen in den Grenzgebieten. Schon bei den allerersten Kampfhandlungen von seiten der Polen mußten die Grenzbereitschaftstrupps in Aktion treten. So wurden sie herbeigerufen, als von polnischer Seite der gewaltsame Übergriff auf den Gleiwitzer Sender versucht wurde, um bei etwaigen Beschädigungen einzugreifen, so beteiligten sie sich bei der Beseitigung der durch die Beschädigung Beuthens entstandenen baulichen Schäden. Ähnliches ist von Ostpreußen zu melden. Auch hier waren die Grenzbereitschaftstrupps unmittelbar in den Grenzdienst einbezogen und verrichteten die sich aus der jeweiligen Lage ergebenden technischen Hilfsdienste.

Zahlenmäßig waren bis zum 24. Oktober 716 solcher Einsätze des Bereitschaftsdienstes im Reichsgebiet gemeldet. Dabei wurden 15361 Rothelmer des Bereitschaftsdienstes eingesetzt. Von diesen Einsätzen entfiel fast die Hälfte auf Tätigkeiten für Wehrmächtszwecke, ein Drittel auf solche für unmittelbare Polizeizwecke und der Rest auf Arbeiten für die Partei, ihre Gliederungen und die Gemeinden. Bei dieser Aufzählung ist nicht die laufende Tätigkeit des Bereitschaftsdienstes vermerkt, sondern es sind nur solche Einsätze berücksichtigt, die unmittelbar mit dem Kriegszustand zusammenhängen.

Die rührige Betätigung des Bereitschaftsdienstes an der Grenze führte ganz von selbst nach Vorrücken der deutschen Truppen zur Übernahme dringlichster technischer Hilfeleistungen auch dicht über der Grenze. Wenn wenige hundert Meter über der Grenze eine Eisenbahnbrücke des wichtigen Verkehrsstranges vom Reich nach Ostoberschlesien eingestürzt war und ihre Trümmer die darunter befindliche Landstraße bedeckten, die Truppe selbst aber keine Zeit hatte, sich mit solchen Ber-

störungen zu beschäftigen, so war für den nächstgelegenen Bereitschaftstrupp der *TR* sein Handeln klar. Die tatkräftige Hilfe wurde von den in Ostoberschlesien eingesezten deutschen Befehlsstellen planmäßig nutzbar gemacht. Der Chef der Zivilverwaltung für Ostoberschlesien erbat und erhielt die Unterstützung der *TR* für sofortige Sicherungs- und Wiederherstellungsarbeiten in kürzester Frist und erheblichem Ausmaß.

In einem Lager bei Hindenburg wurde eine Anzahl von schlesischen Bereitschaftstrupps, verstärkt durch einige Spezialtrupps von Berlin und Brandenburg, zusammengezogen, die den Anforderungen des Chefs der Zivilverwaltung folgend von hier aus strahlenförmig auf die wichtigsten Schadenstellen angelegt wurden. Zuvor freilich galt es, eine große Anzahl fluchtartig von den Polen verlassener Bunker zu räumen, die selbst noch mit Minen umsichert, mit Sprengladungen besetzt und mit Waffen und Munition aller Art gespickt waren. Während ein Teil der Bunkerlinie von den Pionieren gesäubert wurde, räumte die Bereitschaftsabteilung der *TR* die übrigen 117 Bunker aus und beseitigte die mannigfachen Gefahrenquellen. Dem sachgemäßen Vorgehen hierbei ist es zu danken, daß diese gefährvollen Arbeiten ohne einen Unglücksfall durchgeführt werden konnten.

Dann ging es an die zahlreichen Brücken- und Bahnzerstörungen, deren Behebung für eine schnelle Transportverbindung des ostoberschlesischen Industrie- reviers mit dem Reich vordringlich war.

---

# Die Politik

Das deutsche Volk stand in der zweiten Oktober-Hälfte unter dem Eindruck der erfolgreichen Unternehmungen seiner Kriegsmarine und Luftwaffe gegen die gefickt in ihren Häfen liegende englische Flotte. Besonders die kühne Tat des U-Bootes, das in die Bucht von Scapa Flow eindrang und dort das englische Schlachtschiff „Royal Oak“ versenkte und das Schlachtschiff „Repulse“ schwer beschädigte, rief bei allen deutschen Menschen freudige Begeisterung hervor. Wer noch bisher die ernste, entschlossene Haltung des deutschen Volkes mit Nichtstimmung verwechselt haben sollte, wurde eines besseren belehrt durch die stürmische Freude, mit der die Berliner Bevölkerung den Führer des tapferen U-Bootes, Kapitänleutnant Brien, und seine Mannschaft bei ihrem Einzug in die Reichshauptstadt begrüßte. Die kühne Besatzung des siegreichen U-Bootes wurde in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, des Großadmirals Dr. h. c. Raeder, vom Führer in seinem Arbeitszimmer begrüßt. In einer Ansprache brachte der Führer seinen und den Dank des deutschen Volkes für die Tat der U-Boot-Besatzung zum Ausdruck. Er erinnerte daran, daß die Männer diese einzigartige Leistung auf jenem Blatz vollbrachten, auf dem einst die deutsche Flotte durch eine schwache Regierung ausgeliefert wurde in der trügerischen Hoffnung, sie vielleicht zurückerhalten zu können, und auf dem dann Admiral Neuter diese Flotte vor der letzten Schande bewahrt und gerettet habe. Was die Männer der U-Boot-Waffe geleistet hätten, sei die stolze Tat, die überhaupt ein deutsches U-Boot unternehmen und vollbringen konnte. Sie habe nicht nur ganz Deutschland auf das tiefste bewegt, sondern ihr Ruhm sei in die ganze Welt hinausgegangen. Der Führer überreichte sodann Kapitänleutnant Brien die höchste Auszeichnung für einen deutschen Soldaten, das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Die ehrenden Worte des Führers wurden unterstrichen durch ungezählte Gaben und Stiftungen für die U-Boot-Besatzung, mit denen deutsche Volksgenossen ihrer Freude über die kühne Tat Ausdruck gaben.

Der Krieg gegen England, der sich nunmehr — wie Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 24. Oktober in Danzig in einer Kundgebung am Gründungstage des Gaues Danzig der NSDAP vor den Alten Kämpfern Danzigs darlegte — endgültig als ein Kampf um Sein oder Nichtsein gestaltete, nachdem der britische Premierminister Chamberlain die vom Führer entgegengestreckte Friedenshand ausgeklagt hatte, hielt die Führung des Reiches nicht davon ab, den Neuaufbau im Osten tatkräftig in Angriff zu nehmen. Am 18. Oktober trafen die ersten Baltendeutschen aus Lettland und Estland in Gotenhafen ein, um in den zurückgekehrten ehemals polnischen Gebieten als Träger der Aufbauarbeit eingesetzt zu werden. Täglich kamen weitere Seedampfer mit in das Reich heimkehrenden Baltendeutschen in Danzig und Gotenhafen an. Sie verloren, wie der Baltendeutsche Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ erklärte, eine Heimat, aber sie gewannen ihr Vaterland; als zäher Menschenschlag würden sie tiefer Atem schöpfen können und neuen Raum zum Schaffen erhalten. Der Führer beauftragte den Reichsführer SS Himmler, für die Rückführung der endgültig ins Reich heimkehrenden Auslands- und Volksdeutschen Sorge zu tragen und die zur Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete erforderlichen Umsiedlungsmahnahmen zu treffen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zum Neuaufbau des deutschen Ostens war am 26. Oktober das Inkrafttreten des Führererlasses über die Verwaltung der heimgekehrten deutschen Ostgebiete, des Reichsgaues Danzig mit dem Gauleiter und Reichsstatthalter Forster an der Spitze und des Warthegaues, zu dessen Reichsstatthalter und Gauleiter der einstige Danziger Senatspräsident Greiser ernannt wurde. Reichsstatthalter Forster wurde am 31. Oktober vom Reichsminister des Innern Dr. Frick in Danzig feierlich in sein Amt eingeführt.

Auf außenpolitischem Gebiet zog Reichsaußenminister v. Ribbentrop in seiner Danziger Rede die Folgerung aus dem englischen Verhalten und insbesondere aus der Rede Chamberlains vom 12. Oktober, wenn er feststellte, daß die Friedensbereitschaft des Führers von England abgelehnt wurde. Deutschland nahm nunmehr den Fehdehandschuh auf, entschlossen, unter Einsatz seiner ganzen Volkskraft einen Frieden zu erzwingen, der seiner Bedrohung durch England ein für allemal ein Ende machen würde. Daß Deutschland diese Entscheidung nicht leichtfertig traf, ergab sich nicht nur aus der Entwicklung der letzten Wochen. Reichsminister v. Ribbentrop konnte in seiner Danziger Rede auf die jahrelangen, trotz aller Enttäuschungen unermüdlichen Bemühungen des Führers um eine Verständigung mit England und Frankreich hinweisen.

Wie wenig England den vom Reichsaußenminister dargelegten Tatsachen entgegenzusetzen hatte, bewies der britische Premierminister Chamberlain zwei Tage später in seinem üblichen Wochenüberblick vor dem Unterhaus, in dem er die Ausführungen Ribbentrops mit der Bemerkung abtat, durch Kommentare zu vielen Einzelheiten in dieser Rede „keine Zeit verlieren“ zu wollen.

Wenige Tage vor der Danziger Rede Ribbentrops hatte England eine Probe des deutschen Kampfwillens und der Kampfkraft der deutschen Waffen zu kosten bekommen, als in kurz aufeinanderfolgenden Schlägen das deutsche U-Boot des Kapitänleutnants Prien in Scapa Flow zwei britische Schlachtschiffe torpedierte und Einheiten der deutschen Luftwaffe erfolgreich britische Kriegsschiffe im Firth of Forth und in Scapa Flow bombardierten. In der englischen öffentlichen Meinung wurde der Glaube an die Unangreifbarkeit der britischen Flotte sichtlich erschüttert; England hatte die Bedeutung des Führerwortes gespürt, daß es keine Inseln mehr gäbe.

Die Ausflüchte und halben Eingeständnisse der britischen Admiralität und des Londoner Lügenministeriums waren nicht geeignet, die englische Verstärkung über die deutschen Erfolge zu verbergen. Die Versenkung des Schlachtschiffes „Royal Oak“ durch das deutsche U-Boot wurde zuerst von der britischen Admiralität bekanntgegeben. Als jedoch der Bericht des deutschen U-Boot-Kommandanten vorlag, aus dem sich die gleichzeitige Torpedierung und schwere Beschädigung eines zweiten Schlachtschiffes, der „Repulse“, ergab, wurde es offenkundig, daß man in London den Verlust der „Royal Oak“ nur darum so schnell zugeben hatte, um die Torpedierung des zweiten Schlachtschiffes um so leichter verheimlichen zu können. Der Verlust der „Repulse“ wurde denn auch ebenso dreist abgestritten wie einige Wochen vorher die Vernichtung des Flugzeugträgers „Ark Royal“ durch ein deutsches Flugzeug und die schwere Beschädigung des größten englischen Schlachtschiffes „Good“. Ebenso kläglich war die Haltung des englischen Lügenministeriums bei der Berichterstattung über den deutschen Luftangriff im Firth of Forth, bei dem die englischen Kreuzer „Edinburgh“ und „Southampton“ getroffen wurden, und über den im Laufe des Tages eine ganze Anzahl von Meldungen verbreitet wurde, die der englischen Öffentlichkeit tröpfchenweise den deutschen Erfolg bekanntgaben. Sprach man anfangs von einer völligen Erfolglosigkeit des deutschen Luftangriffes und führte man in echt britischem Jynismus als einzigen Schaden eine zerbrochene Fensterscheibe und einen Hund an, so mußte man in späteren Meldungen immerhin die Wirkung von „Splintern“ auf den beiden betroffenen Kreuzern und den Verlust einer in den einzelnen Berichten wechselnden Zahl von toten und verletzten Seeleuten der Besatzungen zugeben. Der deutsche Luftangriff im Firth of Forth, bei dem deutsche Flugzeuge auch die schottische Hauptstadt Edinburgh überflogen, warf auch insofern ein bezeichnendes Licht auf die englische Organisation, als die Stadt Edinburgh von dem deutschen Angriff völlig überrascht wurde und die Bevölkerung durch keinerlei Alarm gewarnt worden war.

Mißstände dieser Art beunruhigten auch auf anderen Gebieten ständig die englische Öffentlichkeit. In der Presse rissen die Klagen über Desorganisation auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht ab. Ständig steigende Preise, anwachsende Arbeitslosigkeit, völliges Durcheinander bei der Betreuung der evakuierten Schulkinder, das waren neben vielem anderen ständige Themen in der englischen Presse.

Auch im Gefüge des Weltreiches machten sich Widerstände bemerkbar, die man in den Kreisen der Kriegsheger bei Ausbruch des von langer Hand vorbereiteten Krieges gewiß nicht erwartet hatte. In Südafrika und in Indien traten Bestrebungen für eine Trennung von England in einer bisher nie dagewesenen Stärke auf. In der Südafrikanischen Union war in der ersten Septemberhälfte unter Befestigung des für die Neutralität eintretenden Premierministers Herzog der Eintritt der Union in den Krieg gegen Deutschland von England erzwungen worden. Der einstige Burengeneral Smuts, der bisher mit Herzog zusammengearbeitet hatte, erwiderte sich der Kriegshegerclique in London als englischhörig genug, um als Nachfolger Herzogs auf dem Posten des Premierministers die Kriegserklärung gegen Deutschland zu vollziehen. Die in London unerwartete Folge war der Zusammenschluß des Afrikandertums, der Nachkommen der einst von England brutal niedergeschlagenen Buren, das die überwiegende Mehrheit der weißen Bevölkerung in der Union bildet. Der alte Burengeneral Herzog und der Führer der Nationalen Opposition, Dr. Malan, bisher politische Gegner, beschloßen die Zusammenarbeit, die in einer gewaltigen Kundgebung des Afrikandertums vor dem Boortreffer-Denkmal bei Pretoria Anfang Oktober zum erstenmal zum Ausdruck kam und die Vereinerung aller afrikanischen Sprechenden in einer Partei zum Ziel hatte. Neben der Forderung nach Neutralität wurde in der Afrikanderbewegung bald auch der Ruf nach einer Trennung von England und der Bildung einer freien südafrikanischen Republik laut. Man erinnerte sich in wachsendem Maße des Burenwiderstandes gegen England zu Beginn dieses Jahrhunderts und wies darauf hin, daß damals England die Losung „Vernichtung des Krügerismus“ ausgab, so wie es jetzt die Vernichtung des Hitlerismus proklamierte.

In Indien hatte das Exekutivkomitee des Nationalkongresses Ende September in einer Erklärung dagegen Stellung genommen, daß Indien von der englischen Regierung ohne seine Zustimmung zum kriegführenden Land erklärt worden war: Jegliche Versuche, die Hilfsquellen Indiens zu imperialistischen Zwecken auszunutzen, würden unweigerlich den Widerstand des indischen Volkes hervorrufen; Indien könne nicht am gegenwärtigen Kriege teilnehmen in einer Zeit, da ihm seine eigene Freiheit streitig gemacht werde. Die Forderung der indischen Kongresspartei nach einer Bekanntgabe der Kriegsziele und nach fester Zusage der indischen Unabhängigkeit wurden von dem englischen Vizekönig in Indien mit einem Weisbuch beantwortet, das die indischen Führer Nehru und Ghandi als unzureichend erklärten. Die Kongresspartei kündigte den Rücktritt der ihr angehörenden Minister an, die in einem großen Teil der indischen Provinzen die Regierungen bilden, nachdem die indischen Forderungen von dem Vizekönig mit leeren Versprechungen beantwortet worden seien. Mit dem Rücktritt der Kongressregierung der Provinz Madras als erster kam Ende Oktober der offene Konflikt zwischen der indischen Kongresspartei und den englischen Behörden zum Ausbruch.

Wie England den deutschen Erfolgen auf militärischem Gebiete außer Lügen und Vertuschungen nichts Tatsächliches entgegenstellen konnte, so mußte seine für den Krieg verantwortliche Regierung den von deutscher Seite geführten Nachweis ungeheuerlicher Verbrechen über sich ergehen lassen, ohne ihm tatsächliche Widerlegungen gegenüberstellen zu können. Der von der deutschen Presse durch zahlreiche Verlautbarungen einwandfrei geführte Indizienbeweis, daß der Urheber des Unterganges der „Athenia“ niemand anderes als der Erste Lord der britischen Admiralität, Winston Churchill, war, wurde im Verlauf der zweiten Oktoberhälfte bestätigt durch die eidesstattliche Aussage des amerikanischen Staatsbürgers Anderson, der als Opfer der Katastrophe bezeugte, daß die „Athenia“ erst 14 Stunden nach der geheimnisvollen Explosion auf dem Dampfer von drei britischen Zerstörern unter Feuer genommen und versenkt worden war. Aus den umfangreichen Aussagen Andersons, der nach seiner Rettung wochenlang in England festgehalten worden war, ergab sich ferner, daß die „Athenia“ auf ihrer letzten Reise Sprengstoffe mit sich führte. Viele Aussagen nahm der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, am 22. Oktober zum Anlaß, in einer von den deutschen Sendern auch in den wichtigsten Fremdsprachen verbreiteten Rundfunksprache Winston Churchill als Lügner und Ver-

brecher zu entlarven. Die mit beißendem Sarkasmus vorgebrachten Ausführungen des Reichsministers, die unter dem Leitwort „Der Angeklagte Churchill hat das Wort“ standen und noch einmal die Beweisstücke für die Urheberchaft Churchills beim Untergang der „Athenia“ zusammentrugen, gipfelten in folgenden fünf Fragen an den Ersten Lord der britischen Admiralität:

1. Wie konnten Sie, Herr Churchill, in Ihren ersten Verlautbarungen überhaupt von einem deutschen Torpedo sprechen, obwohl Sie doch als Erster Lord der britischen Admiralität wußten und wissen mußten, daß drei englische Zerstörer die „Athenia“ versenkt haben?

2. Wie wollten Sie es der Welt überhaupt einreden, daß die „Athenia“ noch 14 Stunden nach der von Ihnen lügnersicherweise behaupteten Torpedierung durch ein deutsches U-Boot über Wasser blieb, während Ihr englisches Tiefenklärschiff „Royal Oak“ unter der Wirkung deutscher Torpedos in ganz wenigen Minuten versank?

3. Warum haben Sie von dem Feuer von drei englischen Zerstörern auf die „Athenia“ bisher überhaupt nichts gesagt, obwohl Sie das doch als Erster Lord der britischen Admiralität wissen mußten und sich obendrein auch klar darüber waren, daß das Feuer von drei englischen Zerstörern auf die „Athenia“ überhaupt das wichtigste Beweisstück für die Findung des Täters bei der Versenkung der „Athenia“ war? Warum mußten Sie erst durch die beidseitigen Aussagen des unverdächtigen amerikanischen Zeugen Anderson darauf hingewiesen werden, und warum warteten Sie bis heute mit dieser höchst wichtigen Mitteilung in einer Angelegenheit, die eventuell die Vereinigten Staaten in den Krieg hätte hineinziehen können, obwohl Sie wußten, daß dieser Umstand von einer ausschlaggebenden Bedeutung für die Beurteilung des ganzen Falles war?

4. Wo haben Sie, Herr Churchill, die fragwürdigen Zeugen gebunden, die kurz nach dem Untergang der „Athenia“ im englischen Rundfunk interviewt wurden und genau das Gegenteil von dem behaupteten, was nun durch die beidseitigen Aussagen des unverdächtigen Zeugen Anderson als erwiesen und nicht mehr bestreitbar angesehen werden muß?

5. Warum versuchen Sie jetzt, Herr Churchill, der Sie kurz nach dem Untergang der „Athenia“ so rebellig waren und die ganze Welt mit Ihren Lügen überschwemmten, beharrlich zu schweigen und über die ganze für Sie und für England geradezu katastrophale Angelegenheit den Mantel der Liebe zu decken? Sie sind doch sonst nicht so.“

Dr. Goebbels nannte in seinen weiteren Ausführungen den Untergang der „Athenia“ das allersimpelste, das allerprimitivste, allerdings auch das allerverbrecherischste Vubenstück, das die moderne Geschichte kenne. Der Fall „Athenia“ sei nicht ausgestanden, sondern sei ein Fall Churchill und der Fall Churchill ein Fall England geworden. Hier gehe es darum, ob ein überführter Verbrecher länger noch in einem so hohen Amt geduldet werden könne, oder ob die Empörung der ganzen Weltmeinung nicht am Ende doch stärker sei als die Skrupellosigkeit eines notorischen britischen Lügners.

Die englische Regierung blieb dieser furchtbaren Anklage gegenüber genau so stumm wie gegenüber dem am 12. Oktober in einer deutschen Verlautbarung einwandfrei geführten Beweis, daß England an Polen vor Ausbruch des Krieges Giftgasminen geliefert hatte. Deutsche Pioniere waren am 8. September beim Wegräumen einer Sperre in der polnischen Stadt Jaslo durch eine explodierende Mine getötet oder schwer verwundet worden. Die Feststellung der deutschen Fachmänner, daß es sich um die furchtbaren Folgen von Gelbkreuzgas handelte, wurde durch die Aussagen von Berichterstattern aus dem neutralen Ausland, vor allem aber durch ein Gutachten des Schweizer Professors Staehelin, unwiderlegbar bestätigt. Im Verlaufe der sofort aufgenommenen Nachforschungen nach der Herkunft des Giftgases wurde bei der Ortschaft Orhöft in der Nähe des früheren Öbingen, jetzt Götenshafen, ein größeres Lager von Gelbkreuzgas-Minen entdeckt, und zwar zusammen mit anderen Munitionsvorräten, die nach polnischen Aussagen in den letzten Wochen vor Kriegsausbruch aus englischen Schiffen in Öbingen ausgeladen worden waren. Insgesamt wurden unter dem von Großbritannien gelieferten Kriegsmaterial mehrere tausend Gelbkreuzgasminen festgestellt. Weitere Funde wurden im Verlaufe der zweiten Oktoberhälfte auch in anderen Teilen Polens gemacht. Von der englischen Regierung wurde die Lieferung von Gelbkreuzgas durch ein einfaches Dementi abgelehnet, ohne daß man sich die Mühe machte, die bis ins einzelne gehenden deutschen Feststellungen, die durch neutrale Untersuchungen bestätigt waren, durch Tatsachen zu widerlegen. Man versuchte lediglich, durch die Verbreitung eines gefälschten Interviews des Professors Stae-

helin die Wirkung des einwandfreien Gutachtens dieses Schweizer Zeugen abzuschwächen.

Die britische Regierung, die die Erfahrung machen mußte, daß ihre im Weltkrieg so erfolgreiche Propaganda sie 25 Jahre später von einer Verlegenheit in die andere brachte, erfuhr nunmehr auch, daß die alte Hauptwaffe des ohne Rücksicht auf die Neutralen durchgeführten Blockadefrieges nicht mehr bedenkenlos gehandhabt werden konnte, da sie es nicht mehr nur mit kleinen neutralen Ländern zu tun hatte. Die Sowjetregierung brachte am 26. Oktober in einer Note an die britische Regierung in klarer und eindeutiger Weise den Interessenstandpunkt der neutralen Mächte gegenüber der britischen Seekriegspolitik zum Ausdruck. Sie beantwortete darin die beiden britischen Noten vom 6. und 11. September, in denen die britische Regierung die von ihr aufgestellte Konterbandeliste und die geplante Durchsuchung neutraler Handelsschiffe notifiziert hatte, mit folgenden drei Feststellungen:

1. Die durch einseitiges Vorgehen der britischen Regierung erfolgte Aufstellung der Kriegskonterbandeliste überschreite die Grundsätze des internationalen Rechts, wie sie in der internationalen Rechtsklärung über den Seekrieg vom 26. Februar 1909 ihren allgemeinen Ausdruck gefunden haben, füge den Interessen der neutralen Länder schweren Schaden zu und zerstöre den internationalen Handel. „Da die britische Regierung auf die von ihr veröffentlichte Kriegskonterbandeliste Erzeugnisse und Waren, wie Brennmaterial, Papier, Baumwolle, Viehfutter, Schuhe, Kleider und Rohstoffe für ihre Herstellung, und sogar eine Reihe von Lebensmitteln, wie Getreide, Fleisch, Butter, Fuder und andere Arten von Nahrungsmitteln, gesetzt hat, erklärt sie somit die hauptsächlichsten Artikel des allgemeinen Konsums als Banngut und schafft die Möglichkeiten vollkommener Willkür in der Beurteilung aller Artikel des öffentlichen Verbrauchs als Kriegskonterbande. Dies führt unfehlbar zu einer tiefen Desorganisierung der Versorgung der friedlichen Zivilbevölkerung mit lebenswichtigen Artikeln, bildet eine ernste Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung und läßt eine unberechenbare Not der breiten Volksmassen voraussehen.“ Die Sowjetregierung betrachte es als unzulässig, daß die friedliche Bevölkerung durch die Erklärung von Artikeln des öffentlichen Verbrauchs als Banngut von Lebensmitteln, Brennstoff und Kleidern beraubt ist und dadurch Kinder, Frauen, Greise und Kranke allen Arten von Entbehrung und dem Hungertod ausgesetzt sind. Sie könne sich daher mit der Note der britischen Regierung vom 6. September nicht einverstanden erklären und lehne es ab, dieser Note irgendwelche Kraft zuzuerkennen.
2. Die sowjetrussische Regierung erklärt ebenfalls, daß sie mit der britischen Note vom 11. September nicht einverstanden sei und dieser Note keine Kraft zuerkenne, in der durch einseitiges Vorgehen der britischen Regierung die Errichtung eines Systems der Durchsuchung von Handelsschiffen neutraler Länder in zu diesem Zweck von der britischen Regierung besonders bezeichneten Häfen mitgeteilt werde. Die Sowjetregierung betrachte es als eine vollkommen unbegründete und willkürliche Forderung, daß die oben erwähnten Schiffe gezwungen sind, in diese Häfen einzulassen, eine Forderung, die durch die Drohung der gewaltsamen Einbringung der Schiffe in diese Häfen erschwert werde. Nach einem Hinweis auf den völkerrechtswidrigen Charakter dieses britischen Vorgehens erklärt die Sowjetregierung, daß „die sowjetrussischen Handelsschiffe dem Staat gehören und schon aus diesem einzigen Grunde irgendwelchen gegenüber privaten Handelsschiffen angewandten Zwangsmahnahmen nicht unterworfen werden dürfen“.
3. „Sich auf das Vorangegangene stützend, behält sich die sowjetrussische Regierung das Recht vor, von der britischen Regierung Entschädigung für durch die oben erwähnten Maßnahmen der britischen Regierung den sowjetrussischen Organisationen, Institutionen und Bürgern zugefügten Schaden und für Aktionen der britischen Behörden zu fordern.“

Der weitere Fortgang der osteuropäischen Neuordnung kam u. a. zum Ausdruck in dem Abschluß eines deutsch-lettischen Vertrages über die Umsiedlung der Reichs- und Volksdeutschen aus Lettland am 30. Oktober und in der Fortsetzung der sowjetisch-finnischen Verhandlungen, die bis Ende des Monats Oktober zu keinem Abschluß kamen. Die Konsolidierung des jungen slowakischen Staates machte am 21. Oktober einen entscheidenden Schritt vorwärts mit der Erklärung des Führers in einer Besprechung mit dem slowakischen Berliner Gesandten Cernak, daß Deutschland die von der slowakischen Regierung aus geschichtlichen und völkischen Gründen geltend gemachten Wünsche wegen der Wiedervereini-



Deutsches Volkstum in den baltischen Ländern

gung der Gebietsteile, die von dem früheren polnischen Staate in den Jahren 1920, 1924 und 1938 in Besitz genommen worden waren, mit der Slowakei erfüllen werde. Der slowakische Ministerpräsident Dr. Tiso, den der Führer am Vortage mit der Verleihung des Großkreuzes des Ordens vom Deutschen Adler auszeichnete, wurde am 26. Oktober vom slowakischen Parlament einstimmig zum Präsidenten der Slowakischen Republik gewählt. Bei der dadurch notwendig gewordenen Regierungsumbildung wurde der bisherige Stellvertreter Dr. Tisos, Prof. Tuka, Ministerpräsident; der bisherige Außenminister Dr. Durcansky wurde stellvertretender Ministerpräsident und übernahm neben dem Außen- auch das Innenministerium.

Eine entscheidende Wendung vollzog die Türkei am 20. Oktober, unmittelbar nach der Rückkehr ihres Außenministers Saracoglu von seinem 23tägigen ergebnislosen Besuch in Moskau, mit der Unterzeichnung eines Beistandspaktes mit England und Frankreich. Dieser Pakt, der schon im Mai bei Abschluß des vorläufigen Beistandsabkommens mit England und Frankreich vorgesehen war, betraf entscheidend die Interessen der Sowjetunion und Italiens. In dem Pakt verpflichteten sich die britische und die französische Regierung, der Türkei Beistand zu leisten, wenn es im Falle eines aktiven Angriffes durch eine europäische Macht oder durch eine Aktion einer europäischen Macht zu einem Kriege im Mittelmeer kommen sollte, in den die Türkei verwickelt würde. Die Beistandsverpflichtung der Türkei soll im Falle eines Angriffsaktes einer europäischen Macht, der zu Feindseligkeiten im östlichen Mittelmeer führt, oder wenn Großbritannien und Frankreich auf Grund ihrer Rumänien und Griechenland gegebenen Garantie in Feindseligkeiten verwickelt werden, in Kraft treten und gilt für einen Zeitraum von 15 Jahren. Nach einem dem Beistandspakt beigefügten Protokoll können die von der Türkei auf Grund des Beistandspaktes übernommenen Verpflichtungen dieses Land nicht zwingen, „eine Aktion zu ergreifen, die den Eintritt in einem bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion zur Wirkung haben, herbeiführen oder zur Folge haben würde“.

Die im Protokoll enthaltene Vorbehaltsklausel, mit der die türkischen Staatsmänner die langjährigen Freundschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion retten zu können hofften, hinderte die Sowjetunion nicht, diesen Pakt, wie die „Iswestija“ in einem inspirierten Artikel erklärte, als ein Dokument von erster politischer Bedeutung anzusehen, das nicht als ein Instrument des Friedens betrachtet werden könne. Das sowjetische Blatt wies nach, daß für die Westmächte der Abschluß des Türkenpaktes mit dem Plan verbunden war, mit Hilfe eines sowjetisch-türkischen Parallel-Beistandsvertrages die Sowjetunion in eine gegen Deutschland und Italien gerichtete Kombination hineinzuziehen. Der Abschluß eines solchen Parallelvertrages, dem der mehrwöchige Besuch des türkischen Außenministers in Moskau gegolten habe, sei jedoch nicht möglich gewesen, da die Bedingungen der Sowjetunion mit der Verpflichtung der Türkei gegenüber England und Frankreich nicht vereinbart gewesen seien. Die Sowjetunion habe das auf die Trennung der Sowjetunion von Deutschland gerichtete Manöver der Westmächte beizeiten durchschaut.

In Italien wurde der türkische Beistandspakt mit größtem Interesse registriert. Da man den Pakt, so erklärte die italienische Zeitung „Giornale d'Italia“, auch auf den Balkan und sein System beziehen wolle, müsse Italiens Interesse nochmals präzisiert werden: Italien habe in weit größerem Ausmaß als die Türkei lebenswichtige Interessen auf dem Balkan, die nicht nur wirtschaftlicher Art seien. Schon das erste Echo dieses nicht nur in seiner Fassung, sondern auch in seiner Zielsetzung unklaren Paktes bewies, daß sowohl die Sowjetunion hinsichtlich ihrer Interessen am Schwarzen Meer und an den Dardanellen als auch Italien mit Rücksicht auf seine Balkaninteressen auf der Wacht sein würden.

In Italien, das durch die Unterzeichnung eines Abkommens über die Umsiedlung der Deutschen aus Südtirol in das Deutsche Reich seine engen Freundschaftsbeziehungen zu Deutschland erneut bestätigt sah, nahm Ende des Monats der Duce eine Reihe von Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung vor, die als die im faschistischen Regime übliche Ablösung der Wache gekennzeichnet wurde, ohne daß sich an der Politik des Duce etwas ändern

werde. Die herborragendsten Veränderungen waren u. a. die Berufung des neuen Parteisekretärs Nuti, die Ernennung des bisherigen Parteisekretärs Starace zum Generalstabschef der faschistischen Miliz und die Erhebung des bisherigen Generalkommandos des Heeres, Generals Varianti, durch Marschall Graziani. Minister für Volkskultur wurde Pabolini an Stelle von Minister Alfieri, der zum Votschaffer befördert wurde.

Das Abkommen über die Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen aus Südtirol in das Deutsche Reich bestimmt, daß grundsätzlich die in Südtirol wohnhaften Reichsdeutschen innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung der gemeinsam aufgestellten Richtlinien in das Deutsche Reich abwandern. Die Umsiedlung der Volksdeutschen ist freiwillig und erfolgt auf Grund einer endgültigen und verbindlichen Erklärung aller in Südtirol wohnhaften oder von dort stammenden Volksdeutschen; sie soll bis Ende des Jahres 1942 durchgeführt werden.

In der Sowjetunion gab der Regierungschef und Außenkommissar Molotow am 31. Oktober im Rahmen der fünften außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR einen umfassenden Überblick über die sowjetische Außenpolitik.

Molotow ging davon aus, daß drei wichtige Tatsachen die Weltlage in den letzten Monaten geändert hätten: In erster Linie der völlige Umschwung in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der zur Herstellung einer dauerhaften Freundschaft zwischen diesen beiden größten Staaten Europas geführt hat; 2. die militärische Vernichtung Polens und der Zerfall des polnischen Staates; 3. die Fortsetzung des Krieges zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits.

Mit satirischer Polemik behandelte der sowjetrussische Regierungschef in diesem Zusammenhang das nunmehr von den Westmächten angeblich verfolgte Kriegsziel, nämlich die „Vernichtung des Hitlerismus“. Dieses auch noch unter der Flagge der Demokratie verkündete Kriegsziel der Westmächte nannte Molotow schlechthin verbrecherisch. Staatsideen wie die nationalsozialistische könne man ablehnen oder annehmen, sie jedoch zum Kriegsgrund zu erklären, sei sinnlos und verbrecherisch. Die wirklichen Kriegsziele der Westmächte beständen denn auch in der Behauptung ihrer Welt Herrschaft und in der weiteren ungestörten Ausbeutung ihrer Kolonialvölker.

„Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich von Grund auf gebessert. Es ist eine praktische Zusammenarbeit erreicht und eine politische Unterstützung der deutschen Friedensbestrebungen durch die Sowjetunion.“

Unter Bezugnahme auf den deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Grenzvertrag hob Molotow nachdrücklich hervor, daß die deutsch-sowjetische Freundschaft sich bei der schwierigen Frage der Festlegung der Interessengrenzen auf dem Territorium des früheren polnischen Staates bewährt habe.

Die Sowjetunion verfolge den Kampf Deutschlands für die Beseitigung des Versailler Systems mit tiefem Verständnis, denn sie stehe auf dem Standpunkt, daß „ein starkes Deutschland die unablässige Voraussetzung für den Frieden in Europa ist.“ Der Versuch der Westmächte dagegen, Deutschland in ein neues Versailler System hinein zu zwingen, sei gefährlich und könne für diese Staaten selbst mit dem Ruin enden.

„Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland haben sich ferner in einer Erneuerung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgewirkt.“ Durch die politische Freundschaft seien hierfür die günstigsten Voraussetzungen entstanden. Mit den Wirtschaftsverhandlungen, die zur Zeit durch die deutsche Kommission in Moskau und durch die sowjetrussische Kommission in Deutschland geführt würden, sei „eine breite Grundlage für die Entwicklung des Warenaustausches zwischen der Sowjetunion und Deutschland geschaffen“.

Auf die Befestigung des östlich der deutsch-sowjetischen Interessengrenze gelegenen weißrussischen und ukrainischen Gebietes eingehend, die 196 000 Quadratkilometer mit 13 Millionen Einwohnern umfaßten, bezifferte Molotow die Verluste der Sowjetarmee bei der Befestigung mit 737 Gefallenen und 1862 Verwundeten.

Die Weistandspakte mit den drei baltischen Staaten bezeichnete Molotow als das Ergebnis des absoluten Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses, das zwischen der Sowjetunion und diesen Ländern herrschte. Nach einem Hinweis auf die be-

sondere geographische Lage der baltischen Länder, die den Zugang der Sowjetunion von der Ostsee her darstellten, wandte er sich gegen die Verleumdungen einer gewissen ausländischen Presse, die behauptete, daß mit der Durchführung dieser Pakte die Sowjetisierung der baltischen Staaten verbunden sei. Die Unverletzbarkeit der Souveränität der baltischen Staaten und das Prinzip der Nichteinmischung in deren innere Verhältnisse sei klipp und klar in den Weistandsverträgen festgelegt. Die Bedeutung der mit den baltischen Staaten getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen stellte Molotow weiter besonders heraus.

Das Verhältnis zu Finnland sei für die Sowjetunion von nicht geringerer Wichtigkeit als die Beziehungen zu den drei baltischen Staaten, um so mehr, als die Sicherheit der nordwestlichen Grenze der Sowjetunion und der bedeutendsten sowjetischen Hafenstadt Leningrad davon abhängt. Die Sicherheit der Seeverbindungen Sowjetrußlands im Finnischen Meerbusen und Leningrads selbst stehe in unmittelbarem Zusammenhang damit, ob Finnland eine freundliche oder feindliche Haltung der Sowjetunion gegenüber einnehme. Die Verhandlungen, die zwischen der Sowjetregierung und der Regierung Finnlands über diese Fragen in jüngster Zeit — auf Initiative der Sowjetregierung hin — geführt würden, seien überschattet von der Tatsache, daß in Finnland anderweitige äußere Einflüsse seitens dritter Mächte im Spiele seien. In großen Zügen gab der Außenminister dann das maßvolle und weitläufige Programm der sowjetrussischen Vorschläge an Finnland bekannt, die sich auf solche Maßnahmen beschränken, „die zu unserer Sicherheit und zur Herstellung wahrhaft freundschaftlicher Beziehungen mit Finnland nötig sind“. Die Sowjetregierung habe ihre Vorschläge beschränkt auf die Übergabe einiger Inseln des Finnischen Meerbusens und auf den Vorschlag, die Landgrenze nördlich von Leningrad „um ein paar Hundert Kilometer nach Norden vorzuschieben“. Im Austausch dafür habe die Sowjetregierung Finnland einen zweimal so großen Distrikt im Gebiet Sowjetkareliens angeboten. Weiter habe die Sowjetregierung vorgeschlagen, ein kleines Stück finnischen Territoriums an der Ausfahrt aus dem Finnischen Meerbusen zur Benutzung als Marinebasis durch Pakt zu erwerben. Trotz des finnischen Widerstandes in dieser Frage habe sich die Sowjetregierung zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit erklärt. Sie habe z. B. in der Frage der Befestigung der Alands-Inseln, die Finnland besonders am Herzen liege, ihre grundsätzlich ablehnende Stellungnahme zurückgenommen für den Fall, daß Finnland selbst die Befestigung durchführe und kein dritter Staat daran teilnehme, sofern nicht auch die Sowjetunion beteiligt sei. Weiter habe die Sowjetregierung eine Aufhebung ihrer Grenzbesetzungen in Aussicht gestellt, eine Reihe striktester Garantien für die exakte Durchführung ihrer Vorschläge sowie die Herstellung von für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen Beziehungen. Molotow gab der Befürchtung Ausdruck, daß eine Ablehnung der sowjetrussischen Pläne für Finnland mit ernsthaften Nachteilen verbunden sein könnte; er hoffe nur, daß die finnischen regierenden Kreise sich nicht durch gewisse „äußere Einflüsse“ gegen die Sowjetunion aufstacheln ließen.

Die Botschaft, mit der der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, sich in die sowjet-finnischen Beziehungen einzumischen versuchte, habe in Moskau um so größeres Befremden erregt, als der amerikanische Präsident offenbar über seinen Sorgen um die „Unabhängigkeit“ Finnlands ihm näherliegende Fragen wie die „Unabhängigkeit“ Cubas oder der Philippinen vergessen habe. Trotzdem habe Kalinin Herrn Roosevelt geantwortet, die Sowjets könnten erwidern, daß gerade die Sowjetunion die Unabhängigkeit Finnlands zur Grundlage ihrer Beziehungen zu diesem ihrem Nachbarstaat gemacht habe, und daß nichts anderes als die Festigung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zur Sicherheit der Sowjetunion und Finnlands den Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen bilde.

Im Anschluß daran sprach Molotow über die gegenwärtigen Beziehungen der Sowjetunion zur Türkei. Die ursprüngliche Absicht der Sowjetunion in den letzten Verhandlungen mit der Türkei habe darin bestanden, einen auf das Schwarze Meer und auf die Meerengen begrenzten Weistandspakt mit der Türkei abzuschließen. Da die Sowjetunion, entsprechend ihrer Freundschaftspolitik gegenüber dem Deutschen Reich, in keinem Falle auch nur die Möglichkeit eines Konfliktes zulassen wolle, habe sie der Türkei vorgeschlagen, die Meerengen für die Kriegsschiffe aller Staaten, mit Ausnahme der Uferstaaten des Schwarzen Meeres, zu sperren. Die Türkei habe jedoch, angeblich auf Grund ihrer bereits gegenüber den Westmächten übernommenen Verpflichtungen, diese Vorschläge abgelehnt. Dennoch habe der Meinungsaustausch mit der Türkei viel beigetragen zur Klärung der beiderseitigen politischen Stand-

punkte. Die Türkei habe freilich dadurch, daß sie die Bindung ihres Schicksals an die Kriegspolitik der Westmächte einer Neutralitätspolitik vorgezogen habe, eine ernste Entscheidung auf sich genommen. Es werde sich noch zeigen, ob die Türkei diesen Schritt nicht später zu bedauern habe. Die Sowjetregierung werde jedenfalls sorgfältig die Ergebnisse dieser Gefahrenzone weiter beobachten und werde insbesondere im Bereich des Schwarzen Meeres eine Politik verfolgen, die ihren Interessen und den Interessen der ihr befreundeten Völker entspreche.

Weitreichende weltpolitische Bedeutung kommt ferner den Ausführungen zu, die Molotov anschließend über die Beziehungen der Sowjetunion zu Japan machte. Molotov glaubte eine fühlbare Besserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen feststellen zu können, die zu der Hoffnung auf eine weitere Entwicklung berechtige. Im Augenblick sei — nach der Beilegung des letzten Grenzkonfliktes — die Bildung einer gemischten sowjetisch-japanischen Grenzkommission auf der Tagesordnung, der die Entscheidung einer Reihe von strittigen Fragen übertragen werden müsse. Bei einigem guten Willen müsse dabei ein positives Ergebnis zu erwarten sein. In weiterer Perspektive stehe die Frage der Neuordnung der japanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen, die den Interessen beider Staaten dienen könnte. Freilich sehe man in Moskau noch nicht klar, in welcher Form diese Frage geregelt werden könne, und ob die in Tokio bestehenden politischen Voraussetzungen dafür schon günstig genug seien. Die Moskauer Regierung jedenfalls verhalte sich grundsätzlich positiv zu den mit einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Japan zusammenhängenden Fragen.

Zum Schluß seiner Rede wies Molotov nachdrücklich auf die Bedeutung der erst vor wenigen Tagen veröffentlichten Antwort der Sowjetregierung auf die britischen Banngut-Bestimmungen hin. Die Sowjetunion könne nicht zulassen, daß der Krieg infolge der völkerrechtswidrigen britischen Konterbande-Bestimmungen auch gegen Frauen, Kinder und Greise geführt werde. Die Sowjetregierung sei vielmehr im Gegenteil bestrebt, den Krieg abzukürzen und die Schrecken des Krieges von der Zivilbevölkerung fern zu halten.

Im Zusammenhang mit dem Beschluß des amerikanischen Senats, das Waffenembargo für die Vereinigten Staaten aufzuheben, äußerte Molotov gewisse Befürchtungen und Zweifel. Auch diese Maßnahme sei nach Ansicht der Sowjetregierung nicht dazu geeignet, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, sondern könne zu einer Verschärfung und weiteren Ausdehnung des europäischen Krieges führen.



# Rede des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop in Danzig

24. 10. 39

„Meine Volksgenossen!

Schon lange ist es her, als ich vom Parteigenossen Forster zum erstenmal eingeladen wurde, in der damals sogenannten „Freien“, in Wirklichkeit aber schwer bedrückten Stadt Danzig zu sprechen. Mehrere Male mußte wegen außenpolitischer Vorgänge, über deren Mangel wir in den letzten Jahren ja nicht gerade zu klagen hatten, meine Reise verschoben werden, bis eines Tages dann doch mein lang gehegter Wunsch, Danzig kennenzulernen, über Nacht in Erfüllung ging, und zwar in einer unvorhergesehenen Weise in Erfüllung ging:

Ich konnte den Einzug des Führers in das befreite Danzig miterleben! Unbergehllich wird es mir immer sein, wie unser Führer, als siegreicher Feldherr aus Polen kommend, in Ihrer schönen Stadt seinen Einzug hielt und von der Danziger Jugend mit glänzenden Augen und von Ihnen allen mit einem Jubel und einer Begeisterung ohnegleichen begrüßt wurde.

Nach über zwanzig Jahren größter Schwierigkeiten und schwerster Unterdrückung ist Danzig nun wirklich frei geworden. Für diese große und endgültige Lösung der Danzig- und Korridorfrage, die als eins der schwersten und perfidesten allen Unrechts von Versailles auf dem deutschen Volk lastete, gilt dem Führer unser heißer Dank!

Der heutige Tag, der 24. Oktober, ist in der Geschichte Danzigs besonders denkwürdig. Es ist der Tag, an dem der Parteigenosse Forster im Jahre 1890 in Danzig eintraf und die endgültige Gründung des „Gau Danzig“ der NSDAP vornahm. Die alten Parteigenossen, die heute hier anwesend sind, kennen die erste Etappe dieses Kampfes der Gewinnung Danzigs für die nationalsozialistische Bewegung, der von der Parteileitung im Reich als der Kampf auf einem deutschen Außenposten immer mit besonderem Interesse und besonderer Wärme verfolgt wurde.

Die Machtübernahme im Reich am 30. Januar 1933 bedeutete auch für den Gau Danzig einen neuen Aufschwung, indem die Ideen Adolfs Hitlers sich nun tagtäglich mehr durchsetzen und bald ganz Danzig erfassen sollten.

Die zweite Etappe des nationalsozialistischen Kampfes war gekennzeichnet durch die Losung „Rückkehr zum Reich!“ Dieser Zeitraum von 6½ Jahren war für die Danziger Führung außerordentlich schwierig. Sie hatte die Aufgabe, einerseits das Deutschtum in Danzig gegen den dauernden wirtschaftlichen und politischen Druck der Polen zu erhalten und immer mehr für das Ideengut des Führers zu gewinnen und andererseits entsprechend der vom Reich verfolgten Politik der Verständigung mit den Polen ein erträgliches Verhältnis zum damaligen polnischen Staate aufrechtzuerhalten. Es würde heute Abend im Rahmen dieser Rundgebung zu weit führen, auf die vielen Schwierigkeiten, Rückschlüsse, Kompromisse, Krüsen und Schlimmeres, an denen die Geschichte Danzigs innerhalb der sechseinhalb Jahre übervoll ist, näher einzugehen.

Eins aber möchte ich heute Abend doch sagen: Danzig und seine Führung haben sich in dieser Zeit geradezu als vorbildliche Kämpfer des Führers gezeigt und — als der ausländige Minister, für den Danzig immer eine Art außenpolitisches Schmerzenskind war, darf ich dies wohl sagen — so manches diplomatische Glanzstück fertiggebracht. Hin und her geworfen zwischen der selbstverständlichen Loyalität gegenüber der Verständigungspolitik des Reiches mit Polen, dem dauernden Druck Polens, seine ihm im Friedensvertrag eingeräumten Rechte wirtschaftlicher und politischer Art weiter auszubauen, den Beschläffen meistfremder, unfähiger, ja oft böswilliger Völkerverbandsinstanzen, gegen die der Danziger Senatspräsident Greizer einen dauernden schmerzlichen und aufopferungsvollen Kampf zu führen hatte, und gegenüber den inneren marxistischen Feinden, die nach der Wachtgreifung das Feld ihrer Tätigkeit zum Keil nach Danzig verlegt hatten, war es bestimmt nicht immer leicht, den richtigen Weg zu finden.

Es ist ein Gebot der Fairheit, bei dieser Gelegenheit auf die gerechte und superioren Amtsführung des letzten Völkerbundskommissars, des Schweizer Professors Durchar dt, hinzuweisen, der immer bestrebt war, einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeizuführen, und dessen Tätigkeit eine rühmliche Ausnahme im Vergleich zu manchen seiner Vorgänger darstellte.

Das große Verdienst der nationalsozialistischen Führung in Danzig und damit des Gauleiters Parteigenossen Forster ist es aber, daß er es fertigbrachte, trotz dieser manchmal fast unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten Danzig rein deutsch erhalten und dem Führer damit die Heimholung der Stadt ins Reich erleichtert zu haben. Besonders in den kritischen Tagen und Wochen dieses Jahres hat sich Parteigenosse Forster auf diesem schweren Vorposten bewährt. Seine Ruhe, seine Juvencität und sein unbeirrbarer Optimismus haben sich nicht nur auf die Partei, sondern auf ganz Danzig übertragen und waren damit entscheidend für die Kaltblütigkeit, die ausgezeichnete Haltung und Disziplin seiner Bevölkerung. Die tapfere Haltung der SS-Heimwehren, ihr bewährter Einsatz bei dem Kampf um die Westerplatte, um die polnische Post, bei den Kämpfen an der Grenze um Joppot, an der Erstürmung von Dirschau und bei sonstigen Kampfhandlungen sind Ruhmesstaten, die heute unlösbar mit der Geschichte der Befreiung deutschen Bodens von polnischer Unterdrückung verbunden sind.

Danzig hat mit der Heimkehr zum Reich lange warten müssen, es mußte viel Geduld haben, aber eine um so herrlichere Zeit wird nun für diese schöne Ostseestadt im Großdeutschen Reiche anbrechen.

Niemals aber wird Danzig je wieder vom Reich getrennt werden! Wenn ich soeben von dem heutigen Tage als dem denkwürdigen Tag der Gaugründung in Danzig sprach, so hat dieses Datum aber auch in anderer Hinsicht noch eine besondere Bedeutung. Der englische Premierminister Chamberlain hat in seiner letzten Rede vor dem englischen Parlament versucht, Danzig zum Sündenbock für den Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges zu stempeln, in dem er in echt britischer Überheblichkeit und in sprichwörtlicher Untertunigkeit englischer Minister über die wahren Verhältnisse in dieser Stadt behauptete, die Stadt Danzig und damit Deutschland und nicht Polen sei verantwortlich für die Zuspitzung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im August und für den heutigen Kriegszustand.

Dieser bewußt falschen englischen Behauptung gegenüber halte ich es für nötig, gerade vor Ihnen, meine Danziger Volksgenossen, nochmals einen kurzen Abriss der Zusammenhänge zu geben, durch die dem Führer wider seinen seit Jahren bekundeten Willen des Ausgleichs mit den Polen

### dieser Krieg im wahrsten Sinne des Wortes aufgezwungen

wurde.

Seitdem der Führer im Jahre 1934 mit dem polnischen Marschall Pilsudski eine Neuorientierung des deutsch-polnischen Verhältnisses vornahm, hat Deutschland Polen niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß im Rahmen des neuen freundschaftlichen Verhältnisses früher oder später das Danzig- und Korridorproblem einer Lösung zugeführt werden müßte.

Genau vor einem Jahr, das heißt also am 24. Oktober 1938, war es, als ich im Auftrage des Führers den ehemaligen polnischen Botschafter Lipski nach Vertretungsgaben kommen ließ. Ich unterbreitete ihm unter Hinweis auf den Willen des Führers, das deutsch-polnische Verhältnis auf eine geschichtlich tragbare und endgültige Basis zu stellen, an diesem Tage den bekannten Vorschlag der politischen Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich, während Danzig wirtschaftlich bei Polen bleiben sollte. Ferner sollten extraterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindungen wechselseitig zwischen den polnischen und deutschen Territorien hergestellt werden. Beide Länder würden dagegen ein Vertrag von 1934 sollte auf 25 Jahre verlängert werden.

Dieser Vorschlag wurde dann am 5. Januar 1939 vom Führer persönlich dem damaligen polnischen Außenminister Beck in meiner Gegenwart und in Gegenwart des Botschafters Molitke und des Botschafters Lipski in Vertretungsgaben wiederholt. Der Führer wies bei dieser Gelegenheit noch besonders darauf hin, daß es keinem deutschen Staatsmann vor ihm und wohl auch schwerlich einem nach ihm je wieder möglich sein würde, einen solchen Verzicht auf den Korridor auszusprechen.

Am nächsten Tage in München, sowie später am 26. Januar bei meinem Besuch in Warschau wurde dieses Angebot nochmals eingehend zwischen Herrn Wed und mir besprochen. Bei diesen Gelegenheiten wurde von den polnischen Vertretern in keinem Falle dieses Angebot abgelehnt, sondern es wurde unter Hinweis auf gewisse Schwierigkeiten innerpolitischer Art erwidert, daß man dasselbe eingehend prüfen müsse, und daß man auch polnischerseits eine engbültige Vereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses erstrebe.

Während dieser Monate nun war, sehr im Widerspruch zu den von Deutschland in freundschaftlichem Geist geführten diplomatischen Verhandlungen und mit den Besuchsaustauschen zwischen Berlin und Warschau, im deutsch-polnischen Verhältnis auf verschiedenen Gebieten nicht die erwartete Entlastung, sondern eine dauernde Versteifung festzustellen. Die Ausbürgerung Deutschstämmiger aus dem damaligen Polen wurde immer intensiver betrieben. Alle deutschen Einsprüche in der deutsch-polnischen Minderheitenkommission blieben nicht nur unbeantwortet, sondern wurden offensichtlich in zunehmendem Maße von dieser Kommission sabotiert.

Die Drangsalierungen deutscher Volksgenossen in Polen durch örtliche Behörden nahm immer krassere Formen an, und vor allem der polnischen Presse wurde nunmehr in verstärktem Maße von der Regierung freier Lauf gelassen zu einer Heiße gegen das Deutschtum und gegen das Deutsche Reich, die immer unerträglichere Formen annahm. Dies ging so weit, daß deutschfeindliche Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft in Warschau an der Tagesordnung waren.

Am 21. März 1939 wies ich den damaligen polnischen Votschafter Lipski in Berlin warnend auf diese Dinge hin und erklärte, daß ein neuer Versuch unternommen werden müsse, die deutsch-polnische Politik in das richtige Gleis zu bringen. Ich wiederholte hierbei Herrn Lipski nochmals das bekannte deutsche Angebot zur Lösung des Danzig- und Korridorproblems und ergänzte es noch in einigen Punkten zugunsten polnischer Interessen. Zur gleichen Zeit luden wir den polnischen Außenminister Wed nach Berlin ein, um in gemeinsamer Beratung die Basis für ein umfassendes Vertragswerk, das die deutsch-polnischen Beziehungen ein für allemal klären sollte, sicherzustellen. Ich habe bei dieser Gelegenheit dem polnischen Votschafter nahegelegt, zur Klärung der Situation sofort persönlich nach Warschau zu fahren. Ich wollte im Hinblick auf die merkwürdige polnische Haltung in verschiedenen Fragen vermeiden, daß der Führer den Eindruck erhalte, Polen wolle sich einfach nicht verständigen.

Am 26. März überbrachte mir daraufhin der polnische Votschafter Lipski eine Aufzeichnung als Antwort auf das deutsche Angebot, die auf eine völlige Ablehnung des großzügigen Führervorschlages hinauslief.

Es scheint kaum glaublich, und dennoch ist es Tatsache, daß mir von dem polnischen Votschafter erklärt wurde, jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, das heißt betreffend die politische Rückkehr Danzigs zum Reich, bedeute den Krieg mit Polen.

Auf meine mehr als erstaunte Erwidern, daß der deutsche Vorschlag doch zur Herstellung eines dauernden freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Nationen, nicht aber zur Herbeiführung eines deutsch-polnischen Konfliktes gemacht sei, und daß mir diese Antwort der Warschauer Regierung völlig unverständlich sei, konnte der Votschafter keine Erklärung abgeben. Auf unsere Einladung des Ministers Wed nach Berlin erfolgte dann ebenfalls eine Antwort, die auf eine glatte Absage hinauslief.

Wenn mir damals diese erstaunliche polnische Haltung gegenüber diesem einmaligen und großzügigen Angebot des Führers merkwürdig vorkam, so haben wir heute des Rätsels Lösung in der Hand:

### England steckte dahinter!

Heute wissen wir, daß schon damals Garantieverhandlungen mit England im Gange waren. Nur so ist auch die seltsame geschichtlich gesehen geradegu unfahbar kurzfristige Haltung der polnischen Regierung überhaupt zu erklären.

Aber nicht nur auf diplomatischem, sondern auch auf militärischem Gebiet war nunmehr diese völlig veränderte Haltung Polens gegenüber Deutschland zu erkennen. Bereits am 26. März hatte ich Herrn Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenschüßungen an den deutschen Grenzen hingewiesen und vor den möglichen Konsequenzen gewarnt. Ich hatte ihm erklärt, daß, wenn diese Dinge in dieser Richtung weiterliefen, in Kürze eine ernste Situation entstehen könnte und müßte.

Deutschland habe bisher nicht einen Soldaten mobilisiert, und ich könnte nur hoffen, man werde in Polen die Unsinngkeit der jetzigen Haltung einsehen, und den deutschen Vorschlag, sobald sich die Situation beruhigt habe, doch noch eingehend prüfen. Am nächsten Tage erhielten wir die Antwort: das war die Nachricht von den unerhörten Ausstreitungen gegen Deutsche in Bromberg.

Ich ließ darauf erneut den polnischen Botschafter kommen und erklärte ihm, daß ich nicht nur mit Bedauern von der Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Polen Kenntnis nehmen müsse, sondern daß die Beziehungen der beiden Länder sich auf stark abschüssiger Bahn bewegten. Die Reichsregierung müsse die polnische Regierung für diese unerhörten Vorkommnisse in Bromberg und die höchst bedenkliche Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die ausschließlich Polen zur Last fielen, in vollem Umfange verantwortlich machen. Dieses ist in Kürze die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Sechs Monate lang wurde so mit einer Langmut ohne Gleichen, deren nur ein Adolf Hitler fähig ist, ein Angebot des Ausgleichs an Polen wiederholt, das unter Hintansetzung berechtigter deutscher Ansprüche auf Wiedergutmachung dieses unerträglichsten Unrechts von Versailles lediglich diktiert war von dem ernststen Wunsch des Führers, das deutsch-polnische Verhältnis ein für allemal zu bereinigen und Europa damit den Frieden zu sichern.

Als der Führer seinerzeit in seiner Rede dem Reichstag den Inhalt dieses Angebots bekanntgab, habe ich selbst die ungeheure Bewegung erlebt, die durch die deutschen Männer im Reichstag ging: Nur die gewaltige Autorität des Führers konnte das deutsche Volk zu dem in demselben liegenden Verzicht auf uralte territoriale Rechte bewegen.

Nachmals fast weitere sechs Monate hat Deutschland dann zugeesehen, wie Polen die Deutschen auswies, terrorisierte — Zehntausende von Flüchtlingen in diesen Monaten geben hier von den sichtbaren Beweis —, wie es Danzig drangalierte, militärisch bedrohte, wirtschaftlich abblockte usw. Die Sprache der polnischen Regierung Deutschland gegenüber aber wurde immer aggressiver, bis es zu den bekannten offenen Provokationen und Grenzverletzungen in den letzten Augusttagen kam.

Erst nach einer letzten Warnung Deutschlands durch eine Mitteilung an die polnische Regierung vom 9. August, in der darauf hingewiesen wurde, daß eine wirtschaftliche Abschneidung Danzigs eine sehr ernste Situation herbeiführen müsse — eine Warnung, die wiederum von der polnischen Regierung mit einer untergeschämten Kriegsdrohung beantwortet wurde — und nachdem polnisches Militär nunmehr begann, im Reichsgebiet einzufallen, da erst schlug der Führer zu.

Drei Wochen hat dieser Feldzug gedauert, dann brach dieses ganze polnische Staatsgebilde wie ein Kartenhaus zusammen. Das Reich wird nunmehr dafür sorgen, daß in den in seiner Interessensphäre liegenden Gebieten eine den wahren Verhältnissen gerecht werdende Neueinteilung vorgenommen und eine wahre Befriedung eintreten wird. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den Frieden in Osteuropa aber garantieren nunmehr für alle Zukunft die beiden europäischen Großmächte Deutschland und Sowjetrußland!

Das Ziel der deutschen Außenpolitik seit dem 30. Januar 1933 war die

### Beseitigung des Versailler Vertrages

und seiner Folgen. Der Führer war von Anfang an bis zum äußersten bemüht, die nötigen Revisionen auf friedlichem Wege durchzuführen. Dies ist ihm bis auf die Polenfrage auch in vollem Umfange gelungen. Ob es sich um die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Wiederbesetzung des Rheinlandes, die Wiedereingliederung Österreichs und des Sudetenlandes oder um die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren handelte — immer hat der Führer das letzte versucht, um auf dem Wege der Verhandlungen diese Fragen, die ja früher oder später doch einmal gelöst werden oder zu schweren Konflikten führen mußten, zu bereinigen. Erst als der Führer sah, daß er auf diesem Wege nicht weiter kam, schritt er zur Tat.

Es ist zweifellos eine einmalige geschichtliche Leistung, daß es überhaupt jemand fertigbringen konnte, diese schwierigen, durch den Wahnsinn von Versailles künstlich geschaffenen Probleme ohne einen Tropfen Blut zu einer im großen und ganzen alle befriedigenden Lösung zu führen. Der Führer hat dann auch in den letzten Jahren

nichts anderes getan, als die schwersten Folgen, die dieses unsinnigste aller Diktate in der Geschichte je einem Volk bzw. Europa auferlegt hatte, das heißt also die schlimmsten Fehler, die die Staatsmänner der westlichen Demokratien selbst begangen hatten, wiedergutzumachen. Hierbei wurden in keinem einzigen Falle jemals auch nur irgendwelche vitalen Interessen der westlichen Demokratien berührt, geschweige denn in Mitleidenschaft gezogen.

Anstatt aber nun dem Führer dankbar dafür zu sein, daß er seine Staatskunst und seine Willenskraft dafür verbandte, um all die Gedankenlosigkeiten und oft geradezu bodenlosen geschichtlichen Dummheiten von Versailles auf friedlichem Wege wiedergutzumachen, erlebten wir das Schauspiel, daß die Staatsmänner gerade der Länder, die einst für diesen Unsinn verantwortlich waren, sich Deutschland bei jedem einzelnen Mediationsanspruch entgegenstellten. Vor allem trifft dies zu auf England.

England hat in einer seltsamen Verkennung der natürlichen Dynamik des Deutschen Reiches, der Vitalität des deutschen Volkes und vor allem der Willens- und Gestaltungs-kraft des Führers in vergangenen Jahren mit einer geradezu einzigartigen Verbissenheit versucht, Deutschland bei jedem außenpolitischen Schritt als Widersacher entgegenzutreten.

Dies ist um so erstaunlicher, als von deutscher Seite von Anfang an alles nur Erdenkliche versucht wurde, um gerade zu den westlichen Demokratien, England und Frankreich, in ein vernünftiges Verhältnis zu treten.

Ich selbst habe es in allen Einzelheiten miterlebt, mit welcher einzigartiger Geduld der Führer immer wieder bemüht war, sowohl mit Frankreich als auch besonders mit England zu einer dauernden Verständigung zu gelangen.

So war zum Beispiel im Sommer 1933 bereits zwischen dem Führer und dem damaligen und auch jehemigen französischen Ministerpräsidenten Daladier ein persönliches Zusammentreffen vereinbart, bei dessen Gelegenheit das deutsch-französische Verhältnis bereinigt und eine Rüstungsvereinbarung getroffen werden sollte. Der Führer war erfüllt von dem Gedanken der Verständigung mit Frankreich, aber der französische Ministerpräsident sagte im letzten Augenblick ab. Wenige Wochen später war er nicht mehr Ministerpräsident. Die Gründe zu seinem Sturz waren scheinbar innerpolitische. In Paris jedoch piffen es die Späßen von den Dächern, daß niemand anders als England für den Sturz des französischen Ministerpräsidenten verantwortlich war. England sah zu jener Zeit eine Gefahr in diesem Manne, der als Mann des Volkes und Frontkämpfer vielerlei mit dem Frontkämpfer und Mann des Volkes Adolf Hitler sich verständigen könnte. Deutschland und Frankreich durften nicht zusammenkommen, das konnte die britische Politik, die gewohnheitsmäßig Zwietracht zwischen den beiden Völkern sät und davon profitiert, nicht zulassen.

Als ich Herr Daladier im vorigen Jahr in München an diese Begebenheit des Jahres 1933 erinnerte und ihn darauf hinwies, wie gut es für die Verständigung zwischen den beiden Ländern gewesen wäre, wenn diese Zusammenkunft damals stattgefunden hätte, erwiderte mir Herr Daladier mit einer vielstimmigen Geste der Zustimmung: Wem sagen Sie das! Viele weitere Versuche der Verständigung mit Frankreich wurden von Deutschland trotzdem in der folgenden Zeit gemacht.

In diesem Zusammenhang muß ich erwähnen, daß bereits im Jahre 1933 in meinem Weisem ein Mitglied der Englischen Botschaft in Paris gegen die Franzosen den Vorwurf erhob, daß die französische Regierung wegen der deutschen Aufrüstung noch nicht zum Präventivkrieg geschritten sei. England habe sein möglichstes in dieser Richtung getan, aber die französische Regierung habe einfach nicht gewollt. Das war die Mentalität Englands bereits im Jahre 1933.

Die Verständigung mit England war immer das Fundament der Außenpolitik des Führers. Als außenpolitischer Mitarbeiter des Führers kann ich es vor der Weltöffentlichkeit bekunden, daß seit dem 30. Januar 1933 der Führer nichts, aber auch gar nichts unversucht gelassen hat, um diese Verständigung mit England herbeizuführen.

Unzählige Reden, Handlungen, Taten des Führers, unzählige Reisen von mir in seinem Auftrag nach England dienten ausschließlich diesem Zweck. Dabei handelte es sich nicht etwa um vage Ideen, sondern um ganz konkrete Vorschläge, die ich wiederholt dem englischen Premierminister, Außenminister oder sonstigen maßgebendsten Persönlichkeiten des politischen Lebens im Auftrage des Führers unterbreitete. Diese Angebote umfaßten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Ein deutsch-englisches Flottenabkommen auf der Basis 35:100.
2. Die ewige Unantastbarkeit der zwischen Deutschland und England liegenden Länder Holland, Belgien und Frankreich.
3. Respektierung der britischen Interessen in der Welt durch Deutschland und Respektierung der deutschen Interessen in Osteuropa durch England.
4. Ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen den beiden Ländern, wobei Deutschland auf englische Waffenhilfe verzichtete, seinerseits aber bereit war, sowohl seine Flotte als auch eine bestimmte Zahl von Divisionen jederzeit England zur Sicherstellung seines Imperiums zur Verfügung zu stellen.

England hat dies abgelehnt und dem Führer bei jeder Gelegenheit sowohl durch den Mund verantwortlicher britischer Minister, Politiker, Parlamentarier als auch durch die Presse zu verstehen gegeben, daß England auf die Freundschaft Deutschlands keinerlei Wert legt. — Trotzdem hat der Führer seine Bemühungen, die ebenso seiner gefühlsmäßigen Einstellung als auch seiner völkischen Einsicht entsprangen, mit einer beispiellosen Zähigkeit und Hartnäckigkeit fortgesetzt.

Und erst nachdem er wieder und wieder bis an die Grenze des Menschenmöglichen gegangen war, mußte er erkennen, daß England einfach nicht wollte. Der Führer hat dann allerdings auch die Konsequenz aus dieser englischen Haltung gezogen und nunmehr in nüchternem Erkenntnis der realen politischen Gegebenheiten die deutsche Außenpolitik aufgebaut. Die Länder, deren Interessen denen Deutschlands solidarisch waren, waren hierbei für Deutschland von besonderem Interesse. Eine Annäherung an diese wurde gesucht und ihre Freundschaft gefunden.

So ist zwischen Deutschland einerseits und dem italienischen Imperium im Mittelmeer und Japan im Fernen Osten andererseits eine wahre und aufrichtige Freundschaft entstanden, die in der Vergangenheit die gleichgelagerten Interessen der Länder förderte und deren Freundschaft und Zusammenarbeit sich auch in Zukunft als ein wertvoller Garant einer gerechteren und vernünftigeren Weltordnung erweisen wird. Rationalsozialistischer und faschistischer Geist und die persönliche Freundschaft des Führers und des Duce waren für diese Entwicklung ausschlaggebend!

Zu diesen außenpolitischen Freunden Deutschlands ist aber vor kurzem auch Sowjetrußland getreten. Mit dem Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes und des späteren Freundschaftspaktes ist, wie der Führer in seiner letzten Rede im Reichstag zum Ausdruck brachte, eine

### grundtätliche Neuorientierung der deutschen Außenpolitik

vorgenommen worden. Es ist nunmehr das frühere traditionell freundschaftliche Verhältnis, das den beiden großen Völkern in der Vergangenheit soviel Glück und Segen gebracht hat, wiederhergestellt und alle Voraussetzungen sind dafür gegeben, daß sich diese Freundschaft weiter vertiefen wird.

Die Lebensstränge der beiden Mächte in ihren natürlichen Bedürfnissen berühren sich, aber überschneiden sich nicht. Eine territoriale Divergenz zwischen beiden Staaten ist damit für alle Zukunft ausgeschlossen. Die wirtschaftlichen Erfordernisse der beiden Länder ergänzen sich in geradezu idealer Weise. Wir benötigen viele russische Rohstoffe und die Sowjetunion hat Verwendung für die meisten deutschen Industrieprodukte. Durch umfassende Abmachungen, die wir in Moskau treffen konnten, ist dieser Austausch heute bereits im vollen Gange und wird von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Den früheren Höchstumsatz hoffen wir bereits binnen kurzem erreichen zu können.

Was die innere Struktur der beiden Staaten anbetrifft, so ist diese zweifellos eine verschiedene. Die Entwicklung der letzten Zeit hat aber gezeigt, daß das nationalsozialistische Deutschland und das sowjetische Rußland, sofern sie ihre gegenseitigen Weltauffassungen respektieren — und dies sind beide Völker fest entschlossen zu tun —, sehr wohl in nachbarlicher Freundschaft leben können.

Bei meinen Aufenthalten in Moskau wie auch bei meiner Rückkehr nach Deutschland habe ich mit freudiger Genugtuung festgestellt, in welchem Ausmaße die natürlichen Voraussetzungen für eine deutsch-russische Freundschaft von altersher in diesen beiden Völkern wurzeln. Sowohl der Nichtangriffspakt als auch der Freundschaftspakt erfreuen sich bereits heute bei beiden Völkern einer ausgesprochenen Popularität. Geradezu

erstaunlich ist es daher, auf welche seltsame Erfindungen die englische Propaganda verfällt, um dem englischen Volk die Tragweite der deutsch-russischen Verständigung zu verheimlichen oder zumindest zu verschleiern.

Als der Führer sich im August nach Moskau entsandte, schrieb die englische Propaganda, daß nunmehr der deutsche Außenminister in Moskau antichambrieren und dieselben Erfahrungen machen müßte, wie die dort seit Monaten befindliche englische und französische Militärmission. — Statt dessen: nach 24 Stunden war der Nichtangriffspakt bereits veröffentlicht.

Dann: während im Stremi noch über den Abschluß des Nichtangriffspaktes verhandelt wurde, schrieb die englische Propaganda, der geplante Pakt würde zwar ein allgemeiner Nichtangriffspakt, er werde aber sicherlich nicht für Polen gelten. — Statt dessen wurde ein bedingungsloser Nichtangriffspakt und eine weitgehende freundschaftliche Konsultationsverpflichtung abgeschlossen.

Ferner: als die deutschen Truppen siegreich in Polen einrückten, schrieb die englische Propaganda, die russische Armee würde sich sicherlich an den Aktionen gegen Polen nicht beteiligen. — Statt dessen rückten bereits nach wenigen Tagen die russischen Truppen auf der ganzen Front in Polen ein und besetzten das polnische Gebiet bis zur Demarkationslinie, die wir gemeinsam mit den Russen vereinbart hatten.

Nun aber überschlägt sich die englische Propaganda und erklärt, ja die Russen seien nicht etwa im Einverständnis mit den Deutschen vorgerückt, sondern sie marschieren jetzt gegen die deutsche Armee in Polen. — Statt dessen: wieder wenige Tage später wird in Moskau der Grenz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

Die englischen Propagandastämpfer sollten sich andere Propagandaobjekte als die deutsch-russische Freundschaft aussuchen. Die deutsch-russischen Beziehungen sind nunmehr aber auf eine endgültige und klare Basis gestellt, und Deutschland und Sowjetrußland sind entschlossen, ihre freundschaftlichen Beziehungen immer weiter zu vertiefen.

Was die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika anbetrifft, so gibt es zwischen diesem Land und Deutschland überhaupt keine denkbaren Divergenzen. Im Gegenteil, Deutschland ist gerade das Land, das von allen anderen Ländern der Welt die Monroe-Doktrin, die die Unantastbarkeit Amerikas festlegt, immer am eifrigsten geachtet und respektiert hat. Deutschland hat auf dem gesamten amerikanischen Kontinent keinerlei Interessen zu vertreten, es sei denn das Interesse eines möglichst großen Handels mit allen auf diesem Kontinent lebenden Staaten. Es bedarf schon einer geradezu fantastischen Phantasie, um überhaupt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland irgendeinen Streitpunkt oder eine Frage zu konstruieren, die jemals zu einem Gegensatz zwischen diesen beiden Völkern führen könnte.

Der Deutsche hat nichts gegen den Amerikaner, und der Amerikaner hat nichts gegen den Deutschen. Wenn daher die englische Propaganda immer wieder versucht, Zwietracht zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland zu säen, so sind wir Deutsche der festen Überzeugung, daß der gesunde Sinn des wahren Amerikaners allmählich dieses Spiel immer mehr durchschauen und sehen wird, wo seine wahren Interessen liegen, und daß beide Völker auf die Dauer aus einer Freundschaft nur gewinnen können.

Gerade England aber hätte alle Veranlassung, mit dieser Propaganda außerordentlich vorsichtig zu sein, denn während Deutschland die Monroe-Doktrin immer geachtet hat, bedeutet die Existenz der vielen englischen Kolonien, Besitzungen, Kohlenstationen, Flottenstützpunkte usw. auf dem amerikanischen Kontinent und vor allem diese englische Kriegspropaganda selbst einen dauernden Einbruch in diese Doktrin und können England jederzeit in schwerste Konflikte mit ihr bringen. Dies zeigt bereits die neueste englische Stellungnahme zu den Entschlüssen von Panama.

Meine Vollsogenossen! Ich komme nun zu unseren Gegnern.

Zunächst Frankreich: Ich glaube, daß heute in der gesamten Weltöffentlichkeit nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß das französische Volk diesen Krieg nicht gewollt hat, daß das französische Volk lieber heute als morgen Frieden haben möchte, und daß ihm dieser Krieg mit einer Verschlagenheit, einem Hybrisismus und einer Brutalität sondergleichen von England und seinen Quablanglern in Paris und in der französischen Regierung aufgezwungen wurde.

Und nun zu England: Ich habe Ihnen bereits vorhin einen kurzen Überblick über die englische Politik gegen Deutschland seit dem 30. Januar 1933 gegeben und will Ihnen nunmehr heute Abend den unwiderlegbaren Beweis erbringen, daß

### **dieser Krieg gegen Deutschland von der jetzigen englischen Regierung seit Jahren heimlich und planmäßig vorbereitet**

wurde.

Die Münchener Konferenz ist im vorigen Jahr von einem Teil der Welt als das große Friedenswunder des derzeitigen englischen Premierministers Chamberlain gerühmt worden. Nichts ist falscher als das. Vergessenwärtigen wir uns nochmals der Lage, die zu München führte. Die britische Regierung hatte der damals tschecho-slowakischen Regierung ihre Unterstützung gegen Deutschland in Aussicht gestellt und damit aus diesem Problem, das ohne das Einmischen von England über Nacht gelöst worden wäre, überhaupt erst eine europäische Krise gemacht.

Wenn daher Herr Chamberlain später in München seine Hand zu einer halbwegs vernünftigen Lösung dieses Problems, und zwar im allerlehten Augenblick, bot, so hat er damit nichts anderes getan, als seinen eigenen Fehler, durch den er die Krise erst schuf, und durch den er Europa beinahe an den Rand des Krieges gebracht hatte, zum Teil wieder gutzumachen.

Warum aber tat er das? Die Antwort gab uns die erste Rede, die Herr Chamberlain nach seiner Rückkehr nach London hielt und in der er in der einen Hand den Däwweig des Friedens heimbrachte, in der anderen aber dem englischen Volk ein gigantisches Ausrüstungsprogramm präsentierte.

Das heißt also, Herr Chamberlain, der gehofft hatte, Deutschland mit Kriegsdrohungen von seinen berechtigten Forderungen zur Befreiung seiner Sudetenbesitzer abzubringen, hat die Drohung lediglich deshalb nicht ausgeführt, weil England rüstungsmäßig nicht fertig war. Chamberlain war also nicht nach München gekommen, um den Krieg zu verhindern, sondern um den von der britischen Regierung beschlossenen Krieg nur zu verschieben.

Daß nun in England bereits seit Jahren eine systematische Hege in der Öffentlichkeit gegen alles Deutsche getrieben wurde, daß man Vorbereitungen für einen kommenden Krieg nach jeder Richtung hin traf — ich erinnere nur an die von Herrn Chamberlain kürzlich zugegebene, bereits vor zwei Jahren erfolgte Organisation eines Blockadeministeriums —, ist bekannt.

Im Winter 1938/39 aber steigerte sich die Hege in geradezu ungeheuerlicher Weise. Das englische Volk, das im Grunde in Freundschaft mit dem deutschen Volk leben möchte, wurde jetzt offen mit allen Mitteln der Propaganda von den englischen Kriegshebern, und zwar unter Förderung durch die englische Regierung, in eine Haß- und Panikstimmung gegen Deutschland gebracht. Ich könnte Ihnen unzählige Beispiele für diesen systematischen Propagandafeldzug geben.

Soweit die Propaganda! Das Ziel der englischen Regierung mußte es aber nun sein, Großbritannien auch politisch und diplomatisch in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu Deutschland zu bringen, der es ihm je nach Lage der Dinge ermöglichen sollte, den Krieg gegen Deutschland zu dem ihr am günstigsten erscheinenden Zeitpunkt zu entfesseln. Dies mußte wiederum in einer solchen Weise geschehen, daß es für die kriegsheberische britische Regierung vor ihrem eigenen Volk ein Zurück nicht mehr geben konnte, d. h. also, es mußte ein Vorwand gefunden werden, der es der britischen Regierung gestattete, dem englischen Volk gegenüber den Kriegsgrund so zwingend erscheinen zu lassen, daß jeder Engländer ein Zurückweichen als mit dem Ansehen seiner Nation als unvereinbar ansehen sollte.

Diesen Zustand hat Herr Chamberlain versucht herbeizuführen mit der Garantie an Polen. Daß diese Garantie nur ein Vorwand war, ergibt sich weiter eindeutig aus der soeben im britischen Parlament abgegebenen offiziellen Erklärung der britischen Regierung, daß die Garantie sich ausschließlich gegen Deutschland richten sollte. Nicht die Unversicherheit des polnischen Staates war für England interessant, sondern ausschließlich die Waffenhilfe gegen Deutschland.

Mit dieser Garantie, mit der sich England zu sofortigem, und zwar unbeschränktem Beistand Polen gegenüber verpflichtete, hat England das jahrhundertalte Fun-

dament seiner kontinentalen Politik verlassen. Während noch im Jahre 1906 der bekannte Deutschenfeind Sir Austen Chamberlain erklärte, England werde seinen Finger rühren wegen des polnischen Korridors, England habe kein Interesse am Korridor, hat nunmehr sein Bruder ausgerechnet für dieses allererschwerste Unrecht, das Versailles Deutschland angetan hat, die englische Waffenhilfe verpfändet.

Diese Politik, die zunächst wahnsinnig erscheint, ist nur zu verstehen als ein Ausbruch des konsequenten Willens Großbritanniens, sich unter allen Umständen, und zwar in nicht zu ferne Zeit, einen Vorwand zu einem Loschlagen gegen Deutschland zu verschaffen.

Die Folgen dieser von England klar berechneten Politik stellten sich programmäßig ein, und Sie, meine Danziger Volksgenossen, haben sie am eigenen Leibe ja zur Genüge zu spüren bekommen. Die Polen verfielen in einen Laumel des Größenwahnsinns. Wiederum zeigten sich nun die wahren Absichten der englischen Politik.

Anstatt Polen, was für die englische Regierung ein Leichtes gewesen wäre, zu dem immer noch möglichen Ausgleich zu raten, wissen wir heute, daß England nicht etwa Polen zur Ruhe ermahnte, sondern zu aggressiven Handlungen geradezu aufgehetzelt hat.

Ein weiterer Beweis für den absoluten Kriegswillen der britischen Regierung gegen Deutschland sind die Vorgänge in den letzten Tagen unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Der italienische Botschafter in Berlin überbrachte am 2. September eine Botschaft von Mussolini, wonach Italien noch die Möglichkeit zu einer friedlichen Beilegung des polnischen Konfliktes habe. Die Havas-Agentur vom gleichen Tage veröffentlicht die Zustimmung der französischen Regierung zu diesem italienischen Friedensplan. Während auch Deutschland zustimmte, wurde derselbe noch am Nachmittag durch eine Erklärung des englischen Außenministers, Lord Halifax, abgelehnt. Daß der englische Premierminister Herr Chamberlain nun die Stirn hat, diese Sabotierung des Mussoliniplans in seiner letzten Rede Deutschland zuzuschreiben, können wir nur als einen erschütternden Beweis seines schlechten Gewissens werten.

Ihr wahres Gesicht und ihren Vernichtungswillen gegenüber dem deutschen Volk aber hat die englische Regierung gezeigt, als sie das großzügige Friedensangebot, das der Führer am 8. Oktober vor dem Reichstag an England machte, ablehnte und durch ihren Sprecher, den britischen Premierminister Chamberlain, mit Beschimpfungen beantwortet ließ, die im gesamten deutschen Volk hellste Empörung ausgelöst haben.

Jeder vernünftige Mensch muß sich nun fragen: was ist eigentlich der wahre Grund dieser gewissenlosen, ja an Wahnsinn grenzenden englischen Außenpolitik?

Englische Kriegsheher behaupten, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Diese Behauptung ist schon an sich verlogen und dumm, denn jeder Gymnasiast weiß heute, daß es so etwas wie eine Weltherrschaft nicht mehr gibt und wohl auch in Zukunft niemals mehr geben wird; aus einem englischen Munde aber ist diese Behauptung eine Unberühmtheit.

Denn: während 48 Millionen Engländer 40 Millionen Quadratkilometer besitzen, das heißt über ein Viertel der gesamten Erdoberfläche verfügen, verfügt Deutschland für seine 80 Millionen nur über eine Fläche von etwa 800 000 Quadratkilometer. Während England 611 Dominien, Kolonien, Protektorate, Reservate und sonstige Schutzstaaten sein eigen nennt, hat Deutschland heute keinerlei Kolonialbesitz. Wenn ich die von England in der Welt beherrschten Völker Namen für Namen Ihnen vorlesen wollte, so würde diese heutige Kundgebung zumindest um eine Stunde verlängert werden müssen.

So zum Beispiel stehen in Indien neben 200 Millionen in den verschiedenen Provinzen von Britisch-Indien wohnenden Indern noch 682 indische Fürstentümer unter britischer Herrschaft. Es gibt kein Gebiet der Erde, wo nicht die britische Flagge gegen den Willen der betroffenen Völker weht, wo nicht Gewalttat, Raub und Lüge die Wege des britischen Imperialismus kennzeichnen. Unermeßliche Reichtümer hat Großbritannien so im Verlauf der Jahrhunderte aufgestapelt. Der Vorwurf des Strebens nach Weltherrschaft trifft daher ausschließlich England. Deutschland gegenüber ist er — und dazu noch aus englischem Munde — unberühmt oder besser noch einfach lächerlich.

Der Führer hat wiederholt die sehr begrenzten Ziele der deutschen Außenpolitik klar und eindeutig umschrieben. Sie heißen in einem Satz zusammengefaßt: Sicherstellung des Lebens und der Zukunft des deutschen Volkes in seinem natürlichen Lebensraum, der dem deutschen Volksgenossen einen angemessenen Lebensstandard sichert und seine kulturelle Entwicklung ermöglicht.

Während die britische Regierung für die kapitalistischen Interessen und den Luxus einer Oberschicht kämpft, die großen Massen der englischen Arbeiter aber tagtäglich um ihre Existenz und soziale Verbesserung ringen, ist das Ziel der nationalsozialistischen deutschen Führung die Sicherung des täglichen Brotes jedes einzelnen seiner 80 Millionen Volksgenossen. Gerade diesem primitivsten Lebensrecht eines Volkes aber stellt sich England entgegen.

Was ist nun das Resultat von 6½ Jahren deutscher Außenpolitik?

Der Prozeß der Konsolidierung des Deutschen Reiches in Europa ist abgeschlossen. Das Unrecht von Versailles ist beseitigt. Deutschland hat durch die Neuregelung im Osten Siedlungsraum für Generationen und ist zur Zeit bemüht, all die deutschen Splittergruppen in Europa, die umgesiedelt werden können, in diesem Raum zu vereinen. Es schafft damit endgültige, klare völkische Zustände und Grenzen und beseitigt durch diese großzügigen Umsiedlungsaktionen die Möglichkeit zukünftiger Konflikte.

Die Grenzen des Reiches im Norden, Osten, Süden und Westen sind nunmehr endgültige. Deutschland hat, wie der Führer auch in seiner letzten Reichstagsrede wieder erklärte, an Frankreich und England mit Ausnahme der Rückgabe des ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes, das heißt also der selbstverständlichen kolonialen Betätigung, wie sie einer Großmacht zusteht, keine Forderungen. Der Unfinn von Versailles ist beseitigt und in Europa sind stabile Verhältnisse geschaffen. Dies ist das ausschließliche Verdienst des Führers.

Ausgerechnet aber mit Berücksichtigung dieses Zustandes, mit dem alle Voraussetzungen für einen europäischen Dauerfrieden gegeben sind, hält die englische Regierung nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, um zwischen dem englischen und dem deutschen Volk einen Krieg auf Leben und Tod zu entfachen.

Die britische Regierung spielt damit ein gefährliches Spiel mit dem Schicksal ihres Imperiums. Wenn die britische Regierung diese Politik, die man sowohl im Interesse des englischen Volkes als auch der Menschheit an sich schlechthin als verbrecherisch bezeichnen muß, fortsetzt, so mag sie eines Tages als der Totengräber des britischen Imperiums in die Geschichte eingehen.

Daß diese Entwicklung weder im Interesse des britischen noch des deutschen Volkes liegt, das ist für diese kleine Clique von gewissenlosen Hazardeuren oder engstirnigen Doktrinären, die in einem Dilettantismus ohnegleichen ihr Volk in den Abgrund führen, anscheinend belanglos.

Als Anfang September der englische Votschafter das letztemal bei mir war, habe ich ihn mit den Worten verabschiedet, es werde eines Tages von den Chronisten der Weltgeschichte als eine historische Groteske registriert werden, daß England, ohne die geringsten Interessengegensätze mit Deutschland zu haben, ausgerechnet dem Mann den Krieg erklärt hat, der die Verständigung mit England zu seinem politischen Glaubensbekenntnis erhoben hatte.

Aber Herr Chamberlain hat es nicht anders gewollt. Aus seiner letzten Rede vor dem englischen Parlament, in der er in einem Gemisch von Naivität, britischer Überheblichkeit und Schmeichelei das Angebot des Führers ablehnte, möchte ich zur Charakterisierung der ganzen Inaufrichtigkeit, Heuchelei und Dilettantismus der jetzigen britischen Machthaber nur einen einzigen Punkt herausgreifen, das ist die Behauptung, Deutschland und sein Führer hätten ihr Wort gebrochen, und es sei daher nicht mehr möglich, einem Wort Deutschlands zu vertrauen.

Solche Äußerungen haben wir in der letzten Zeit wiederholt aus dem Munde englischer Schwächer hören müssen. Diese Schwächer sind unfähig, irgendeine nützliche Arbeit für die menschliche Gemeinschaft zu leisten. Um so krampfhafter sind sie daher bemüht, aus ihrer Frosperspektive völkerbewegende Ereignisse und Begebenheiten zu kritisieren, deren inneres Wesen und äußere Gestalt sie in ihren Späzenghirnen überhaupt nicht zu fassen vermögen.

Etwas anderes ist es allerdings, wenn der Leiter des britischen Imperiums selbst mit dreifacher Stirn eine solche Behauptung aufstellt, die nicht nur jeglicher Grundlage entbehrt, sondern an die er zweifellos selbst nicht glaubt. Im Zusammenhang mit den Taten des Führers zur Konsolidierung der europäischen Verhältnisse gerade aus dem Munde eines britischen Ministers den

### Wortwurf des Wortbruchs

zu hören, ist nicht nur der Gipfel der Heuchelei, sondern viel mehr als das, eine bodenlose Dummheit.

Daß die einmalige historische Persönlichkeit des Führers über solche lächerlichen Angriffe eines britischen Parlamentariers erhaben ist, ist selbstverständlich. Ich kann nur die Worte des Führers aus seiner letzten Reichstagsrede wiederholen, daß das Urteil über ihn in der Geschichte Gott sei Dank einst nicht von erbärmlichen Skribenten geschrieben wird, sondern durch sein Lebenswerk selbst.

Aber hinter diesem britischen Wortwurf eines angeblichen Wortbruchs unseres Führers steckt wiederum eine typisch britische Niedertracht und Berechnung. Man will gemissermaßen durch eine Diffamierung des Führers durch das hochehrenwerte britische Parlament das brave und anständige deutsche Volk seiner Führung entfremden. Da haben aber nun die englischen Herren Parlamentarier wiederum einen kapitalen Fehler gemacht. Denn:

Das deutsche Volk ist heute Adolf Hitler, und Adolf Hitler ist das deutsche Volk. Der Wortwurf des Wortbruchs des Herrn Chamberlain trifft daher jeden einzelnen dieser 80 Millionen Deutscher.

Ihr Danziger gehört zu diesen 80 Millionen Deutscher, und ich frage euch: Hält ihr euch wortbrüchig? Nein! Dann möchte ich mich heute abend zu eurem Sprecher, wie auch zum Sprecher der ganzen 80 Millionen Deutschen machen und Herrn Chamberlain erklären:

Dieses deutsche Volk hat jeden Schritt und jede Tat des Führers zur Befreiung aus den Fesseln des Versailler Vertrages nicht nur gutgeheißen, sondern begeistert begrüßt und

### verbittet sich ein für allemal eine solche englische Unverschämtheit.

Wir bestreiten darüber hinaus Großbritannien als dem Urheber allen Unglücks von Versailles überhaupt das Recht, über irgendeine Handlung Deutschlands und der deutschen Regierung in den letzten Jahren zu urteilen.

Wenn aber von Wortbruch gesprochen wird, so glaube ich, hier als die einmütige Auffassung des deutschen Volkes feststellen zu können, daß der größte Wortbruch aller Zeiten beim Waffenstillstand im Jahre 1919 dem deutschen Volk gegenüber verübt wurde! England war der Anstifter dieses Wortbruchs, das haben maßgebendste Engländer selbst zugeben müssen. Daß aber darüber hinaus ein englischer Staatsmann nicht das Recht hat, ja, wenn er klug genug wäre, sich schwer hüten würde, überhaupt den Ausdruck 'Wortbruch' in den Mund zu nehmen, dafür will ich Ihnen jetzt nur einige wenige Beispiele aus der jüngsten Geschichte des britischen Imperiums zitieren.

1. Beispiel: Im Londoner Vertrag von 1915 hat England den Italienern für den Fall, daß England und Frankreich nach Kriegsende ihren Besitz in der Türkei, in Asien oder in Afrika erweitern sollten, entsprechende Kompensationen in Vorderasien und Afrika zugesagt. Was aber tat Großbritannien? England hat sein Wort Italien gegenüber auf das schmachlichste gebrochen und es mit einigen Dorngebüschchen im Büßengebiet von Zuba-land nachträglich abzufinden versucht. Erst die Genialität des Duce — und auch dies wieder im schärfsten Kampf gegen England — hat es dann fertiggebracht, im Jahre 1938 aus eigener Kraft diese Kompensationen für Italien zu schaffen, die es für sein Volkstum haben mußte. Dies ist ein eklatanter Wortbruch Großbritanniens!

2. Beispiel: Im Jahre 1916 sicherte die britische Regierung durch den Mund des britischen Oberkommissars in Ägypten den Arabern die Schaffung eines alle arabischen Gebiete umfassenden arabischen Staates einschließlich Palästina zu. Was aber hat Großbritannien getan? Der unabhängige arabische Staat wurde nicht gegründet, und der bekannte englische Oberst Lawrence, der die Araber während des Krieges für England gewann und ihnen

im Auftrage der englischen Regierung sein Wort verpfändet hatte, quittierte wegen dieses Treu- und Wortbruches seiner eigenen Regierung seinen Dienst. In diesem Falle war der Betrug der englischen Regierung aber noch ein doppelter, denn: Trotz des den Arabern gegebenen Versprechens wurde noch während des Krieges durch die Balfour-Deklaration das arabische Palästina den Juden zugesagt. Mit diesem Versprechen an die Juden beabsichtigte England, einflußreiche Juden für den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen. Dies war ein doppelter Wortbruch der britischen Regierung!

3. Beispiel: Während des Weltkrieges hat die britische Regierung am 30. August 1917 den Indern volle Selbstverwaltung und den Status der anderen britischen Dominien zugesichert. Was tat Großbritannien? Auch dieses Wort wurde schmählich gebrochen, und Indien ist heute, 20 Jahre nach dem Kriege, unter einem dünnen Mantel nichtsagender Scheinkonfessionen nichts anderes, als was es immer war, nämlich eine britische Kolonie. Vor einigen Tagen hat nun England, wie wir in der Presse lesen, Indien erneut das Versprechen der Selbstverwaltung gemacht. Wir können getrost den Bruch auch dieses Wortes bereits im voraus registrieren.

4. Beispiel: Das britische Reich ist in Amerika während des Weltkrieges freiwillig ungeheure Schulden für Kriegslieferungen eingegangen mit ganz klaren und präzisen Rückzahlungsversprechungen. Was tat Großbritannien? England hat diesen Schuldenvertrag einfach gebrochen und nicht bezahlt. Es denkt auch in Zukunft nicht daran, diesen Vertrag von 10 Milliarden jemals zu bezahlen, aber bereits jetzt ruft es schon wieder in Amerika nach Krediten und Unterstützung, und zwar wiederum zur Lieferung nach Kriegsmaterial gegen Deutschland. Gewissenlose Elemente möchten wie im Weltkriege auch heute wieder an solchen Krediten ihr Blutgeld verdienen. Interessant wird aber sein, zu sehen, ob das amerikanische Volk, das die englische Kriegsschuld von damals auf sich nehmen mußte — und zwar nicht die Verdienner —, auch heute wieder gewillt ist, zugunsten einiger Parasiten neue und völlig sinnlose Opfer auf sich zu nehmen und seinen Lebensstandard einzuschränken.

Noch ein Beispiel will ich Ihnen nennen, und das ist das entscheidendste:

Am 30. September 1938 schloß Herr Chamberlain in München auf sein Drängen mit dem Führer eine Vereinbarung ab, in der der Wunsch der beiden Völker ausgedrückt ist, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen. Was aber tat Herr Chamberlain? Herr Chamberlain hat dieses Abkommen gebrochen. Ich lege Wert darauf: Nicht etwa der Führer, wie die britische Propaganda behauptet, sondern ausschließlich Herr Chamberlain hat dieses Abkommen gebrochen. Denn: er duldete in London bereits wenige Tage nach Abschluß dieser Vereinbarung die wüteste Kriegshebe gegen Deutschland, er prebigte die Aufrüstung mit allen Mitteln, beteiligte sich selbst an der Hebe und erklärte unter Bruch des Münchener Abkommens am 3. September 1939 Deutschland den Krieg.

Diese Beispiele britischer Wortbrüche stammen aus der letzten Zeit. In Wahrheit stehen an jeder Etappe des Aufbaues des britischen Imperiums in den letzten Jahrhunderten ungählig Wortbrüche. Es ist nicht umsonst, daß der Volksmund, und zwar gleichermachen in der ganzen Welt, das Wort geprägt hat „perfidus Albion!“

Schon vor halb 200 Jahren hat Friedrich der Große, als er im Siebenjährigen Kriege von den Engländern treulos verlassen wurde, folgendes gesagt: „Einem Verbündeten die Treue brechen, Komplotte schmieden, wie sie seiner Feinde erfinden könnte, mit Eifer auf seinen Untergang hinarbeiten, ihn verraten und verkaufen, ihn sozusagen meucheln, solche Frebeltaten, so schwarze und bemerkliche Handlungen — das ist Englanb!“

Folgenschwerer aber als diese Beschuldigung des deutschen Volkes, die aus dem Munde eines britischen Ministers hindisch wirkt, ist die politische Bedeutung der Chamberlain-Rede. Jedes Wort, das Herr Chamberlain vor dem englischen Parlament am 12. Oktober gesagt hat, beweist, daß zwischen der großzügigen und säkularen Einstellung des Führers und dem materialistischen Starrsinn des Herrn Chamberlain eben ein Abgrund klafft.

Herr Chamberlain spricht zwar auch vom Frieden, aber dieser Friede heißt: „Zurück zu Versailles, Vernichtung des Nationalsozialismus!“ Dieser Friede würde heißen: Verewigung von Zwietracht, Unfrieden und Unordnung in Europa und Vernichtung des deutschen Volkes. Aber da mag Herr Chamberlain sich noch so viel Mühe geben, diese Zeiten kommen niemals wieder, und die Idee, ein 80-Millionen-Volk vernichten zu wollen, ist würdig eines Don Quixotte.

Das historische Friedensangebot des Führers vor dem Reichstag aber hat Herr Chamberlain nicht nur nicht verstanden, sondern er hat in felterer Konsequenz seiner bisherigen falschen Politik gegenüber Deutschland nun wieder gerade den Fehler gemacht, den man nicht machen durfte und vor dem der Führer noch dazu in seiner Rede ausdrücklich gewarnt hat. Er hat nämlich tatsächlich das Angebot des Führers als Schwächezeichen Deutschlands ausgelegt.

In gänzlicher Verkennung des hohen ethischen Wertes und der hohen Warte, von der aus der Führer dieses Friedensangebot an England machte, um ein völlig sinnloses Blutvergießen der Völker zu verhindern, hat Herr Chamberlain nunmehr die deutsche Friedenshand endgültig zurückgestoßen. Der englische Premierminister hat damit vor der Welt eine schwere Verantwortung auf sich genommen und gleichzeitig beweisen, daß, ganz gleich was Deutschland immer tun würde, England diesen Krieg gegen Deutschland eben führen will.

### Deutschland nimmt diese britische Kampfanlage auf.

Das deutsche Volk ist nunmehr entschlossen, diesen ihm von den britischen Kriegsgehern aufgezwungenen Krieg zu führen und nicht eher die Waffen niederzulegen, bis die Sicherheit des Deutschen Reiches in Europa gewährleistet ist und die Garantien dafür geschaffen sind, daß ein solcher Angriff auf das deutsche Volk für alle Zeiten ausgeschlossen ist.

Der englische Premierminister proklamiert die Beseitigung der deutschen Regierung. Ich sehe davon ab, die Beseitigung der britischen Regierung und ihrer Hintermänner zu proklamieren, denn ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß im weiteren Verlauf der Ereignisse das englische Volk, das wider seinen Willen von den englischen Kriegsgehern in diesen Krieg gegen Deutschland gezwungen wurde, dieses selbst besorgen wird. Das polnische Beispiel hat gezeigt, daß es nicht gut ist, Deutschland herauszufordern.

Herrn Chamberlain und seinen Mitschuldigen an diesem Krieg werden dann noch die Augen aufgehen. Sie werden dann vielleicht eines Tages Zeit und Muße haben, darüber nachzudenken, ob sie gut beraten waren, als sie das deutsche Friedensangebot als ein Zeichen der Schwäche auslegten und ablehnten und statt dessen Deutschland herausforderten! Das deutsche Volk, durch den Nationalsozialismus zu einem stählernen Block zusammengeschweißt, steht geschlossen hinter seiner Führung, und vor dem Reich steht heute eine ruhmreiche Armee und Luftwaffe und eine mit jungem Ruhm bedeckte Marine. In vollem Bewußtsein, daß das Recht auf seiner Seite ist und daß es bis zuletzt alles getan hat, um diesen völlig sinnlosen, ihm aufgezwungenen Krieg zu vermeiden, wird Deutschland mit der gewaltigen Macht seiner ganzen Volkskraft diesen Krieg zu Ende führen.

Daß dieses Ende in dem Entscheidungslampf des deutschen Volkes aber nur ein großer deutscher Sieg sein wird, dafür bürgt unsere eigene Volkskraft und unser Glaube an den Mann, der für uns das Höchste auf der Welt ist:

unser Führer!

# Reichsleiter Dr. Ley über die Aufgaben der Partei für die Heimatfront

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley veröffentlichte über die Aufgaben der Partei für die Heimatfront unter dem Titel „Die innere Front tut ihre Pflicht“ nachstehende Ausführungen:

Obwohl es jedem deutschen Menschen in Hirn und Herz eingetrichtert ist, daß der Zusammenbruch 1918 nicht aus militärischen Gründen erfolgte, sondern die Ursache des Zusammenbruches 1918 im rechtslosen Verfall der Nerven der Heimat zu suchen ist — einem Verfall, das verbrecherische Elemente zum Umsturz benutzten —, muß es heute und immerdar dem gesamten deutschen Volke wiederholt werden: ebenso wichtig wie der Kampf an der Front ist der Kampf in der Heimat, jener Kampf, der dem Aufbau und der Ausrichtung der inneren Front Deutschlands zu dienen hat.

Die moderne Verteidigung eines Volkes ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Soldaten, sondern sie geht jeden einzelnen deutschen Mann, jede einzelne deutsche Frau, jeden Jungen und jedes Mädchen an. Aus dieser Erkenntnis schuf der Führer die NSDAP. Sie ist das feste und unzerbrechliche Rückgrat der deutschen Volksgemeinschaft. Ihre Amtsträger sind im Wirbel wilder Gerüchte, im Ansturm der Lüge und Verleumdung jener ruhende Pol, dem das Volk vertrauen kann und vertrauen soll.

Denn: das Volk hat ein Anrecht darauf, Mittelpunkt der Sorge aller Verantwortlichen zu sein. Das Gefühl des Geborgenseins ist das höchste und schönste Gefühl des Volkes. Deshalb liebt ja das deutsche Volk den Führer so unfagbar, weil es sich bei ihm geborgen fühlt.

Halten wir uns nun an Hand nachstehender Darstellung die nüchternen Tatsachen vor Augen, die von der Partei für die Zeit schwerer und schwerster Belastung geschaffen worden sind. Betrachten wir ganz klar das Ausmaß der von der Partei durchgeführten vorsorglichen Maßnahmen. Wir können feststellen, daß ebenso wie die äußere Front, die Front unserer Soldaten, die innere Front der NSDAP ehern steht und mit der gleichen Präzision wie die militärische Front mobilisiert worden ist.

Vor zwei Jahren begann die Partei mit den Vorbereitungen für den Ernstfall. Im Stab des Stellvertreters des Führers wurde eine besondere Abteilung gebildet, die als Kopf eine in allen Gliederungen und Verbänden, in allen Gauen, Kreisen, Ortsgruppen verankerte Mob.-Organisation schuf.

Der Grundsatz all dieser Maßnahmen und all dieser Arbeiten war: die Heimat muß innerlich so fest bleiben, daß die Front draußen nie wieder durch verbrecherische Elemente von hinten erdolcht werden kann. Ebenso selbstverständlich ist es, daß der Front alle wehrfähigen Männer, soweit irgend möglich, zur Verfügung gestellt werden müssen.

Es mußte also Aufgabe und Ziel dieser vorbereitenden Maßnahmen sein, personell und materiell alles darauf abzustellen, um den eben aufgestellten Grundsätzen gerecht zu werden. Das ergab die Notwendigkeit, hier gewisse Ämter stillzulegen und dort die Aufgabengebiete gewisser Ämter zu erweitern. Vieles, was bisher zentral erledigt wurde, mußte dezentralisiert werden. Die Befehlsgebung mußte noch straffer und noch einheitlicher beim Hoheitsträger zusammengefaßt werden. Die vorbereitenden Maßnahmen konnten sich keineswegs nur auf die zentralen Instanzen erstrecken und konnten nicht nur in den Gauen und Kreisen Geltung erlangen, sondern sie mußten vor allen Dingen die Betriebe, die Straßenblocks, die Zellen und Ortsgruppen erfassen. Die Aufgaben wurden bis in die letzten Einzelheiten

festgelegt. Eine Unsumme von Kleinarbeit ist hier geleistet worden. Die vertikale Organisation war mit der horizontalen in Harmonie zu bringen. Ein reibungslos funktionierender Nachrichten dienst und ein alle Überraschungen ausschließender Kurierdienst mußten sichergestellt werden. Die vorbereitende Planung hatte selbstverständlich auch vorzusehen, daß die mehrfähigen Männer nach einer gewissen Anlaufzeit in einem festgelegten Turnus mit den Männern der Front ausgetauscht werden.

All diese hier ange deuteten Aufgabenstellungen führten nun zu folgenden eindeutigen Festlegungen:

1. Der Hoheitssträger (Gauleiter, Kreisleiter, Ortsgruppenleiter) ist für die politische Führung und Betreuung der Bevölkerung seines Hoheitsgebietes verantwortlich. Zur Durchführung dieser Aufgabe ist er berechtigt, den im Mob.-Dienst der NSDAP stehenden Hoheitsträgern, Politischen Leitern und Hilfskräften seines Hoheitsgebietes Anordnungen, Weisungen und Aufträge zu erteilen. Diese sind verpflichtend, den Anordnungen und Weisungen zu folgen sowie die Aufträge zu erfüllen. Die Nichtbefolgung wird nach den Kriegsgesetzen bestraft, sofern nicht die Anwendung anderer Schutzmaßnahmen notwendig wird.

2. Einheitlicher Einsatz: Die der Partei im Ernstfall zufallenden Aufgaben machen den einheitlichen Einsatz und die straffe Zusammenfassung aller der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte und Sachmittel notwendig. Die Führung dieses Gesamteinsatzes kann nur von einer Stelle aus verantwortlich geleitet werden. Nach den Weisungen des Stellvertreters des Führers führt diese verantwortliche Stelle im Gau der Mob.-Beauftragte der Gauleitung als Sachbearbeiter des Gauleiters, im Kreis der Kreisleiter und in der Ortsgruppe der Ortsgruppenleiter der NSDAP.

3. Die Reichsdienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sind für den einheitlichen Einsatz und die Durchführung der ihnen im Rahmen der Gesamtpartei übertragenen Aufgaben innerhalb des Reichsgebietes verantwortlich. Sie haben in enger Fühlungnahme mit dem Stabe des Stellvertreters des Führers zu handeln. Die jeweiligen Mob.-Beauftragten der Reichsdienststellen sind die Verbindungsmänner zum Stab des Stellvertreters des Führers (Abt. R.). Ausgenommen hiervon ist die SS, der zum Führer besondere Aufgaben militärischer und polizeilicher Art übertragen worden sind. Die nachgeordneten Dienststellen in den Gauen, Kreisen und Ortsgruppen haben ihre Arbeit nach den Richtlinien ihrer sachlich zuständigen Reichsdienststellen durchzuführen. Die Weisungen der Reichsdienststellen werden nach unten über den jeweilig zuständigen Hoheitssträger zugestellt.

4. Um ein Höchstmaß an sachlicher Leistung zu erreichen, ist folgendes zu beachten:

- a) Die einmal getroffene Arbeitseinteilung und Aufgabenverteilung darf nicht ohne besonderen Grund geändert werden. Die vorgeordnete Dienststelle darf nur dann in die laufenden Arbeiten der nachgeordneten Dienststellen eingreifen, wenn eine Aufgabe über das Arbeitsgebiet der nachgeordneten Dienststelle hinausgeht, also mehrere gleichgestellte Dienststellen davon betroffen werden, oder die vorgeordnete Dienststelle zur Hilfeleistung und Unterstützung angerufen wird, weil eine Aufgabe von der nachgeordneten Dienststelle nicht mehr allein bewältigt werden kann.
- b) Es sind im Ernstfalle nur solche Arbeiten durchzuführen bzw. Anweisungen herauszugeben, die mit den Kriegsaufgaben der Dienststelle ursächlich zusammenhängen. Alle anderen bisher durchgeführten Arbeiten müssen beschleunigt abgeschlossen und eingestellt werden. In Zweifelsfällen entscheidet die übergeordnete Dienststelle.
- c) Auftretende sachliche Meinungsverschiedenheiten sind unverzüglich an Ort und Stelle zu klären. Kommt eine Einigung nicht sofort zustande, so entscheidet die nächsthöhere Dienststelle endgültig.

#### 5. Sonderaufgaben des Hoheitssträgers:

##### a) Austausch des Mob.-Personals;

Das gesamte Mob.-Personal der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände wird nacheinander ausgetauscht gegen geeignete Parteigenossen, die bereits militärisch eingesetzt sind oder als Vermundete zurückkehren. Außerdem erfolgt ständige Überwachung des Mob.-Personals in bezug auf seine Entbehrlichkeit. Verantwortlich hierfür sind die Leiter der Reichsdienststellen für ihren Dienstbereich; die Gauleiter für ihren Hoheitsbereich;

- b) Einsatz der Partei zur Unterstützung der durch den Luftangriff betroffenen Kreise;
- c) Einsatz der Partei für die Durchführung von Sonderaufgaben zum Schutz der Bevölkerung in gefährdeten Grenzgebieten;
- d) höchstmögliche Hilfeleistung und Beratung der Bevölkerung durch Zusammenlegung der Beratungsstellen des Hoheitsträgers, der NSB, der NSF usw., so daß den Hilfesuchenden schnell und ohne große Umstände geholfen werden kann;
- e) Ausrichtung der Führerschaft des Hoheitsgebietes;
- f) seelische Betreuung der Verwundeten und Kranken in den heimatischen Lazaretten.

#### 6. Aufgaben der angeschlossenen Verbände und der Gliederungen.

- a) Der Deutschen Arbeitsfront fallen im Rahmen der Gesamtaufgabe der NSDAP folgende Arbeitsgebiete zu:
  1. Soziale Betreuung der Schaffenden, soweit sie zu diesem Zeitpunkt von der DAF betreut wurden;
  2. Sicherung des sozialen Friedens in den Betrieben;
  3. Einschaltung bei den staatlichen Maßnahmen zur Erhaltung und Erhöhung der Arbeitsleistung;
  4. Durchführung der Freizeitgestaltung durch Einsatz von AdF in der Heimat und bei der Truppe;
  5. Betreuung und Beratung der durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft zeitweilig freigewordenen und zusätzlich herangezogenen Arbeitskräfte. Engste Zusammenarbeit mit der NSB, der NSF, der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und den staatlichen Organen und Behörden, soweit deren Maßnahmen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen in den Betrieben haben;
  6. Erhaltung und Förderung der Werkverpflegung;
  7. Einrichtung und Erhaltung von Betriebskindergärten.
- b) Aufgaben der NSB:
  1. Betreuung der Bevölkerung im Sinne der bisherigen NSB-Arbeit;
  2. Betreuung der obdachlos Gewordenen;
  3. Betreuung der Flüchtlinge;
  4. Betreuung der durch Luftangriffe betroffenen Volksgenossen;
  5. NSB-Bahnhofsdienste;
  6. Errichtung von Kindergärten;
  7. Errichtung von Verpflegungsstellen und Küchen zur Entlastung werktätiger Frauen in Zusammenarbeit mit der DAF.
- c) Aufgaben der NS-Frauensschaft:
  1. Erziehung der deutschen Frauen zur höchsten seelischen Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft;
  2. Unterstützung der NSB;
  3. Betreuung der Familien in enger Fühlungnahme mit dem Hoheitsträger und der NSB; die NS-Frauensschaft hat sich vor allem der seelischen Seite der Betreuung zu widmen. Sie soll sich um das Schicksal der Frauen und deren Familien bekümmern und ihre Lage erleichtern helfen;
  4. Einsatz von Haushaltshilfen und Nachbarschaftshilfen für hilfsbedürftige Haushalte. Die Erholungsheime, Schulungsstätten usw. sollen vornehmlich der Erholung von Soldatenfrauen, Nähtungsarbeiterinnen, Kinderreichen Müttern usw. dienen, soweit sie nicht der Wehrmacht zur Verfügung gestellt sind.
- d) Aufgaben der NSKK:
  1. Weiterführung der übertragenen Friedensaufgaben im Rahmen des Möglichen;
  2. Betreuung der Kriegsbeschädigten des jetzigen Krieges nach besonderen Anweisungen.
- e) Einsatz von Angehörigen der SA, des NSKK und der SS:
  1. Diese Gliederungen stellen ihre Angehörigen den Hoheitsträgern zur Verfügung, soweit diese nicht bereits für andere Zwecke der Verwaltung oder der Wehrmacht erfasst und verpflichtet sind;
  2. der Einsatz soll möglichst in geschlossenen Einheiten unter ihrem zuständigen Führer erfolgen;
  3. die Gliederungen bleiben auch während des Ernstfalles für die Organisation, Ausrichtung, Ausbildung, Disziplin und Führung ihrer Angehörigen verantwortlich.

f) Einsatz des NSDAP:

Er erfolgt durch die zuständige Frauenschaftsleiterin, insbesondere für Unterstützung der NSDAP-Arbeit; Einsatz in der Krankenpflege; Einsatz in der Hauswirtschaft; Einsatz in der Landwirtschaft; Büroarbeit.

7. Mob.-Organisation der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

Die Organisation der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände bleibt grundsätzlich bestehen; sie wird den besonderen Anforderungen angepaßt:

- a) durch Einsatz von geeigneten Ersatzmännern für ausfallende Mitarbeiter;
- b) durch Personalunion;
- c) durch Zusammenfassung verwandter Aufgaben zu einem organisatorisch und personell geschlossenen Arbeitsgebiet;
- d) durch Stilllegung von Abteilungen, deren Friedensaufgaben fortfallen.

Bei der Aufstellung der Mob.-Organisation der Partei ist der strengste Maßstab angelegt worden. Der Einsatz der vorgesehenen hauptamtlichen Mitarbeiter beträgt noch nicht einmal ein Siebentel des Friedensapparates. Dem Anspruch der Wehrmacht auf die Wehrfähigen ist dabei in jeder Beziehung Rechnung getragen worden. Nur bei etwas mehr als 2 v. H. der männlichen Mitarbeiter des Friedensbestandes war eine kurzfristige Befreiung vom Wehrdienst nötig.

Der Einsatz weiblicher Kräfte und der ehrenamtlicher Mitarbeiter sowie die letzte Anforderung an jeden einzelnen der freigestellten Politischen Leiter ermöglichen diesen weitgehenden Verzicht der Partei auf ihre hauptamtlichen Kräfte.

Aus diesen Darlegungen wird man ersehen, mit welcher peinlichen Sorgfalt die innere Front unseres Volkes durch die NSDAP Gewährleistung findet und mit welcher Bewissenhaftigkeit jeder abkömmliche Mann der äußeren Front zur Verfügung gestellt wird.

Aber selbst der geringe Prozentsatz vorläufig freigestellter Männer erträgt es nur schwer, nicht als kämpfender Soldat draußen eingesetzt zu sein. Niemand möge die Belastung der Nerven und die seelischen Konflikte unterschätzen, die der Dienst in der inneren Front erfordert.

Vor einigen Tagen hielt ich meinen ersten Betriebsappell nach dem Beginn der Kampfhandlungen in einem großen Berliner Betrieb ab. Ich erklärte offen, daß es für mich ein schwerer Gang war.

Als ich 1914 als junger Kriegsfreiwilliger unbeschwert an die Westfront ging, war es ein tief beglückendes Gefühl, gleich im Anfang draußen mit dabei zu sein. Jetzt dagegen muß man sein Herz in die Hand nehmen, und alle Vernunft und alle Einsicht müssen mithelfen, der Pflicht, daheim zu bleiben, gerecht zu werden. Nur der bedingungslose Gehorsam, dem Befehl des Führers unbedingt zu entsprechen, wird manchen davon abhalten, sich als Freiwilliger in die kämpfende Front der Soldaten einzureihen.

Um so mehr wollen wir durch unermüdblichen Fleiß und vorbehaltslosen Einsatz wenigstens ein Teil von dem aufholen, was uns der Soldat draußen an der Front voraus hat.

Auf alle Fälle darf es nie wieder einen Spießpalt zwischen der Front und der Heimat geben.

Für solche Klust gibt es im nationalsozialistischen Deutschland keinen Raum. Die äußere Front der kämpfenden Soldaten soll in diesem schicksalhaften Ringen die Gewißheit haben, daß ihr die innere Front, die NSDAP, unter allen Umständen den Rücken deckt und alle Kräfte mobilisiert, um den endgültigen Sieg an unsere Waffen zu heften.

Wir gehorchen dem Führer, und wir marschieren!

# Die Verwaltung

Die Durchführung des Führer-Erlasses vom 8. Oktober über die Gliederung und Verwaltung der deutschen Ostgebiete, deren Inkraftsetzung zunächst zum 1. November vorgeesehen war, dann aber durch einen weiteren Erlass des Führers vom 20. Oktober (RStBl. I, S. 2057) auf den 26. Oktober festgesetzt wurde, stand im Mittelpunkt der Verwaltungsmaßnahmen der zweiten Oktoberhälfte. Reichsminister Dr. Frick nahm die Einweisung der beiden neuernannten Reichsstatthalter Gauleiter Forster (Danzig) und Gauleiter Greiser (Posen) am 31. Oktober und am 1. November vor. In Danzig gab Reichsminister Dr. Frick dabei einen Überblick über das in dem befreiten Gebiete vorgesehene Aufbauwerk. Er erinnerte daran, daß Danzig mit Westpreußen einen Reichsgau bilde. An der Spitze des Reichsgaues Danzig, wie ihn der Führer genannt habe, stehe seit dem 26. Oktober Gauleiter Forster als Reichsstatthalter. Der Reichsgau Danzig sei nach dem Muster des Sudetengaus und der Reichsgaue der Ostmark aufgebaut.

Wie aus den Ankündigungen Dr. Fricks hervorging, wird für diese Gebiete, die von einem fremden Volk heruntergewirtschaftet wurden, die Tatkraft eines Mannes besonders erforderlich sein. Aus diesem Grunde wurde die Autorität des Reichsstatthalters noch stärker verankert als im Sudetengau-Gesetz. Als Besonderheit für die beiden Gaue Danzig und Posen wurde vom Führer angeordnet, daß auch alle Sonderverwaltungen, wie die Justiz- und Finanzverwaltung, mit Rücksicht auf die Schwere der Aufgaben, die in diesem Gebiete zur Lösung stehen, für die Übergangszeit des Aufbaues gleichfalls in die Behörde des Reichsstatthalters eingegliedert werden, so daß es hier neben dem Reichsstatthalter keine gleichgeordnete Behörde geben wird. Der Reichsgau Danzig wird in die Regierungsbezirke Danzig, Marienwerder und Bromberg eingeteilt. Auch für die niederen Verwaltungsbehörden, für die Landräte, wurde verfügt, daß ihnen alle Behörden derselben Stufe unterstellt sind.

Weitere Verwaltungsmaßnahmen in den befreiten Gebieten wurden durch die Ernennung der Regierungs- und Regierungsvizepräsidenten in den vorgeesehenen Regierungsbezirken getroffen.

Von den übrigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung in der zweiten Oktoberhälfte ist zunächst ein Gnadenerlass des Führers für Beamte zu nennen, nach dem auch für Beamte und Ruhestandsbeamte, die sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben, in gewissen Grenzen Straffreiheit gewährt werden kann. Weiterhin werden kleinere Dienststrafen nicht mehr verhängt und vollstreckt; eingeleitete Verfahren können, wenn die Höchststrafe nicht zu erwarten ist, eingestellt werden (RStBl. I, S. 2103).

Eine gemeinsame Verordnung der Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft vom 20. Oktober 1939 (RStBl. I, S. 2056) diente der Vereinfachung der Verwaltung und bestimmte, daß in den Gemeinden, in denen für das Kalenderjahr 1939 ein Gebesatz für die Bürgersteuer festgesetzt wurde, dieser Gebesatz auch für das Kalenderjahr 1940 gilt, es sei denn, daß für dieses Kalenderjahr ein abweichender Gebesatz festgesetzt wird.

Als eine besondere Maßnahme zur Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen ist das durch eine Polizeiverordnung vom 19. Oktober (RStBl. I, S. 2104) zur Pflicht gemachte Sammeln von Küchen- und Nahrungsmittelabfällen anzusehen. In Gemeinden oder Gemeindeteilen, in denen das Ernährungshilfswerk (RStB) Küchen- und Nahrungsmittelabfälle sammelt, sind danach die Haushaltsvorstände und die Inhaber gewerblicher und sonstiger Betriebe verpflichtet, die bei ihnen anfallenden Küchen- und Nahrungsmittelabfälle dem Ernährungshilfswerk zur Verfügung zu stellen und die Abfälle in die dafür aufgestellten Haus-sammeleimer zu schütten. Diese Verpflichtung besteht nicht, wenn die Küchen- und Nahrungsmittelabfälle von anderen Personen auf Grund einer polizei-

sichen Erlaubnis abgeholt werden, ferner wenn sie an eigenes Vieh verfüttert werden und schließlich, wenn das Ernährungshilfswerk auf die Küchen- und Nahrungsmittelabfälle verzichtet.

Bei der Schutzpolizei des Reiches können nach einer Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 31. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2137) durch den Reichsinnenminister im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht ungeediente Wehrpflichtige eingestellt werden. Die Einstellung erfolgt als Polizeiwärter oder Polizeiwachtmeister.

Die Grenzzone wurde durch eine Verordnung vom 30. Oktober (RGBl. I, S. 2114) auf das gesamte Gebiet links des Rheins, nördlich des Rippe-Seitenkanals und westlich des Dortmund-Ems-Kanals bis zu dessen Eintritt in den Landkreis Meppen, erweitert.

Weitere Änderungen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung wurden durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 31. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2139) getroffen. Danach sind Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens auf Antrag des Schuldners, des Eigentümers oder des betreibenden Gläubigers fortzusetzen. Der Antrag ist abzulehnen und das Verfahren weiterhin einstweilen einzustellen oder auszuschieben, wenn dies mit Rücksicht auf die gegenwärtigen besonderen Verhältnisse im Interesse eines Beteiligten dringend geboten ist und den übrigen Beteiligten zugemutet werden kann.

Schließlich sind unter den Verwaltungsmaßnahmen noch die Durchführungsverordnungen des Reichsinnenministers zum Gesetz über das Feuerlöschwesen zu erwähnen, die am 24. Oktober erlassen wurden. Sie betreffen die Organisation der Freiwilligen Feuerwehr (RGBl. I, S. 2096) sowie die Organisation der Pflichtfeuerwehr (RGBl. I, S. 2100). Danach ist die Freiwillige Feuerwehr eine technische Hilfspolizeitruppe für Hilfeleistungen bei öffentlichen Notständen aller Art. Als gemeindliche Einrichtung hat sie im Auftrage des Ortspolizeiverwalters insbesondere die Gefahren abzuwehren, die der Allgemeinheit oder dem einzelnen durch Schadenfeuer drohen, und die Aufgaben zu erfüllen, die ihr zur Durchführung des Auftrages gestellt werden. In die Freiwillige Feuerwehr können nur deutsche Staatsangehörige aufgenommen werden, die nicht jünger als 17 und nicht älter als 55 Jahre sein dürfen.

Die Pflichtfeuerwehr hat als technische Hilfspolizeitruppe die gleichen Aufgaben wie die Freiwillige Feuerwehr. Sie ist dann in einer Gemeinde aufzustellen, wenn eine Freiwillige Feuerwehr nicht zustande kommt oder allein keinen ausreichenden Schutz gewährleisten kann. Der Ortspolizeiverwalter hat die erforderlichen Kräfte durch polizeiliche Verfügung heranzuziehen. Dienstpflichtig in der Pflichtfeuerwehr ist jeder männliche Einwohner der Gemeinde vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Sowohl die Freiwillige als auch die Pflichtfeuerwehr sind uniformiert. Beide Verordnungen, die die bisherigen Länderbestimmungen ersetzen, treten mit Wirkung vom 27. November in Kraft.

Dr. R.

# Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Im Jahre 1881 hat Bismarck sich zu seinem Vertrauensmann Moritz Busch über Sozialpolitik einmal folgendermaßen geäußert: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen, nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist oder als Beamter durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsere Politik einmal zugrunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen.“ Die vorausschauende Erkenntnis, die in diesen Worten zum Ausdruck kommt, findet in Deutschland in diesen Tagen ihre Bestätigung in dem glatten und ruhigen Verlauf der Rüstbarmachung der inneren Front, nachdem seit dem Jahre 1933 der zerklüftende Klassenkampf endgültig der Vergangenheit angehört. Deutschland mag seinen Gegnern auf manchen Gebieten überlegen sein: auf dem Gebiet der Sozialpolitik überragt es sie turmhoch, und damit ist in einer Zeit, wo nicht nur die bewaffnete Macht den Krieg zu führen hat, Deutschland ein gewaltiger Vorsprung, vor allem vor England, gesichert.

Das spricht sich nicht zuletzt in den Fragen der Lohnpolitik aus. Nachdem bereits die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 (RGBl. I, S. 1609) die nötigen Grundlagen geschaffen hatte, ist durch eine Verordnung des Reichskommissars für die Preisbildung, des Reichsministers der Finanzen und des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2053) bestimmt worden, daß die Unternehmer die Lohnzuschläge, die nach der genannten Kriegswirtschaftsverordnung nicht mehr gezahlt werden, und diejenigen Lohnbeträge, die auf Grund der gleichen Verordnung erpart werden, an das Reich abzuführen haben. Darüber hinaus hat eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 1028) allgemein eine Erhöhung der geltenden Lohn- und Gehaltsätze und sonstiger regelmäßiger Zuwendungen sowie eine Erhöhung des Arbeitsverdienstes durch einmalige Zuwendungen verboten. Auf die Weise ist einerseits ein allgemeiner Lohnstopp erreicht und andererseits verhindert, daß der Fortfall der Lohnzuschläge usw. nicht etwa dem Betriebsführer, sondern der Allgemeinheit zugute kommt. Der Verzicht auf die Zuschläge muß als Opfer, das die Arbeiter usw. der Allgemeinheit bringen, von ihnen in Kauf genommen werden, solange die besonderen Umstände des Krieges das erfordern.

In einem Aufsatz im Reichsarbeitsblatt vom 5. November 1939 (Teil II) hat der zuständige Beamte des Reichsarbeitsministeriums darauf hingewiesen, daß die Kriegslohnpolitik nichts anderes als die logische Fortentwicklung der Friedenslohnpolitik sei. Infolgedessen seien auch die Aufgaben der Reichstreuhänder der Arbeit keine anderen als die ihnen bereits in der Friedenszeit hinsichtlich der Lohngestaltung gestellten. Der Aufsatz faßt den Aufgabenkreis der Kriegslohnpolitik folgendermaßen zusammen: „Beseitigung der noch vorhandenen überhöhten und in keinem Verhältnis zur Leistung stehenden Löhne, deren Erkenntnis um so leichter sein wird, je deutlicher sich das endgültige Bild der erstrebten Neuordnung bereits abhebt“ und weiterhin: „Durchführung einer neuen Ordnung der Löhne nach der Bedeutung der einzelnen Wirtschafts- und Gewerbezweige und des Wertes der in ihnen ausgeübten Tätigkeiten unter stärkster Berücksichtigung der Leistung des einzelnen, die ihren gerechten Lohn unabhängig von ‚konjunkturellen‘ Schwankungen finden soll, und mit dem Streben, die im stürmischen Aufbau vielfach abgerissenen Relationen der einzelnen Löhne zueinander wieder neu zu knüpfen.“

Durch eine Verordnung vom 20. Oktober 1939 (RMBl. I, S. 503) hat der Reichsarbeitsminister ferner die durch die Kriegswirtschaftsverordnung verfügte Urlaubssperre erneut insofern gemildert, als er zuläßt, daß ein Unternehmer, sofern es die Betriebsverhältnisse zulassen, Gefolgschaftsmitgliedern einen kurzen Urlaub zur Verrichtung von Erntearbeiten gewähren kann, die die Versorgung seiner Hausgemeinschaft sichern soll oder sonst zwingend geboten erscheint, z. B. den in einigen Gegenden üblichen sogenannten Kartoffelurlaub.

Angeichts der im Ausland vielfach verbreiteten irrigen Auffassungen über den Arbeitseinsatz von Frauen in Deutschland ist eine erst verspätet zur Veröffentlichung gelangende Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 29. September 1939 von Bedeutung, in der ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß Frauen und Mädchen bei Arbeiten, die bisher von Männern verrichtet wurden, nur einzusetzen sind, wenn männliche Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen.

Am 1. November waren 200 000 polnische Gefangene in der Landwirtschaft eingesetzt.

Aus der Berichtszeit ist weiterhin vor allem die Erweiterung und Verbesserung des Unterhaltssystems der Familien der zur Wehrmacht Eingezogenen zu nennen. In England beträgt die wöchentliche Regelunterstützung für die Ehefrau des Soldaten 17 Schilling, für das 1. Kind 5 Schilling, das 2. Kind 3 Schilling, das 3. Kind 2 Schilling und für jedes weitere Kind einen ganzen Schilling. Dazu muß der Soldat von seinem Sold Zuteilungen an seine Familie leisten, die je nach dem Dienstgrad zwischen 7 und 28 Schilling wöchentlich schwanken.

Das Besondere der deutschen Regelung liegt in der Vermeidung einer bequemen Schematisierung, die, wie die Erfahrungen des Weltkrieges beweisen, zu den größten Nachteilen für die Familien der Eingezogenen die Wohnungsfrage, ohne die Zahlung auf sonstige Unterstützungsleistungen anzurechnen. Daneben werden den Familien der Unterstützungen zur Erfüllung von Verpflichtungen gewährt, die dem militärischen eingegangenen war (wie z. B. Versicherungs-, Kaufverträge usw.). Auch die Kosten für eine Haushaltshilfe werden übernommen, wenn diese wegen des durchschnittlichen der Haushaltung, wegen vorhandener minderjähriger Kinder, Krankheit der Familienmitglieder usw. erforderlich ist. Für Kinder regelt sich der Unterhalt nach Ortsklassen dergestalt, daß beispielsweise in Berlin monatlich 26 RM für Kinder unter 16 Jahren und 32,50 RM für solche über 16 Jahre zu zahlen sind. Für die Ehefrau beträgt der Unterhalt in Berlin mindestens 64,50 RM und regelt sich im übrigen nach den Einkommensverhältnissen des Ehemannes. In der Ehefrau bisher beispielsweise 300—310 RM Monatseinkommen, so beträgt der Unterhaltssatz 116 RM, bei einem Einkommen von 580 RM und darüber 200 RM usw.

In einer demnächst erscheinenden Arbeit hat Regierungsrat Flügge den Vergleich gemacht, die in Frankreich, England und Deutschland an die Familien der eingezogenen gezahlten Unterhaltsätze zu vergleichen. Um annäherungsweise ein Bild davon zu geben, in welchem Maße die deutsche Regelung der englischen und französischen überlegen ist, unternimmt Flügge den Versuch einer tabellarischen Überstellung der monatlichen Unterhaltsbeträge für eine Familie in London, Genua und Berlin. Bei der Umrechnung auf Reichsmark (zu einem Kurs von 0,5 RM = 1 Schilling und 5,68 RM für 100 Franken) verschiebt sich allerdings, wie er ausdrücklich hervorhebt, das Bild zuungunsten der Westmächte, da die Kaufkraft der englischen und französischen Währung in Wirklichkeit höher liegt. Jedoch wird dadurch ganz oder teilweise wieder ausgeglichen, daß in dem deutschen Beispiel der Mindestunterstützungssatz für die Ehefrau, also 64,50 RM, angenommen und keine Sonderunterstützungen berücksichtigt werden. Lediglich für die Wohnmiete, die, wie erwähnt, stets in voller Höhe gewährt wird, ist in allen 5 Fällen ein einheitlicher Betrag von nur 35 RM eingesetzt worden. Andererseits nimmt Flügge hinsichtlich des englischen Beispiels in allen Fällen an, daß der Ehemann aus seinem Sold monatlich 50 Schilling zum Familienunterhalt beisteuert, ein Betrag, wahrscheinlich zu reichlich angesetzt ist. Unter diesen Voraussetzungen ergibt folgende Gegenüberstellung:

	London	Paris	Berlin
	RM	RM	RM
Heftau ohne Kind . . . . .	61,5	20,45	69,50
Heftau mit 1 Kind . . . . .	72,5	29,60	125,50
Heftau mit 2 Kindern . . . . .	79,0	38,75	151,50
Heftau mit 3 Kindern . . . . .	88,5	47,90	177,50
Heftau mit 4 Kindern . . . . .	85,5	57,05	203,50

Aus verschiedenen Gründen und bei der Notwendigkeit, in einigen Punkten mit angenommenen Größen zu arbeiten, sowie bei der Verschiedenheit der Währungsverhältnisse kann diese Gegenüberstellung selbstverständlich nur einen größenumfangmäßigen Anhalt gewähren. Als solcher aber ist sie zweifellos eindrucksvoll genug und Beweis für den Ernst, mit dem Deutschland der sozialen Gerechtigkeit möglichst nahezukommen sucht.

Nachzutragen bleibt in diesem Zusammenhang, daß durch eine Verordnung des Reichsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen vom 5. Oktober 1939 (RMBl. I, S. 1992) die Angehörigen der an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhinderten Besatzungsmitglieder deutscher Handelschiffe den Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen hinsichtlich der Familienunterstützung gleichgestellt sind. Damit ist eine Lücke ausgefüllt und einem bis dahin weniger beachteten Personenkreis zu seinem Recht verholfen.

Bei früherer Gelegenheit wurde bereits darauf hingewiesen, welche Bedeutung Deutschland dem Kleingartenwesen gerade während der Kriegszeit sowohl in materieller wie auch in erzieherischer und gesundheitlicher Hinsicht beimißt. Durch eine Verordnung vom 11. Oktober 1939 (RMBl. I, S. 491) hat der Reichsarbeitsminister die auf Grund früherer Bestimmungen für die Herrichtung neuer Kleingärten wie auch für den Landterwerb jeweils zur Verfügung zu stellenden Darlehensmittel erheblich erhöht, und zwar für den ersteren Fall auf 300 RM je Garten, für den letzteren Fall bis auf 250 RM je Garten.

Anfang Oktober ist in der traditionellen Weise das Winterhilfswerk wieder eröffnet worden, das in diesem Jahre als „Kriegs-Winter-Hilfswerk“ durchgeführt wird. Angesichts dieser Tatsache sei ein Hinweis auf die bisherigen Aufkommen des Winterhilfswerks erlaubt. Das Statistische Reichsammt gibt im 1. und 2. Oktoberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ interessante und wertvolle Mitteilungen in dieser Hinsicht. Danach betrug das gesamte Aufkommen an Spenden (Geld- und Sachspenden) für das Winterhilfswerk 1938/39 rund 566 Millionen RM gegenüber 419 Millionen RM im Vorjahre. Gegenüber dem Vorjahre hat durch die Wiedervereinigung der Ostmark und des Sudetenlandes mit dem Reich die Bevölkerung um rund 11 Millionen oder um 15,9 v. H. zugenommen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ist das Spendenaufkommen um 1,02 RM (von 6,15 auf 7,17) oder um 16,6 v. H. gestiegen. Im einzelnen gestaltete sich das Gesamtaufkommen für das Winterhilfswerk bisher folgendermaßen:

Gesamtaufkommen	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1937/38	1938/39
für das Winterhilfswerk	in 1000 RM					
Geldspenden . . . . .	184 272	204 809	234 855	294 310	297 318	436 310
Sachspenden . . . . .	126 978	110 464	92 132	92 778	101 972	113 803
Wertzuwachs <sup>1)</sup> . . . . .	46 886	52 152	37 512	28 063	19 698	16 239
Gesamtaufkommen . . . . .	358 136	367 425	364 499	415 151	418 988	566 352
Vortrag aus dem Vorjahr	—	8 136	15 068	7 623	14 451	<sup>2)</sup> 16 270
Verfügbare Mittel . . . . .	358 136	375 561	379 567	422 774	433 439	582 622

<sup>1)</sup> Durch verbilligten Einkauf, frachtfreie Beförderung usw.

<sup>2)</sup> Mit Warenbeständen.

Das Aufkommen von Bargeld ergibt folgendes Bild:

Geldspendenaufkommen für das Winterhilfswerk	1935/36	1936/37	1937/38	1938/39
in 1000 RM				
Opfer von Lohn und Gehalt . . . . .	62 711	69 331	80 555	104 976
Spenden von Firmen und Organisationen . . . . .	75 239	105 447	103 616	150 172
Eintopfspenden . . . . .	31 967	33 737	34 742	50 462
Reichsstraßensammlungen*) . . . . .	18 409	30 532	30 163	64 311
Tag der nationalen Solidarität . . . . .	4 085	5 662	8 085	18 095
Gau-Straßensammlungen . . . . .	3 363	3 971	4 128	6 664
Gau-Beranstellungen . . . . .	3 980	8 542	7 176	13 468
NSDAP Auslandsorganisation . . . . .	1 792	2 543	2 918	3 424
NSDAP-Lotterie (Reingewinn) . . . . .	7 610	7 066	7 129	7 653
Frachtergütung für Kohlentransporte . . . . .	9 836	11 915	9 959	8 087
Sonstige Einnahmen . . . . .	15 863	15 564	8 847	10 998
<b>Baraufkommen zusammen . . . . .</b>	<b>294 855</b>	<b>294 310</b>	<b>297 318</b>	<b>436 310</b>
Barvortrag aus dem Vorjahr . . . . .	15 068	7 623	14 451	8 526
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>309 923</b>	<b>301 933</b>	<b>311 769</b>	<b>444 836</b>

\*) Einschließlich „Tag der Wehrmacht“ und „Tag der Polizei“.

Es kann darauf verzichtet werden, die Verwendung der aufgefundenen Mittel darzustellen; wir begnügen uns mit der Feststellung, daß im Winter 1938/39 in bar an das Sudetenland allein 42,8 Millionen RM gingen, daß dem Hilfswerk „Mutter und Kind“ 176 Millionen RM zufließen und daß an Sachleistungen insgesamt für 274,2 Millionen RM gewährt wurden.

Inzwischen bringt der bisherige Verlauf des Kriegswinterhilfswerks den Nachweis, daß die großen Leistungen des Jahres 1938/39 voraussichtlich noch erheblich übertroffen werden. Beispielweise — wir greifen insoweit über die Berichtszeit hinaus — hat der jetzt als Opfersonntag bezeichnete Eintopfsonntag von Anfang November 11,2 Millionen RM gegenüber 8,5 Millionen im Vorjahre erbracht. Das bedeutet eine Steigerung von nicht weniger als 31 v. H. Die große soziale Kraft, die in solchen Summen steckt, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Aufkommen des ersten Opfersonntags der NS-Volkswohlfahrt die Möglichkeit gegeben hat, nicht weniger als 1300 Kindertagesstätten mit rund 50 000 Kindern zu errichten und ein Jahr lang zu unterhalten.

Hinsichtlich des Auslandes ist vor allem festzustellen, daß im Gegensatz zu Deutschland das Steigen der Arbeitslosigkeit in England angehalten hat. Im übrigen wird die sozialpolitische Entwicklung im Ausland in dem nächsten Bericht eine eingehendere Berücksichtigung finden.

Das Internationale Arbeitsamt hat bereits mehrere Sitzungen seines Krisenausschusses abgehalten und beabsichtigt für 1940 sogar die Einberufung einer allgemeinen Arbeitskonferenz. Eine Reihe von Äußerungen maßgeblicher Persönlichkeiten aus den Kreisen der internationalen Arbeitsorganisation lassen weiter keinen Zweifel darüber, daß die Westmächte die Absicht haben, die Internationale Arbeitsorganisation zu einem Instrument ihrer Absichten zu machen. Es verdient in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen zu werden, daß von größeren Staaten der Internationalen Arbeitsorganisation nicht mehr angehören: Deutschland, Italien, Japan und Spanien, während die Mitgliedschaft von Österreich und der Tschechoslowakei automatisch erloschen ist.

# Die Wirtschaft

Es bedurfte wohl keines eindeutigeren Beweises für die trotz des Krieges gesteigerte deutsche Wirtschaftskraft als die erfolgreiche Durchführung der 37. Wiener Messe, die Reichswirtschaftsminister Funk am 15. Oktober in feierlichem Rahmen eröffnete (Rede Seite 53). Neben der deutschen Waren- und Industriekau unterstrichen die Sonderausstellungen Bulgariens, Italiens, Ungarns, der Slowakei und der Türkei die Bedeutung der Stadt Wien als einer Mittlerin zwischen dem industriellen Zentrum und dem agrarischen Südosten Europas. Über 280 000 Besucher der Messe und ein um 60 v. S. höherer Umsatz als auf der gleichen Veranstaltung des Vorjahres waren ein Ausdruck des friedlichen Aufbauwillens aller Staaten des mittel- und südosteuropäischen Raumes.

Die deutsche Beteiligung an der gleichzeitig in Belgrad stattfindenden Messe unterstrich die Bedeutung des durch die englische Blockade unberührten südosteuropäischen Wirtschaftsraumes für das Deutsche Reich. Nach dem Abschluß von zusätzlichen Wirtschaftsabmachungen mit Rumänien und Bulgarien war auch die am 16. Oktober in Belgrad beendete Herbsttagung der Regierungsausschüsse für den deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverkehr als ein weiterer positiver Schritt für die Wertsteigerung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Südosten zu betrachten. Die Verhandlungen ergaben, daß einer Fortführung des deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverkehrs im Rahmen der bisher geltenden Grundzüge keine Schwierigkeiten entgegenstehen. Es werden keine besonderen Maßnahmen erforderlich sein, um einen nach Umfang und Struktur durchweg unveränderten Warenaustausch für die Zukunft zu gewährleisten. Die selbstverständliche wirtschaftliche Neutralität Jugoslawiens kann sein Interesse an der Sicherung seines weitläufigsten Absatzmarktes nicht vermindern, während von deutscher Seite die Bezahlung der jugoslawischen Lieferungen und die Versorgung des Landes mit deutschen Erzeugnissen auch unter den heutigen Verhältnissen durch nachdrückliche Pflege der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien ermöglicht werden wird.

Der Wunsch Deutschlands, im Rahmen der Neutralitätsverpflichtungen eine möglichst große Intensivierung des Warenaustausches zu erreichen, führte zur Entsendung einer Wirtschaftsabordnung nach Brüssel, die am 23. Oktober die Verhandlungen aufnahm. Mit der Schweiz wurde am 24. Oktober ein neues Zusatzabkommen zu dem bisherigen beiderseitigen Verrechnungsabkommen abgeschlossen. Es erfolgte eine weitgehende Anpassung des bisher geltenden Abkommens an die neuen durch die Einführung der Kriegswirtschaft in den beiden Ländern gegebenen Verhältnissen. In dem neuen Abkommen wurden alle Maßnahmen getroffen, um die gegenseitige Versorgung sicherzustellen. Die bedeutenden Beträge, die durch den unter den jetzigen Verhältnissen im bisherigen Umfang nicht aufrechtzuerhaltenden Reiseverkehr frei wurden, werden künftig der Tilgung des großen Saldos des Clearing-Kontos zugute kommen.

Im Mittelpunkt aller Bestrebungen des Reiches zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zum neutralen Ausland standen in der zweiten Oktoberhälfte die Verhandlungen mit der Sowjetunion, die den erwarteten positiven Verlauf nahmen. Das bedeutendste Ergebnis stellt zunächst der Kaufvertrag über die Lieferung von 1 Million Tonnen Futtergetreide nach Deutschland dar. Die Lieferungen auf Grund dieses Abschlusses, des größten Getreideabschlusses, der jemals zwischen zwei Ländern vereinbart wurde, sollen im Laufe von zwei Monaten beendet sein. Nachdem die Verhandlungen über die sowjetrussischen Lieferungen an Deutschland im wesentlichen geklärt waren, begab sich eine russische Wirtschaftsabordnung unter Führung des Volkskommissars Lewoffjan und in Begleitung von General der Artillerie Sawitschenko nach Berlin, wo sie am 26. Oktober eintraf. Die Aufgabe dieser Abordnung besteht darin, über die Fragen zu verhandeln, die mit der deutschen Ausfuhr nach der Sowjetunion zusammenhängen.

Die erfolgreiche Durchführung der ersten Etappen in den Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion stellt einen wertvollen Beitrag für die Besserung der Versorgung Deutschlands während des Krieges dar und wird von besonderer Wirksamkeit gegen die britischen Spekulationen auf einen Erfolg der Blockade sein. Weitere sowjetrussische Waren, die neben den Futtermittelieferungen von Bedeutung sein werden, sind Mineralöle sowie Mangan und andere Erze. Von deutscher Seite wird der sowjetrussische Bedarf an wichtigen Industriewaren in hohem Maße sichergestellt werden.

Den erfolgreichen Bemühungen des Reiches an der Aufrechterhaltung seiner Außenhandelsbeziehungen steht im gleichen Maße die wirtschaftliche Stärke der inneren Front zur Seite. Mit Recht konnte Reichswirtschaftsminister Funk in einem Artikel darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Rüstung des Reiches mit der im Weltkriege in keiner Weise mehr zu vergleichen sei. Wir verfügen nicht nur über eine straffe Führung des gesamten Wirtschaftslebens und über eine vollständige Bestandsübersicht der deutschen Produktionsmöglichkeiten, sondern dank der Entwidlung der letzten sechs Jahre auch über eine gewaltige Produktionskraft. Einem reibungslos funktionierenden Wirtschaftsapparat entspricht auch die ausreichende Rohstoffversorgung für die lebenswichtigen Bedürfnisse der Nation. Durch die Einführung der Lebensmittelkarten und des Bezugsscheinwesens wurde jede Unordnung in der gerechten und notwendigen Verteilung der Sachgüter von vornherein ausgeschaltet. So rechtfertigt ein Blick in die Zukunft eine unerschütterliche Zuversicht.

Diese Ausführungen des Reichswirtschaftsministers finden ihre Bestätigung darin, daß am 20. Oktober in Salzgitter zwei Hochöfen in Betrieb genommen werden konnten. Die erste Reichsstrafensammlung des Kriegswinterhilfswerks 1939/40 brachte dank der Opferbereitschaft des deutschen Volkes und dank des Einsatzes der Millionenzahl von DAZ-Sammlern ein Gesamtergebnis von 15 117 584,90 RM und übertraf damit die erste Reichsstrafensammlung des Vorjahres um über 42 v. H.

Die Zuversicht in die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes kam in einer Aussprache über die Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes zum Ausdruck, die unter dem Vorsitz von Reichswirtschaftsminister Funk auf einer engeren Beiratigung der Deutschen Reichsbank stattfand. Nach der Konstituierung der Beiratsausschüsse stellte Reichsbankpräsident Funk in der Aussprache, an der sich auch der als Gast anwesende Reichsfinanzminister, Graf Schwerin v. Krosigk, beteiligte, fest, daß das Geld- und Kreditwesen und der Kapitalmarkt alle Anforderungen, die die Kriegsfinanzierung bisher gestellt habe, ohne jede Schwierigkeiten erfüllen konnte. Die Börse funktioniere normal, und der Kapitalmarkt sei bereits wieder in der Lage, Emissionen der Wirtschaft in beträchtlichem Umfange aufzunehmen. Die Finanzkraft des deutschen Bankwesens und das Vertrauen des Volkes zu der deutschen Staats- und Wirtschaftsführung hätten es bewirkt, daß der Krieg für das deutsche Geld- und Kreditwesen und für die Banken und Sparkassen nicht die geringsten Erschütterungen gebracht habe.

Unter dem Eindruck der kriegswirtschaftlichen Umstellungen wurde die Finanzierungsform der Steuergutscheine mit Wirkung vom 1. November durch eine Dritte Durchführungsverordnung zum Neuen Finanzplan vom 22. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2067) ausgegeben. Um eine erhebliche Vereinfachung des Arbeitsaufwandes im Verkehr mit Steuergutscheinen zu ermöglichen, wurden die Kreditinstitute für die Verwahrung und die Anschaffung von Steuergutscheinen von den Vorschriften des Bankdepotgesetzes befreit. Die Bewertungsfreiheit für Steuergutscheine I gilt nicht bei der Berechnung des Kriegszuschlages, da sonst die Vorteile, die an den Besitz von Steuergutscheinen I geknüpft sind, ungerächtigt groß sein würden. Die Einstellung der Ausgabe von Steuergutscheinen kam nicht überraschend, da Staatssekretär Reinhardt bereits vor Monaten angekündigt hatte, daß die Steuergutscheine II mit Beginn des kommenden Finanzjahres nicht mehr ausgegeben werden sollten. Durch den Übergang zur Kriegswirtschaft waren jedoch auch neue finanzwirtschaftliche Überlegungen notwendig geworden.

Die außerordentliche Flüssigkeit der deutschen Geldmärkte konnte durch eine Reihe von Industrieanleihen und Obligationen nur teilweise vermindert werden, so daß die Deutsche Reichsbank Ende Oktober mit einer Emission von 500 Mill. RM her-

vortrat, von denen bereits 200 Mill. RM fest gezeichnet sind. Die Anleihebedingungen entsprachen denen, die vor Ausbruch des Krieges üblich waren. Als ein weiteres Symptom der unverminderten deutschen Wirtschaftskraft ist schließlich die erfolgreiche Durchführung des Deutschen Spartages am 30. Oktober anzusehen.

Die Wirtschaftsverhältnisse in den Grenzgebieten fanden bei den zuständigen Kreisen besondere Beachtung. Staatssekretär Dr. Landfried besuchte Ende Oktober im Auftrage des Reichswirtschaftsministers die südwestlichen Gauen des Reiches. In den Aussprachen mit den Vertretern der zuständigen Stellen von Partei, Staat und Organisation der gewerblichen Wirtschaft wurden insbesondere auch die Verhältnisse der mittelfränkischen Betriebe im Handel und Handwerk erörtert. Im Anschluß daran begab sich der Staatssekretär in die westlichen Grenzgebiete, wo er auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses des Reichsrats der Saargruben die Saargruben aufsuchte. Hier sprach er der Betriebsführung und der Gefolgschaft Dank und Anerkennung dafür aus, daß sie unter schwierigen Verhältnissen durch große Einsatzbereitschaft die Aufrechterhaltung der Förderung sicherten.

Die Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs und der Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes wurde durch eine Reihe von Maßnahmen weitergeführt. Der Reichs Ernährungsminister führte durch einen Erlaß vom 20. Oktober (RMZ. Nr. 247 v. 21. 10. 39) Reise- und Gaststättenkarten für Brot, Fleisch und Fett ein. Die entsprechenden Abschnitte der Reichsbrotkarte, Reichs fleischkarte, Reichsfettkarte und Reichsnährmittellkarte des betreffenden Versorgungsberechtigten werden in der Höhe, in der Reisekarten ausgegeben werden, entwertet. Durch einen Erlaß des Reichs Ernährungsministers wird für jeden im Verfahren zur Neubildung deutschen Bauernturns ausgelegten Neubauernhof (Landaarbeiter- oder Handwerkerstelle) ein Reichszuschuß von 8000 RM gewährt, auf dessen Rückerstattung verzichtet wird. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang ein gemeinsamer Erlaß des Reichsarbeits- und Reichs Ernährungsministers zu nennen, der auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Kleintierhaltung vor allem in Kleingärten, Kleinsiedlungen und Eigenheimfiedlungen hinweist.

Auf dem Gebiet des Verkehrs wesens ist der durch tatkräftigen Arbeitseinsatz in kürzester Zeit durchgeführte Aufbau der wichtigsten Verkehrsverbindungen in den befreiten Ostgebieten besonders zu erwähnen. Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, der eine 14tägige Besichtigungsreise durch das befreite und besetzte Ostgebiet unternahm, weihte am 21. Oktober die neue provisorische Warthebrücke bei Posen, durch die der Verkehr auf den Hauptstrecken Berlin—Warschau und Berlin—Südostpreußen in einem bedeutenden Abschnitt wiederhergestellt wurde. Aus Anlaß der Fertigstellung der behelfsmäßigen Eisenbahnbrücke bei Dirschau sprach der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, am 15. Oktober in einem Telegramm an den Befehlshaber der Eisenbahn-Einheiten Dank und Anerkennung für die durch unermüdbaren Fleiß in kürzester Zeit geleistete Wiederaufbauarbeit aus.

Daß die britische Kriegführung gegen Deutschland sich genau derselben Mittel bedient, die schon im Weltkrieg ohne Rücksicht auf internationale Verträge und Abmachungen angewandt wurden, war bereits vom Beginn des Konfliktes an zu bemerken. Auf dieser Linie liegt auch der Diebstahl deutschen geistigen Eigentums, der in einem Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt, durch den das britische Patentamt ermächtigt wurde, britischen Antragstellern die Auswertung von Patenten, Lizenzen, Gebrauchsmustern und Warenzeichen von Ausländern zu übertragen, mit denen England sich im Kriegszustand befindet. Die britischen Antragsteller sollen die Auswertung der Patente nicht nur für die Zeit des Krieges, sondern für die Gesamtdauer der Gültigkeit der Patente zugestanden erhalten. Im Gegensatz dazu und auch im Gegensatz zu ihrem Verhalten im Weltkrieg erließ die französische Regierung eine Verordnung, nach der Franzosen ermächtigt wurden, im feindlichen oder vom Feinde besetzten Ausland sämtliche Formalitäten und Verpflichtungen zu erfüllen, die zur Bewahrung oder zur Erlangung von Rechten an Patenten oder Fabrikmarken notwendig sind.

Die in der englischen Presse erhobenen Beschwerden gegen die Organisation der britischen Kriegswirtschaft nahmen im Laufe der zweiten Oktoberhälfte immer schärfere Formen an. Die führende Wirtschaftszeitung „Financial News“ betonte

in einem Artikel, daß an der Verwirklichung der Kriegsorganisation die Regierung bisher kläglich gescheitert sei. Die gleiche Tendenz kam auch in der „Times“ zum Ausdruck, die feststellt, daß wegen der Unordnung gegenwärtig Zweifel und Zögern in der englischen Wirtschaft herrschten. Der „Daily Herald“ behauptete, Adolf Hitler habe in Großbritannien einen Verbündeten, dieser Verbündete heiße Wirtswarr. In diesem Zusammenhang weist die Zeitung auf die sich dauernd erhöhenden Arbeitslosenziffern, auf den Stillstand des gesamten Baugewerbes, das Steigen der Lebenshaltungskosten und das Loß der Armen in England hin. Auch in den übrigen Londoner Zeitungen wurden heftige Klagen über dauernde Preissteigerungen, Lebensmittelmangel sowie die hemmenden Wirkungen einer übersteigerten Kontrolle geführt.

Dieses heillose Durcheinander wird durch die steigenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, die zunehmende Teuerung und einen fühlbaren Rückgang der für die Lebensmittelversorgung so wichtigen Einfuhr verstärkt. Nach dem amtlichen Bericht des englischen Handelsministeriums über den Außenhandel im Monat September betrug die Einfuhr wertmäßig 49,92 Mill. Pfund gegenüber 81,10 Mill. Pfund im August, während die Ausfuhr von 37,08 Mill. Pfund auf 23,05 Mill. Pfund im gleichen Zeitraum schrumpfte. Die Lebensmitteleinfuhr, die im September 1938 37,68 Mill. Pfund betrug, belief sich im September 1939 nur noch auf 23,12 Mill. Pfund. Angesichts dieser Zahlen führte die „Financial News“ heftige Klagen und wies auf die Gefahr hin, daß England seine alten Absatzmärkte verliere. Im Gegensatz dazu verstärkte Deutschland, wie das Blatt betonte, seinen Ausfuhrhandel vor allem nach den neutralen Nachbarländern, und die Vereinigten Staaten seien in Südamerika sehr aktiv. Dasselbe gelte von der japanischen Ausfuhr nach China und dem Fernen Osten und der italienischen nach dem Balkan und den Mittelmeerländern.

Handelsminister Stanley mußte den katastrophalen Rückgang des englischen Außenhandels in einem Interview zugeben. Der Minister ging dabei auf die Wirksamkeit der deutschen U-Boote ein, die zur Folge hatte, daß die neutralen Länder eine abwartende Haltung einnahmen und außerdem die Zusammenstellung von begleitenden Schiffstransporten die Fahrt der Schiffe sich wesentlich verzögerte.

Das sinkende wirtschaftliche Ansehen Englands in der Welt wurde noch dadurch besonders unterstrichen, daß die japanische Regierung am 24. Oktober beschloß, die Yen-Währung von der Sterling-Währung loszulösen. Mandschukuo und die vorläufige nordchinesische Regierung in Peking schlossen sich dem japanischen Vorgehen an, für das vor allem die ungünstige Beurteilung der Zukunft des englischen Pfundes bestimmend war. Ein weiterer Pfundrückgang hätte nämlich die steigende japanische Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika unerträglich verteuert.

Wie in den vergangenen Wochen machte sich auch im französischen Wirtschaftsleben eine weitere Zunahme der Schwierigkeiten ähnlich wie bei den englischen Bundesgenossen bemerkbar. Selbst in den von der Zensur zugelassenen Zeitungsartikeln kamen Betrachtungen über eine unglückliche Räumung des Wirtschaftslebens in Paris zum Ausdruck, wo die Geschäfte ganzer Straßenzüge geschlossen sind. Die Folgen der amtlichen Maßnahmen führten zum Verschwinden einer ganzen Reihe von Erzeugnissen, zur Steigerung der Arbeitslosigkeit infolge der Schließung von Fabriken und Handelsunternehmen, zu mehr oder weniger verpassten Preissteigerungen und schließlich zu einer Beunruhigung der Bevölkerung, die nicht versteht, warum so viele Behinderungen und Mißstände vorhanden sind.

Der von England angezettelte Blockadekrieg läßt immer mehr erkennen, daß sich im internationalen Schiffsverkehr und im Weltaußenhandel starke Verlagerungen herausbilden, die in den allermeisten Fällen den Engländern nicht zum Vorteil gereichen, wie der Rückgang des Außenhandels deutlich beweist. Die kleinen neutralen Staaten, die sich gegenüber der britischen Seeräuberei lediglich mit papiernen Protesten und scharfen Zeitungsartikeln wandten, waren in zunehmendem Maße gezwungen, zu Rationierungsmahnahmen und Preissteigerungen zu schreiten. Während sich Deutschland durch rechtzeitige Vorsorge gegen Lebensmittelknappheit und eine Lockerung des Preisgefüges schützte, führte die britische Blockade in den neutralen Ländern zu wesentlichen Verteuerungen für wichtige Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände. Zum erstenmal tauchten in der zweiten Oktoberhälfte auch

Nachrichten aus von den Kriegseignissen weit entfernt liegenden neutralen Ländern, wie Griechenland und der Türkei, Klagen auf, die sich gegen die rücksichtslose Ausübung der Seekontrolle richteten. In Griechenland erließ der Innenminister eine Anweisung an alle Städte und Landgemeinden, im Verbrauch von elektrischem Strom äußerste Sparsamkeit zu üben. Die Unterbindung der Papierzufuhr führte zu einer Einschränkung des Umfangs der griechischen Zeitungen. In der Türkei verursachte die Stockung der Einfuhren einen derartigen Mangel an Stahlplatten, daß die Ausführung von Reparaturen an Handelsschiffen unmöglich wurde. Zur Beschränkung des Verbrauchs von Benzin wurde der Verkehr privater Kraftwagen eingeschränkt; zahlreiche Autobuslinien wurden eingestellt.

Dr. R.

---

# Reichsminister Funk eröffnet die Wiener Messe

15. 10. 39

„Wenn ich heute die Grüße des Führers sowie der Reichsregierung zur Eröffnung der 87. Wiener Messe überbringe, so spreche ich zugleich der deutschen Ostmark den Dank für die hervorragende Ausrichtung der Messe — der dritten nach der Heimkehr ins Reich — aus. Wien schickt sich heute an, neue Wirtschaftsbande zu befreundeten Nationen zu knüpfen und alte zu festigen, in einem Augenblick, da unsere Gegner im Westen alles daran setzen, um bewährte traditionelle Beziehungen zu zerreißen und ein in fleißiger Arbeit aufgebautes Wirtschaftsgefüge zu zerstören. Weil Versailles dank der genialen Taten Adolfs Hitlers zu Schanden ging, soll Deutschlands Vernichtung nunmehr in einem zweiten Waffengang versucht werden. Zur ‚Humanisierung‘ dieses Vorhabens soll ein Blockadering um Deutschland dienen, um Deutschlands Güteraustausch möglichst abzubrosseln. Daß bei dieser Gelegenheit notwendigerweise auch das Wirtschaftsleben der neutralen Staaten Schaden nehmen muß, bekümmert unsere Gegner nicht. Ja, es ist ihnen dies sogar ein nicht unwillkommener Anlaß, die Völker der nichtkriegführenden Staaten auch noch für ihre Interessen einzuspannen.

Dieser Versuch muß ebenso erfolglos bleiben wie die Blockade selbst. Wohl haben sie uns zu Verdunkelungsmaßnahmen gezwungen, denen beispielsweise auch die Kölner Herbstmesse zum Opfer fiel, dafür strahlt aber das Schaufenster unserer Wiener Messe um so heller und beweist den Besuchern des In- und Auslandes am besten, daß die wirtschaftliche Arbeit in Deutschland nicht nur fortgesetzt, sondern noch gesteigert wird.

Die Bedeutung der Wiener Veranstaltung wird noch dadurch unterstrichen, daß sich Italien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und die Türkei mit eigenen Sonder-schauen beteiligen und der Messe hierdurch ein imposantes, internationales Gepräge verleihen. Diese Schau ausgesuchter Qualitätsbezeugnisse, auf der sich sechs Völker in edlem Wettstreit um die wirtschaftliche Leistung zusammensind, ist gerade in heutiger Kriegszeit eine machtvolle Kundgebung für den friedlichen Aufbauwillen, der alle Staaten des mittel- und südeuropäischen Raumes befeelt. Daß insbesondere das nationalsozialistische Deutschland von diesen Gedanken und Gefühlen erfüllt ist, beweist wohl nichts so eindrucksvoll wie der Vorschlag unseres Führers für eine wirtschaftliche Friedenssicherung und eine neue wirtschaftliche Ordnung der Welt, die der Förderung des Wohlstandes der Völker durch wirtschaftliche Zusammenarbeit dienen soll. Gerade diejenigen Wirtschaftsfragen, die die Welt seit dem Kriege vergeblich zu lösen suchte, nämlich dieährungsfragen und die mit ihr in ursächlichen Zusammenhang stehende Neugestaltung der Weltmärkte, können am besten und erfolgreichsten in internationalen Verhandlungen gelöst werden, wobei es völlig klar ist, daß bei diesen Problemen die politischen und die wirtschaftlichen Auswirkungen wechselseitig bedingt sind. Hier sichert der Frieden den Erfolg der Wirtschaft und die Wirtschaft den Erfolg des Friedens.

Wien hat nunmehr eine Mission zu erfüllen, die zu Höchstleistungen verpflichtet. An der geschichtlichen Völkerstraße, die donauaufwärts von Osten nach Westen zieht, und am Schnittpunkt der Nord-Südlinie gelegen, hat diese altherwürdige Stadt heute mehr denn je die Bedeutung eines zentralen Handelsplatzes für Mitteleuropa und den Südostraum. Die im Bau befindlichen Kanalprojekte Rhein—Main—Donau und Ober—Donau werden den alten Handelswegen für den Großverkehr geeignete neue und vor allem billige Wasserstraßen hinzufügen. In einigen Jahren wird Wien seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner zentralen geographischen Lage entsprechende Umschlagsmöglichkeiten und den größten Binnenhafen Europas besitzen.

Was Friedrich List, der Freund dieser Stadt, vor hundert Jahren seherisch erkannte, wird damit Wirklichkeit. Im zweiten Buch seines ‚nationalen Systems‘ sagt List einmal: ‚Manufaktur, Handel und Schifffahrt gehen einer Zukunft entgegen, welche die Gegenwart so weit übertragen wird, als die Gegenwart die Vergangenheit überträgt, nur muß man den

Mut haben, an eine große Zukunft zu glauben, und in diesem Glauben vorwärtsschreiten.' In diesem Glauben hat Deutschland im Jahre 1933 seine darniederliegende Wirtschaft wieder aufgebaut und in den darauf folgenden Jahren einen in der Geschichte der Völker einzigartigen Aufstieg erlebt. Wir haben auch in der Handelspolitik neue Wege beschritten, neu allerdings nur hinsichtlich der Anwendung im zwischenstaatlichen Verkehr, denn die Erkenntnisse, nach denen unser Außenhandel ausgerichtet wurde, entsprechen uralten soliden Kaufmannsgrundsätzen. Trotzdem entrüstete man sich in den Ländern, in denen man dank eines großen kolonialen Besitzes und infolge eines enormen Kapitalreichtums noch nach den hergebrachten außenhandelspolitischen Spielregeln arbeiten konnte, darüber, daß wir es überhaupt wagen konnten, als erste zeitgemäße und zweckmäßige Lösungen für Überwindung unserer Wirtschaftsnöte zu finden.

Das bilaterale Vertragssystem Deutschlands ist auf den natürlichen Voraussetzungen der gegenseitigen Bedarfsdeckung und Bedarfsbefriedigung aufgebaut und orientiert sich an den wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten der vertragsschließenden Parteien. Die Vorteile sind beiderseitig. Das ist das Geheimnis dieses Erfolges, den wir vor allem bei der Ausgestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Südosten verzeichnen können.

Als nach dem Abschluß des deutsch-rumänischen Handelsvertrages im März dieses Jahres der Balkanhandel plötzlich auch für die englischen Interessen wieder aktuell wurde, erwähnte ein namhafter Vertreter dieses Landes in einem Vortrag einmal, wie vorteilhaft es für die englischen Handelspartner sei, ihre Ausfuhr in englischen Pfunden und nicht mit Aspirintabletten bezahlt zu bekommen. Ich weiß nun wirklich nicht, ob es immer möglich sein wird, deutsche pharmazeutische Erzeugnisse durch englische Pfunde zu ersetzen und damit Kopfschmerzen — hierfür verwendet man nämlich die Aspirintabletten — zu vertreiben. Der Landwirt auf dem Balkan exportiert seinen Weizen aber bestimmt nicht, nur um einen Pfundsched zu erhalten, zumal die Entlösung heute u. U. schwierig und auch verlustreich sein dürfte, sondern um sich beispielsweise einen Flug dafür zu kaufen. Diesen Flug liefert ihm Deutschland, und der Bauer spart dabei noch Frachtkosten und Transportrisiko. Das ist kurz gesagt der Sinn unserer Handelsverträge, und es ist wirklich nicht einzusehen, inwiefern hierdurch die Interessen dritter Länder beeinträchtigt werden.

Es bleibt jedem Lande unbenommen, ähnliche oder gleiche Vereinbarungen zu treffen, die sicherlich in manchen Staaten zu einer freudig begrüßten Konsolidierung einer labilen Wirtschaftslage beitragen würden. Statt dessen überließ man den Weizenbauer auf dem Balkan dem Spiel des Zufalls oder des Weltmarktes, der den Weizenpreis nach allen möglichen Gesichtspunkten, aber nur nicht nach den Interessen des Balkans reguliert. Am einfachsten war es natürlich für die Gegner der deutschen Handelspolitik, sich erst gar nicht mit den Wirtschaftsergebnissen der Vertragsländer zu beschäftigen, die man ja infolge des eigenen kolonialen Besitzes sowieso nur hätte weiterverkaufen können, und gewährte statt dessen lieber hoch rentable Kapitalanleihen. Politisch gesehen führen solche Anleihen immer zu einer Beeinträchtigung der nationalen Selbständigkeit, wirtschaftlich gesehen haben sie die Schwierigkeiten niemals beseitigt, sondern höchstens vertagt.

Unsere Nachbarn im Osten und Südosten werden am ehesten ermessen können, welche Bedeutung die Landwirtschaft und ihre Erzeugung im völkischen und wirtschaftlichen Leben der Staaten hat. Das Kernproblem der deutschen Ernährungswirtschaft liegt in dem knapp vorhandenen Nahrungsraum einerseits und in der wachsenden Bevölkerung mit einem hohen Lebensstandard andererseits. Um die aus beschränktem Bodenertrag und natürlichem Wachstum des Volkes sich ergebenden Versorgungsanspannungen zu mildern, haben wir eine intensivere Demirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche angestrebt und erreicht. Die systematische Durchführung der unter dem Begriff Erzeugungsschlacht bekannten Maßnahmen hatte im weiteren Verlauf eine Stabilisierung unseres Einfuhrbedarfs zur Folge, so daß wir unseren ausländischen Lieferanten den Absatz ihrer Erzeugnisse in einer bestimmten mengen- und wertmäßigen Höhe sogar vertraglich garantieren konnten.

Einer Reihe von Agrarländern gelang es so, durch eine Anpassung des Erzeugungsumfanges an das im voraus bestimmte Ausfuhrvolumen die Weltwirtschaftskrise, die auch im Südosten ungeheure Erschütterungen hervorgerufen hatte, zu überwinden und sich von den Krisenfolgen zu sanieren.

Durch diese Wirtschaftsverträge mit diesen Ländern werden wertvolle brachliegende Wirtschaftskräfte mobilisiert. Verständnissvolle Zusammenarbeit, Steigerung des Außenhandels durch Tausch der beiderseitigen Produktionsüberschüsse, das war und ist Deutschlands handelspolitische Parole.

An dieser Politik wird auch der Krieg nichts ändern, ganz im Gegenteil, denn gerade in Kriegszeiten wird sich erweisen, daß die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen und die Freundschaftsbände, die uns mit dem Südosten verbinden, auf natürlichen Voraussetzungen beruhen und deswegen von Dauer sind. Die deutsche Technik und die deutsche Industrie stellen nicht nur unsere eigene Versorgung sicher, sie behalten auch nach wie vor ihre überragende Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt in der Welt.

Technischer Fortschritt aber ist ein Lebenselement des Außenhandels. Bilden Sie sich nunmehr beim Rundgang durch die Messerräume selbst ein Urteil über die Leistungsfähigkeit und den Exportwillen der deutschen Wirtschaft! Unsere Gäste aus dem Auslande werden ihre Aufmerksamkeit wohl vor allem der technischen Schau widmen, in der Spitzenleistungen des deutschen Maschinen- und Apparatebaues, der elektrotechnischen und chemischen Industrie und aller übrigen Industriegruppen ausgestellt sind. Für die deutschen Besucher bietet sich eine hervorragende Gelegenheit, in den ausländischen Pavillons ein Bild von dem Schaffen bester Rationen zu empfangen, die genau so wie wir von dem aufrichtigen Willen erfüllt sind, durch Austausch ihrer Erzeugnisse nicht nur dem eigenen Volke zu dienen, sondern auch zur Wohlfahrt der übrigen beizutragen.

Ich bin überzeugt, daß diese Demonstration hier in Wien und unsere Beteiligung an den verschiedenen Auslandsmessen, kürzlich in Thessaloniki und soeben in Belgrad, den Welt-handel und die Weltwirtschaft mehr fördern als beispielsweise die Aufstellung von schwarzen Listen, die nichts anderes als einen unfairen Knebelungsversuch gegenüber dem neutralen Auslande darstellen. Ein

Versuch allerdings, der seinen Zweck nicht erreichen wird und dem wir daher keine allzu große Bedeutung beizumessen brauchen. Denn auch diese Waffe wird stumpf werden und sich schließlich gegen ihre Träger selbst richten. Die deutsche Exportwirtschaft wird trotz Krieg und Blockade ihre Auslandsbeziehungen aufrechterhalten und sorgfältig pflegen. Der Verlust überseeischer Absatzverbindungen wird zwar Umstellungen und Umlagerungen nötig machen, jedoch keinesfalls unsere Energie lähmen können. Die zum Erstaunen unserer Feinde durch blispartige militärische und diplomatische Aktionen in kürzester Zeit erzielte Befriedung des Osttraumes schafft der Wirtschaft unseres Landes und aller übrigen angrenzenden Staaten die Möglichkeit zu einer ungeahnten Kräfteentfaltung.

Arbeit lautet die Losung des Führers, denn Arbeit ist Reichtum! In dem durch natürliche und schicksalhafte Verbundenheit entstandenen Großwirtschaftsraum Mittel-, Ost- und Südosteuropas findet der deutsche Außenhandel ein ständig an Bedeutung wachsendes Betätigungsfeld, das den hundertprozentigen Einsatz technischen Erfindergeistes, kaufmännischen Wagemutes und deutscher Qualitätsarbeit lohnt. Die ausländischen Gäste aber mögen von dieser Veranstaltung mit der Überzeugung nach ihrer Heimat zurückkehren, daß Deutschlands Wirtschaft trotz Krieg und trotz Blockade bereit und in der Lage ist, wie bisher an der gütermäßigen Versorgung und damit am friedlichen Aufbau ihrer Länder mitzuwirken. Nun erst recht!

Gedruckt in der Buchdruckerei  
H. Seydel & Cie. G. m. b. H.  
Berlin SW 61